„Die Räuber" (Friedrich Schiller):

„Ich will alles um mich her ausrotten, was mich einschränkt, daß ich nicht Herr bin."

(Zeichnung George Grosz 1922)

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Kommunist

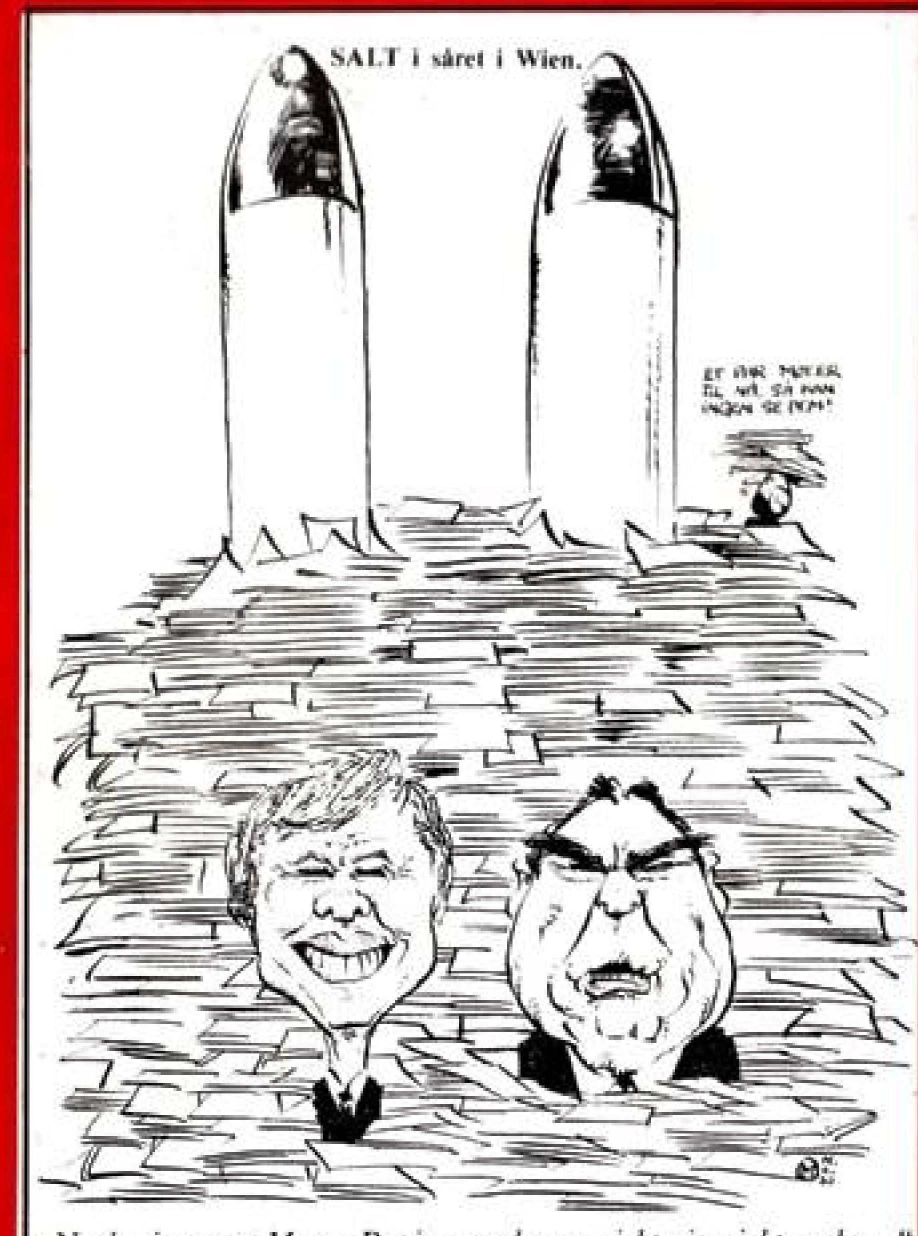
Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Doppelnummer / Preis S 25,-

4-5/79

Materialien zur ökonomischen Struktur des heutigen Imperialismus und Sozialimperialismus 2.Teil

Materialien zum österreichischen Imperialismus



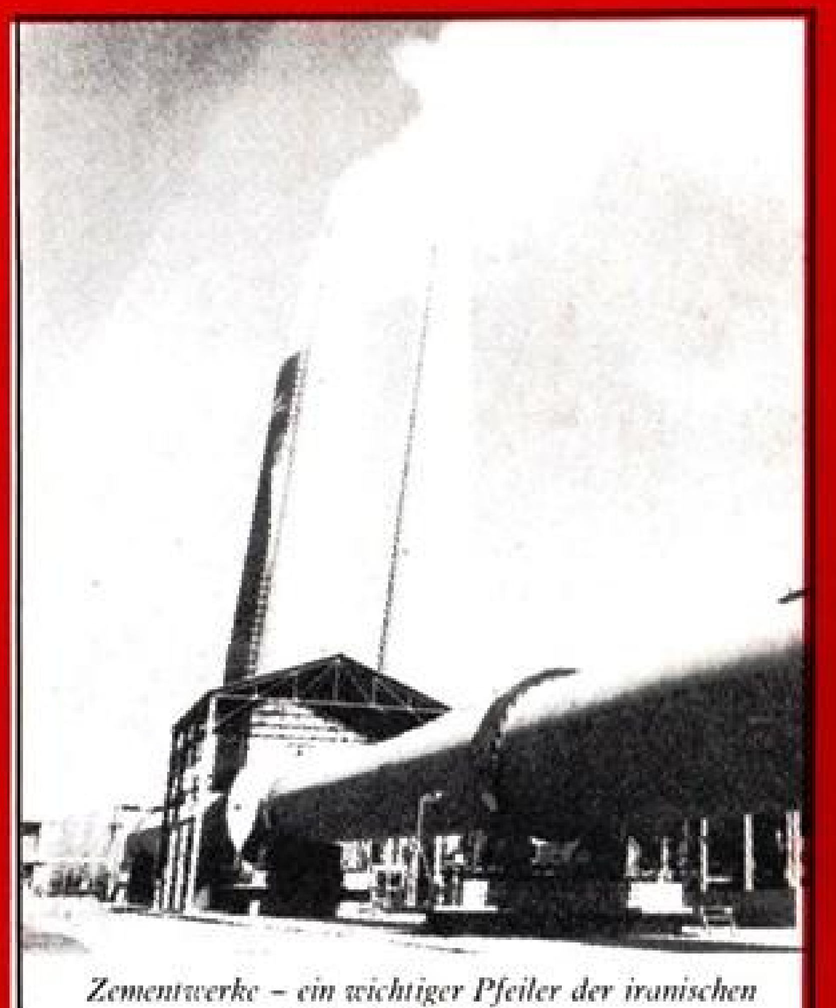
„Noch ein paar Meter Papier, und man sieht sie nicht mehr..." *(aus: Klassekampen)*

Reden auf der internationalen Veranstaltung am 16.6. in Wien gegen den SAL-Abrüstungsschwindel



Beginnende Mechanisierung der iranischen Landwirtschaft

Daten zur Entwicklung der Landwirtschaft und Industrie des Iran



Zementwerke – ein wichtiger Pfeiler der iranischen Grundstoffindustrie

Inhaltsverzeichnis:

Kommunist - Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs
Erscheint monatlich.
Einzelpreis: S 18,-
Einzelpreis: (Doppelnummer) S 25,-
Halbjahresabonnement: S 130,-
Jahresabonnement: S 260,-
Auslandsabonnement: Halbjahr S 150,-
Ein Jahr S 300,-

Eigentumer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund Osterreichs. Fur den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stagel. Alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1

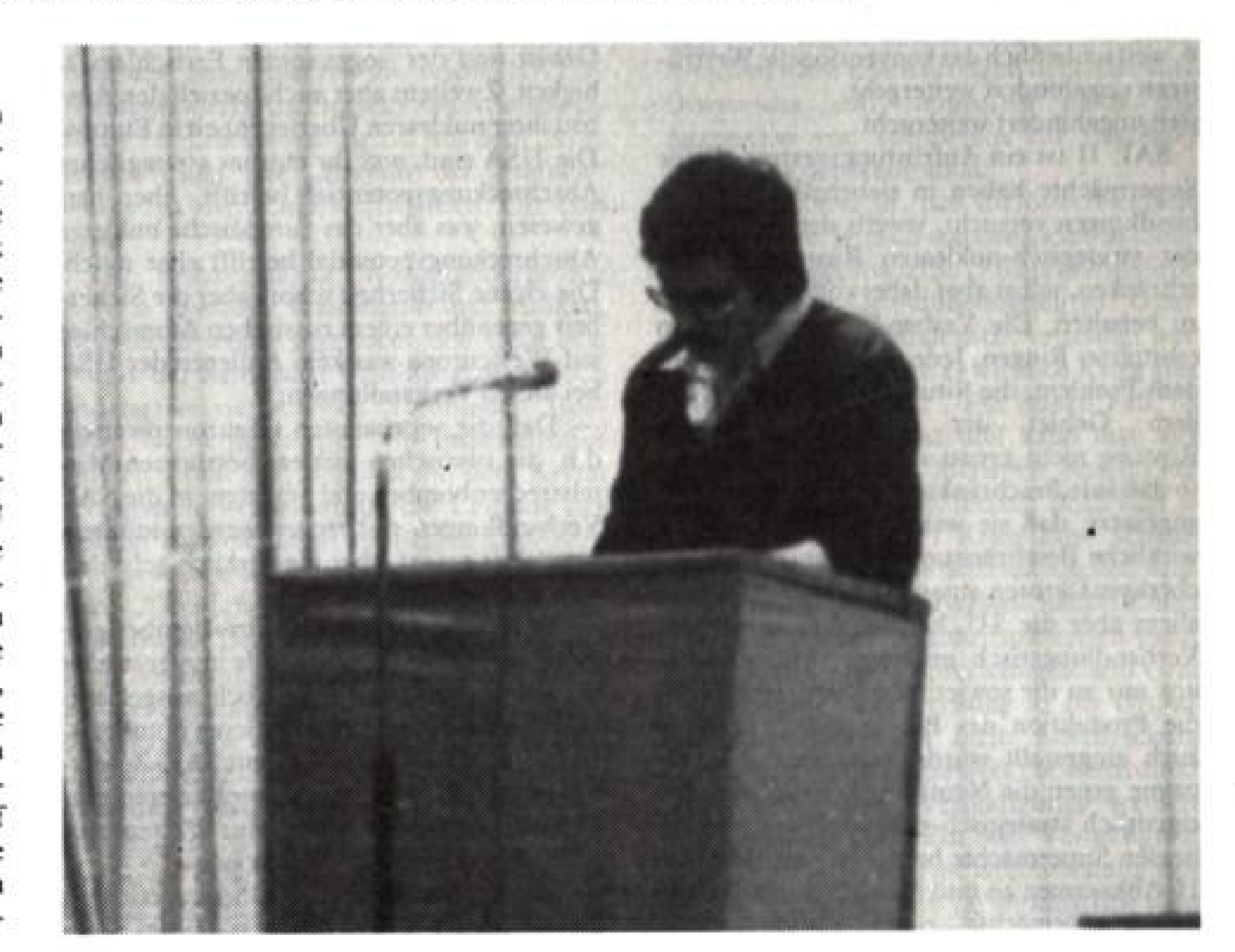
Druck: Alois Wieser Ges.m.b.H. 1040 Wien, Rienößlgasse 12

Reden auf der internationalen Veranstaltung des KB gegen den SAL-Abrüstungsschwindel (Wien, 16.6.1979)

Genosse Walter Lindner, Sekretär des Zentralkomitees des Kommunistischen Bundes Österreichs

Genossinen und Genossen!

„Wenn damals" — schrieb vor einigen Tagen sinngemäß eine große österreichische Tageszeitung — 1814 und 1815, zur Zeit des Wiener Kongresses, als Wien ebenfalls so wie heute im Zentrum der internationalen Politik stand, wenn damals der Kaiser Franz die Majestäten zum Essen nach Schönbrunn einlud, dann kamen sie alle; alle kamen sie. Wenn hingegen heute der Bundespräsident Kirchschläger Breschnew und Carter zum Essen nach Schönbrunn einlädt — zwei Kaiser und vier Könige haben aus dem Silbergeschirr gespeist — aber die Herrschaften aus der SU und den USA haben keine Zeit". Zwei Dinge kommen in dieser lächerlichen und sentimentalen Erinnerung an die alte Monarchie zum Ausdruck. Erstens, daß die herrschende Klasse Österreichs dem Traum anhängt, mehr zu sein, als sie ist. Und zweitens, wie haltlos dieser Traum ist und wie sehr er in Kontrast ist zu den tatsächlichen Verhältnissen und zur tatsächlichen Entwicklung auf der Welt. Der Traum und das resignierte Erwachen aus dem Traum kommt hier zum Ausdruck. Damals war Österreich eine europäische Großmacht, nicht nur Gastgeber, sondern aktiver Teilnehmer an der sogenannten Neuordnung Europas nach der Niederlage des napoleonischen Frankreich, eine Bastion der europäischen Reaktion, einer der größten Feinde der Völker Europas. Heute ist Österreich eine dritt- oder viertrangige Macht, ein imperialistisches Land zwar, aber selbst abhängig, drangsaliert, bedroht von den beiden Supermächten und insbesondere vom russischen Sozialimperialismus.



Genosse Walter Lindner bei seiner Ansprache

In den letzten Tagen hat sich die hiesige Bourgeoispresse überschlagen vor Begeisterung darüber, daß Wien in diesen Tagen das „Zentrum der Welt" sei. Demgegenüber ist sogar die Propaganda von Entspannung, Sicherheit und Abrüstung in den Hintergrund getreten. Mehr als über den SAL II-Vertrag wird von der Perfektion des CIA und KGB oder den fünf Autos von Breschnew geschwärmt. Die Spitzen des bürgerlichen Staates sonnen sich in der Atmosphäre großer Politik, in der sie mit den mächtigsten Männern der Welt auf Du und Du sein können. Dahinter aber stecken ganz handfeste Interessen der österreichischen Monopolbourgeoisie.

Dahinter steckt das Interesse eines imperialistischen Landes, auch durch solche Aktivitäten sein internationales Gewicht zu erhöhen, seine internationale Position in der Konkurrenz der Imperialisten zu verbessern. Dahinter steckt andererseits auch das Interesse eines kleinen Landes der Zweiten Welt, sich durch die Sowjetunion zu schützen. Das ist bekanntlich das Grundpostulat der Kreisky'schen Sicherheitspolitik: Ein Land, das im Rampenlicht der internationalen Diplomatie steht, ist schwerer anzugreifen, als ein Land, das in einem Winkel steht, der von allen übersehen wird.

Damit hat Kreisky bekanntlich auch die österreichische Gastgeberrolle für das Treffen Breschnew-Carter begründet. Um das allerdings zu beurteilen, kommt es wohl nicht bloß darauf an, daß die beiden Supermächte miteinander reden, sondern worüber und was sie reden.

Die Themen sind vielfältig, im Mittelpunkt aber steht natürlich das SAL-Abkommen. Das SAL-Abkommen ist kein Abrüstungs- und kein Rüstungsbegrenzungsabkommen, sondern ein Aufrüstungsabkommen. Es leitet nur eine neue Phase des Wettrüstens auf strategisch-nuklearem Gebiet ein und steckt den Rahmen dafür ab. SAL II ist ein Aufrüstungsvertrag,

- weil zwar die Zahl der Abschußvorrichtungen, nicht aber die Zahl der atomaren Sprengköpfe begrenzt wird — in einer Situation, in der für beide Supermächte gar nicht die Steigerung der Zahl der Abschußvorrichtungen, sondern gerade die der Zahl der Sprengköpfe der Abschußvorrichtung auf bis zu zehn auf der Tage sordnung steht;
- weil keinerlei Beschränkung der Gesamtsprengkraft vorgesehen ist, wo die SU bereits einen gewaltigen Vorsprung hat;
- weil der Entwicklung der nächsten Raketentengeneration keine Schranke gesetzt wird — denn daß diese neuen Waf fensysteme des SAL II erst in drei Jahren aufgestellt werden dürfen, ist keine Beschränkung, sondern eine lächerliche Farce, weil sie früher gar nicht fertig entwickelt und erprobt sein können; genauso verhält es sich mit der „Beschränkung", nur eine neue Raketengeneration bis 1985 zu entwickeln;

- weil auch der Entwicklung anderer neuer Waffen keine Schranken gezogen werden, denn die in SAL II vorgesehene Steigerung der Zahl der cruise missiles von bisher Null auf 120 ist keine Besch ränkung;
- weil wichtige strategisch-nukleare Waffensysteme, v.a. der lange Zeit umstrittene sowjetische Backfire-Bomber, aus dem Vertrag überhaupt ausgeklam mert sind;
- weil die taktischen Nuklearwaffen — auf sowjetischer Seite bereits 1977 7.000, inzwischen wohl an die 8.000 taktische Atomsprengköpfe, 600 bis 700 Mittelstreckenraketen und ebensoviele Mittelstreckenbomber — ausgeklammert sind, obwohl sie aus der Sicht Europas genauso von strategischer Bedeutung sind wie die russischen Interkontinentalraketen;
- weil schließlich das konventionelle Wettrüsteen ungehindert weitergeht.

sten ungehindert weitergeht.

SAL II ist ein Aufrüstungsvertrag. Beide Supermächte haben in siebenjährigen Verhandlungen versucht, jeweils den anderen in der strategisch-nuklearen Rüstung zu beschränken, selbst aber dabei völlig freie Hand zu behalten. Die Verhandlungen waren ein erbittertes Ringen. Jede Seite stand dabei vor dem Problem, die Situation des Gegners auf dem Gebiet der strategisch-nuklearen Rüstung nicht genau abschätzen zu können, so daß jede Beschränkung, wenn auch so hoch angesetzt, daß sie wahrscheinlich gar keine wirkliche Beschränkung ist, immerhin Unsicherheitsfaktoren ausschaltet. Jede Seite, vor allem aber die SU, hat dabei nicht nur am Verhandlungstisch gekämpft: Erinnern wir uns nur an die sowjetische Kampagne gegen die Produktion des Bombers B1, die dann auch eingestellt wurde, oder an die Kampagne gegen die Neutronenbombe. Was das eigentlich strategisch-nukleare Potential der beiden Supermächte betrifft, bringt das SAL II-Abkommen an und für sich keiner der beiden Supermächte einen entscheidenden Vorteil. Anders sieht die Sache aus der Sicht Europas aus — doch dazu später. Trotzdem wird es in der Praxis die SU begünstigen. Es wird die SU begünstigen, weil es dem atomaren Wettrüsten keine Schranken zieht, die SU aber auf diesem Gebiet wie auf allen Gebieten der Kriegsvorbereitungen viel grössere Ambitionen hat als die USA. Sie strebt an, die USA auf dem Gebiet der strategisch-nuklearen Rüstung bis 1985 vollständig einzuholen und zu übertreffen. SAL II erlaubt ihr dies. Deshalb reibt sich der Kreml auch die Hände über dieses Abkommen und hat er in den letzten Wochen mit allen Mitteln darauf hingearbeitet, die Widerstände, die es in den USA gibt, auszuschalten. In den USA hingegen gibt es aus denselben Gründen in Teilen der herrschenden Klasse Skepsis und Unzufriedenheit.

So wird also nach diesem Abkommen das strategisch-nukleare Wettrüsten weitergehen — verschärft weitergehen, weil sich die beiden Supermächte gerade angesichts der quantitativen Einschränkungen der Abschußvorrichtungen mehr noch als bisher auf die Entwicklung neuer, gefährlicherer qualitativ besserer, d.h. verheerenderer Waffen konzentrieren werden. Genauso wird der Rüstungswettlauf auf allen anderen Gebieten weitergehen. Die Sowjetunion baut vor allem ihre Kriegsflotte, sowie die Panzerwaffe und die Artillerie zielstrebig aus. Die totale konventionelle Überlegenheit verbunden mit dem Einsatz taktischer Nuklearwaffen ist der Faktor, den sie im bevorstehenden Aggressionskrieg gegen Westeuropa ausspielen möchte.

Da das Hauptziel der sowjetischen Aggressionspläne und das Zentrum des Ringens der Supermächte Europa ist, ist es angebracht, das SAL II-Abkommen und seine Auswirkungen speziell auch aus der Sicht Europas zu betrachten. Die SU hat ja von Anfang an eine differenzierte Zielsetzung verfolgt: Einmal natürlich die Erringung der allgemeinen Überlegenheit auf strategisch-nuklearem Gebiet und der sogenannten Erstschlagsfähigkeit. Zweitens aber auch speziell den Ausbau ihrer nuklearen Überlegenheit in Europa. Die USA sind, was ihr eigenes strategisches Abschreckungspotential betrifft, eher hart gewesen, was aber das europäische nukleare Abschreckungspotential betrifft eher weich. Die eigene Sicherheit schon, aber die Sicherheit gegenüber einem russischen Atomschlag auf Westeuropa war kein Anliegen der USA bei diesen Verhandlungen:

— Daß die sogenannten Grauzonenwaffen, d.h. die russischen nuklear bestückten Mittelstreckenbomber und -raketen, in die SAL Verhandlungen einbezogen werden müßten, wurde oft gesagt, aber nie wirklich gefordert oder gar durchgesetzt;

— Daß der russische Backfire-Bomber einbezogen werden müßte, wurde immer wieder gefordert, aber letztlich doch ausgeklammert, als die SU versprach, diesen Bomber — von dem sie 100 besitzt und laut SAL-Zusatzvertrag jährlich 30 weitere produzieren darf — so zu stationieren, daß er nur Westeuropa, nicht aber die USA erreichen kann;

— Weiters wurde von den USA zugesichert, daß sie keine Waffensysteme, wie sie im SAL-Vertrag eingeschlossen sind, an die westeuropäischen Länder liefern würde, was aber als Gegengewicht gegen die russischen Grauzonenwaffen unbedingt notwendig wäre, um das russische Übergewicht zu drücken;

— Zuletzt wurde vereinbart, daß man im Rahmen von SALT III über die atomare Bedrohung bzw. Abrüstung Europas verhandeln würde, was vielleicht auf den ersten Blick gut klingt, aber in Wirklichkeit nur einen neuen Vorstoß der SU zur Schwächung der militäischen Position Westeuropas bringen wird. Jedenfalls hat Frankreich bereits erklärt, daß es gar nicht daran denke, über seine Atomwaffen zu verhandeln und daß es sich jede Einmischung verbitte.

Begünstigt SAL II an und für sich bereits die SU, so erst recht im Hinblick auf die Kräfteverhältnisse in Europa. Die USA haben natürlich Positionen gegenüber der SU in Europa zu verteidigen, die sie sich nicht einfach wegnehmen lassen werden. Aber es geht ihnen eben um ihre Positionen und nicht um die Verteidigung Westeuropas gegen die SU. Das schließt auch die Verteidigung dieser Postitionen und ihres relativen Atommonopols gegenüber den sogenannten westeuropäischen Verbündeten ein. Mit allen Mitteln wollen die USA dieses relative Atommonopol aufrechterhalten. Soweit es geht, wollen sie die Abhängigkeit der westeuropäischen Länder von den USA aufrechterhalten. Den westeuropäischen Völkern und Ländern aber zeigt das deutlich, daß sie sich bei der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit und des Friedens auf sich selbst stützen müssen, und daß sie sich dabei nichts von den USA zu erwarten haben. SAL II zeigt, daß es den US-Atomschirm über Westeuropa nicht gibt, und daß die USA gleichzeitig die Entwicklung einer westeuropäischen Nuklearmacht hintertreiben wollen. Der SU kommt dies natürlich äußerst gelegen.

Genossinnen und Genossen!

Wir haben bereits viel von der Aufrüstung gesprochen. Es gibt nun Ansichten, daß gerade diese ungeheure Aufrüstung den Krieg eigentlich unmöglich macht. In Wirklichkeit ist es genau umgekehrt. Es wird für den Krieg gerüstet. Es wird gerüstet, nicht bloß um mit dem Krieg zu drohen, sondernum den Krieg zu führen.

Der Krieg entspringt aus der Rivalität der beiden Supermächte. Die USA haben die Welt beherrscht und versuchen zu halten, was zu halten ist. Die SU ist im Angriff. Sie will werden, was die USA einmal waren. Sie will die Weltherrschaft. Die USA weichen vor der sowjetischen Expanisonspolitik zurück. Das hängt v.a. mit den veränderten Kräfteverhältnissen zwischen den Völkern der Welt und dem US-Imperialismus zusammen. Es hängt aber auch mit der amerikanischen Beschwichtigungspolitik zusammen. Diese Politik wurde und wird uns zuletzt im Iran, in Afghanistan und dem Horn vorexerziert. Auch in Europa wurden und werden die amerikanischen Positionen v.a. angesichts der Unabhängigkeitsbestrebungen der westeuropäischen Länder aber auch durch den allgemeinen Niedergang des US-Imperialismus zunehmend schwächer. Die SU ist demgegenüber auch in Westeuropa im Vormarsch. Sie infiltriert nach Kräften und arbeitet daraufhin, den Boden für offene Aggressionsakte zu bereiten. Die USA werden Westeuropa und ihre Positionen hier nicht kampflos aufgeben. Sie machen heute viele Konzessionen gegenüber der SU. Aber so wird es nicht ewig weitergehen und schon gar nicht, wenn es um die Macht über Westeuropa geht. Dann wird es Krieg geben. Gegenwärtig nehmen die USA die Infiltration der SU in Westeuropa hin und es gibt genügend Hinweise, daß sie auch offene Aggressionsakte, Aggressionskriege der SU, hinnehmen würden. Genau darauf spekuliert die SU auch und darauf gründet sich ihre Strategie, Westeuropa Stück für Stück zu erobern. Aber alles hat seine Grenzen und der US-Imperialismus kann und würde sich nicht selbst aufgeben. Eines Tages wird es zum Krieg kommen. Der Krieg zwischen den beiden Supermächten ist unvermeidlich. Die Beschwichtigungspolitik führt nicht zur Vermeidung des Kriegs, sondern nur zum weiteren Vormarsch der SU und zur weiteren Schwächung der USA, bevor es zum Krieg kommt.

Genossinnen und Genossen!

Der Krieg entspringt aus der Rivalität der

beiden Supermächte. Aber die USA sind an der Erhaltung des Status quo interessiert. So wie die Lage ist, sind sie gegenwärtig nicht am Krieg interessiert, wenn sie auch freilich eines Tages den Krieg führen werden. Die SU hingegen arbeitet darauf hin, auf allen Ebenen die Bedingungen zum Losschlagen zu schaffen. Sie ist heute der eigentliche Kriegstreiber. Gegen den Krieg kämpfen heißt heute gegen die SU kämpfen, gegen ihre Expansion — und Hegemoniepolitik. Strategisch gesehen sind die beiden Supermäche die Hauptfeinde der Völker, aber in der heutigen tatsächlichen Situation gilt es, den Hauptstoß gegen die SU zu richten. Sie und nicht die USA arbeitet daraufhin, Krieg gegen Westeuropa und schließlich gegen die USA zu entfachen. Sie in erster Linie und nicht die USA bedroht heute die nationale Unabhängigkeit der westeuropäischen Länder. Sie ist heute die schlimmste konterrevolutionäre Kraft auf der Welt: Von Kampuchea, Laos und Vietnam über Afghanistan und Iran, über den Nahen Osten, die arabische Halbinsel und das Horn von Afrika bis zum südlichen Afrika haben es heute die Völker in ihren revolutionären Kämpfen vor allem mit der SU als dem gefährlichsten Feind zu tun. In den meisten Fällen ist die SU direkt der Hauptfeind der Revolution.

Der Kampf gegen Imperialismus und Krieg, der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung im internationalen Maßstab besteht heute in seinem Kern aus dem Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus.

Im Kampf gegen die beiden Supermächte und insbesondere gegen den russischen Sozialimperialismus, auch in diesem Kampf treffen wir unweigerlich mit der österreichischen Monopolbourgeosie und ihrer Politik zusammen. Diese Klasse hat noch nie eine Politik der nationalen Unabhängigkeit betrieben und betreibt auch heute keine. Vor dem zweiten Weltkrieg hat sie das Land in die Hände des Hitlerfaschismus geführt. Nach dem zweiten Weltkrieg hat sie mehr oder weniger unter dem Kommando der USA das Land — soweit sie konnte — als Brückenkopf und Vorposten des sogenannten „freien Westen“ und der NATO aufgebaut.

Sie hat den amerikanischen Plänen keinerlei Widerstand entgegengesetzt, sonder war Anhängsel und Knecht des US-Imperialismus. In den 50er Jahren gab es eine allumfassende ökonomische, politische, militärische, kulturelle usw. Abhängigkeit Österreichs vom US-Imperialismus. In den 60er Jahren freilich gab es große Veränderungen: Den Niedergang des US-Imperialismus, die Unabhängigkeitsbestrebungen der westeuropäischen Länder, den Aufstieg des russischen Sozialimperialismus. Der österreichische Kapitalismus erstarkte in dieser Zeit zugleich beträchtlich. Seit Beginn der 60er Jahre nahm der Warenexport größere Ausmaße an, seit Ende der 60er Jahre begann der Kapitalexport. Die Reorganisierung der Verstaatlichten und zügige Rationalisierungen in der Privatwirtschaft fallen in diese Zeit. Das ökonomische Erstarken verschaffte unter den gegebenen Bedingungen der internationalen Entwicklung der österreichischen Monopolbourgeoisie auch mehr politischen Spielraum und mehr Unabhängigkeit. Auch die Umwandlung des Bundesheeres aus einem Schrotthaufen in eine Armee, die diesen Namen verdient, begann Ende der 60er Jahre. Der Einfluß der USA ging Schritt für Schritt zurück. Das drückte sich in den 70er Jahren auf allen Gebieten aus: gewisse eigene Wege in den Außenwirtschaftsbeziehungen, teils Wege in Richtung engerer Zusammenarbeit und Ausbeutung gewisser Regionen der Dritten Welt, z.B. im arabischen Raum und in Afrika, teils Wege in Richtung Moskau; dementsprechende politische Initiativen und Haltungen; schließlich auch die Emanzipation des Bundesheeres als reines NATO-Kanonenfutter. Andererseits nahm die sowjetische Infiltration ständig zu. Aus dem „Vorposten“ und der „Bastion der Freiheit“ wurde so die „Brücke zwischen Ost und West“.

Die österreichische Monopolbourgeoisie lavierte zwischen Washington und Moskau, sie betrieb weder gegenüber den USA eine Politik der nationalen Unabhängigkeit, noch widersetzte sie sich den Ambitionen Moskaus. Nicht gegen den US-Imperialismus auftreten und sich zugleich mit dem Kreml arrangieren — das wurde die Leitlinie der Politik. Und möglichst aus beiden Kapital zu schlagen, möglichst nicht nur „Brücke“, sondern „Drehscheibe“ zu sein. Je stärker der sowjetische Druck wurde, desto intensiver auch die Bemühungen um das Arrangement mit dem Kreml. Die österreichische Monopolbourgeoisie ist keine prosowjetische Kraft und will auch kein Knecht Moskaus werden, doch die Praxis sieht anders aus: Das krasseste Beispiel ist die Energiesituation Österreichs, die hohe Abhängigkeit von der SU auf diesem Gebiet. Neben den nach wie vor bestehenden Abhängigkeiten vom US-Imperialismus und auch von anderen zweitrangigen imperialistischen Ländern, v.a. von Westdeutschland, ist die „Politik der offenen Tür“ und die Beschwichtigungspolitik gegenüber der SU zum Grundzug der österreichischen Außenpolitik geworden. Heute führt die herrschende Klasse Österreich in die Arme des sowjetischen Sozialimperialismus. Der sowjetische Einfluß in Österreich wächst von Jahr zu Jahr — oft unter wohlwollender Billigung bis tatkräftiger Förderung durch die österreichische Monopolbourgeoisie. Unter dem Titel von „Entspannung“ und „friedlicher Koexistenz“ findet ideologische Infiltration in Massenumfang statt. Auf ökonomischem Gebiet ist die Energiewirtschaft nur das krasseste, aber nicht das einzige Beispiel. Auf politischem Gebiet ist bekannt, daß man aus dem Mund der österreichischen Regierung meistens vergeblich auf ein Wort des Protestes gegen die sowjetische Expansionspolitik, von der Besetzung der Tschechoslowakei und dem Druck gegen Rumänien und Jugoslawien bis zu Kampuchea, wartet.

Der Beschwichtigungspolitik entspricht die „Sicherheitspolitik“ Kreiskys, die auch hereinspielt, wenn es darum geht, so etwas wie den jetzigen SAL-Gipfel nach Österreich zu kriegen. Solche Sachen und vor allem die Tatsache, daß Wien der Sitz vieler internationaler Organisationen ist, die UNO-City, die in Kürze eröffnet werden soll, —das sind nach Kreisky Faktoren, die einen viel besseren Schutz der Neutralität und Unabhängigkeit Österreichs garantieren als die militärische Landesverteidigung. „Vom Dach der UNO-City aus sieht man“, hat Kreisky einmal gesagt, „an klaren Tagen bis zu den Karpaten“. Das soll die Abschreckungsbedeutung der internationalen Einrichtungen symbolisieren. Vermittels dieser Einrichtungen blickt die Weltöffentlichkeit auf die Geschehnisse im Land. Das würde einen potentiellen Aggressor sicher abschrecken. Auch unterstreichen diese Einrichtungen die Neutralität Österreichs und stempelten daher jede Aggression von vornherein zur flagranten Verletzung der Neutralität.

Es ist weiters so, daß die österreichische Militärpolitik letzlich von den gleichen Überlegungen ausgeht wie die „Sicherheitspolitik“ Kreiskys. Die Grundüberlegung ist: Österreich kann im Ernstfall nicht verteidigt werden; im Ernstfall wenn es wirklich Krieg gibt, ist ohnehin „alles aus“. Für diesen Fall, für den Ernstfall, braucht und kann man sich daher auch nicht viel überlegen. Kreisky jagt es — wie er in seinem letzten Buch sagt — „schon bei dem Wort Krieg kalte Schauer über den Rücken“, die österreichischen Militärs haben für den Kriegsfall hauptsächlich vage und irreale Gedankenspielereien parat, die sie selbst nur in unterschiedlichem Grad ernstnehmen. Abschreckung ist der Grundgedanke beider, aber nicht Abschreckung eines potentiellen Aggressors vor allem durch Vorbereitung der Verteidigung, sondern Abschreckung vor allem statt Verteidigung. Aber was soll das für eine Abschreckung sein, die davon ausgeht, daß sie wirkungslos wird, wenn es ernst wird? Was soll das für eine Abschreckung sein, die tagtäglich die „Unmöglichkeit der Verteidigung“ Österreichs zumindest „eingesteht“ (wie unsere Militärs) oder lauthals proklamiert (wie Kreisky). Soweit die Kreiskyschen Aktitvitäten und auch das Bundesheer tatsächlich Abschreckungsfaktoren sind, sind Kreiskys Überlegungen richtig. Sobald es allerdings mit Abschreckung nicht mehr getan ist, sondern es auf die wirkliche Verteidigungsfähigkeit ankommt, werden sie falsch. Solange es nicht ernst ist, sind sie richtig, wenn es ernst wird, werden sie falsch. Und daran, daß es ernst wird, wenn der sogennante „potentielle Aggressor“, sprich die SU, die Zeit für günstig hält, kann keinerlei Abschreckung etwas ändern. Es ist nicht schlecht, den Krieg durch Abschreckung vermeiden zu wollen, aber entscheidend ist — sich auf ihn vorzubereiten. Das nicht zu tun, sondern nur auf die Vermeidung des Kriegs und auf Abschrekkung zu setzen, bedeutet letztlich objektiv nicht Abwehr, sondern Einladung zur Aggression. Deshalb leistet Kreisky mit seiner „Sicherheitspolitik“ weder dem Frieden in Europa, noch der nationalen Unabhängigkeit Österreichs einen guten Dienst.



Kundgebung am 15. 6. gegen den Abrüstungsschwindel in Wien

Es ist kein Zufall, daß sich die herrschende Klasse Österreichs nicht auf die konsequente Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit orientiert, sondern auf Arrangement mit der SU und Kapitulation. Sich ernsthaft gegen die Supermächte zu erheben und der SU Widerstand zu leisten — ist für sie unvorstellbar. Ihr reaktionärer Klassencharakter diktiert ihr eine solche Politik und nur ein konsequenter Kampf des Volkes kann Änderungen in dieser Politik in einem positivem Sinn herbeiführen. Sicherlich würde sie im Fall einer sowjetischen Okkupation draufzahlen, aber doch ist es ihr für diesen Fall ein naheliegender Gedanke, zum Kompradoren, zum einheimischen Statthalter des Aggressors zu werden und sich dafür möglichst teuer bezahlen zu lassen. Natürlich gibt es Differenzen in der herrschenden Klasse, soweit zu gehen, aber es wird schon heute offen darüber diskutiert.

Es ist natürlich auch nicht so, daß es keine Widersprüche zwischen der österreichischen Monopolbourgeoisie und der SU gäbe. Es gibt sie und sie können genutzt werden. Alles was seitens der österreichischen Monopolbourgeoisie unternommen wird und sich gegen die Bedrohung der SU richtet, ohne zugleich die Abhängigkeit von den USA zu vergrößern und ohne sich gegen das Volk zu richten, unterstützen wir. Aber entscheidend ist der selbständige Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes und auch im Kampf um nationale Unabhängigkeit und Frieden kann das Volk nicht auf die herrschende Klasse bauen, sondern muß es die Sache selbst in die Hand nehmen.

Genossinnen und Genossen!

SAL II und die Wiener Gespräche zwischen Breschnew und Carter haben neuerlich drastisch auf die rasch anwachsende Kriegsgefahr, die Kriegstreiberei der Kemlzaren, den sowjetischen Expansionismus, die Verbrechen der beiden Supermäche gegen die Völker der Welt, die Bedrohung Westeuropas durch die SU hingewiesen und die Frage aufgeworfen, was dagegen unternommen werden kann.

1. Bevor überhaupt etwas unternommen werden kann, heißt es: „Augen auf!", heißt es, den Kriegsvorbereitungen der Supermächte den Schleier von Entspannung und Abrüstung herunterzureissen. Der Entspannungsschwindel ist eine mächtige Waffe des russischen Sozialimperialismus: Für jeden Aggressor ist es von entscheidender Bedeutung, daß die Opfer möglichst unvorbereitet und somit wehrlos dastehen. Jeder von uns muß seinen Beitrag leisten, daß der Entspannungsschwindel und alle absurden Theorien wie die des „Gleichgewichts des Schreckens" widerlegt werden und das österreichische Volk den Tatsachen ins Auge blickt. Das ist die erste Voraussetzung jedes erfolgreichen Kampfes für Frieden und nationale Unabhängigkeit.

2. Der Kampf gegen die Aufrüstung und für Abrüstung muß von den Tatsachen ausgehen. Das heißt: Erstens geht es nicht um Abrüstungsgeschwätz, sondern um wirkliche Abrüstung. Zweitens muß die Abrüstung bei den beiden Supermächten beginnen, insbesondere bei der SU. Von ihnen geht die Kriegsgefahr aus, nicht davon, ob dieses oder jene Land der Dritten oder Zweiten Welt eine oder zwei Atombomben hat. Sie und vor allem die SU müssen mit der Abrüstung beginnen, während alle Vorschläge, die vor allem auf die Abrüstung der kleinen und mittleren Länder der Zweiten und Dritten Welt zielen, reaktionäre Versuche sind, die militärische Übermacht der Supermächte noch weiter auszubauen, die abgelehnt werden müssen. Drittens muß für die atomare und konventionelle Abrüstung gekämpft werden. Die Atombombe ist eine schreckliche, aber nicht die einzige Waffe. Die SU setzt gerade auf ihr Übergewicht in der konventionellen Rüstung bei ihren Plänen für die Eroberung Europas. Sie will nicht durch fürchterliche Atomschläge Westeuropa vernichten, sondern sie will sich die Produktivkräfte Westeuropas aneignen. Deshalb muß die atomare mit der konventionellen Abrüstung verbunden werden. Viertens: Es gibt immer wieder Initiativen verschiedener kleinerer und mittlerer Länder und auch der VR China in diesem Sinn. Die österreichische Regierung soll solche Initiativen unterstützen und selbst in diesem Sinn initiativ werden.

3. Zugleich müssen sich die Völker auf den Kriegsfall vorbereiten. Auch das österreichische Volk muß sich auf den Kriegsfall vorbereiten. Solange es den Imperialismus gibt, ist der Weltkrieg unvermeidlich. Das österreichische Volk muß sich auf die Verteidigung der nationalen Existenz gegen die SU einstellen und vorbereiten. Es war vor 1938 ein Fehler der KPÖ, nicht den selbständigen Volkswiderstand gegen die Hitlerarmee vorbereitet zu haben. So blieben nur mehr die Forderungen an die Schuschnigg-Regierung. Das war richtig, aber zu wenig.

4. Der Kampf gegen den Krieg muß mit dem Kampf gegen den Hegemonismus verbunden werden. Die Aggressionsakte des Sozialimperialismus haben allesamt zum Ziel, den Krieg in Europa vorzubereiten. Warum konzentriert sich die SU derart auf das Gebiet des Indischen Ozeans, die Arabische Halbinsel und Afrika? Es geht ihr um die Einkreisung Europas, um den Druck in Friedenszeiten verstärken und Europa im Kriegsfall erdrosseln zu können. Die Völker der betroffenen Gebiete, denken wir nur an das heroische eritreische Volk, führen einen entschlossenen Kampf gegen die sowjetische Aggression. Sie kämpfen nicht nur für ihr eigenes Selbstbestimmungsrecht, sondern sie kämpfen auch für die Völker Europas und den Weltfrieden. Jeder Sieg des eritreischen Volkes ist ein Schlag gegen die Kriegsvorbereitungen der SU. Jeder Sieg des eritreischen Volkes durchkreuzt die Kriegsvorbereitungen der SU. Die Völker von Eritrea, Zimbabwe, Azania, Namibia, Afghanistan, Iran, Kampuchea kämpfen auch für uns.

Genossinnen und Genossen!

Auf die Frage: Was tun gegen die Kriegsgefahr? ist **eine** Antwort: Die Kämpfe der unterdrückten Völker unterstützen! Ist eine Antwort: die Vereinigung der Proletarier aller Länder und der unterdrückten Völker! Jeder Sieg der Revolution in Eritrea bedeutet Zeitgewinn für den Klassenkampf in Europa.

5. Vor allem gilt es, die Unterstützung des Kampfes der Völker Osteuropas nachhaltig zu verstärken, vor allem in unseren Nachbarländern. Ob die russischen Sozialimperialisten eine Aggression gegen Westeuropa wagen können, hängt maßgebend von der politischen Entwicklung in den osteuropäischen Ländern ab. Was Österreich betrifft, hängt es maßgeblich von der Entwicklung in der Tschechoslowakei ab. Diese Länder sind das Hinterland der Sowjetunion. Wenn das Hinterland nicht sicher ist, ist auch die Aggression nicht sicher. Ohne Nachschub, ohne Aufmarschgebiet, ohne Basen gibt es keine erfolgreiche Aggression.

6. Schließlich gilt es, der sowjetischen Infiltration in Westeuropa zu begegnen. Hier gibt es bescheidene Ansätze in Fragen Energiepolitik. Aber das genügt nicht. Die sowjetische Infiltrationspolitik muß umfassend aufgedeckt werden. Alle Kräfte in Österreich, die gegen den sowjetischen Hegemonsimus gewonnen werden können, müssen sich in einer antihegemonialen Einheitsfront zusammenschließen, mit der Stoßrichtung des Kampfes gegen die SU. Die Beschwichtigungspolitik der österreichischen Monopolbourgeoisie muß bekämpft werden.

7. Die Völker und Länder Westeuropas müssen sich angesichts der sowjetische Bedrohung zusammenschließen. Das Entscheidende ist, daß sich die Völker zusammenschließen und sich im Kampf gegen den Hegemonismus auf die eigenen Kräfte stützen. Entscheidend ist, daß die Arbeiterklassen der europäischen Länder weiterkommen im Kampf für die Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung, denn das ist die Grundlage des Zusammenschlusses der Völker gegen die beiden Supermächte. In Österreich verläuft der Hauptwiderspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Die Entwicklung des wirtschaftlichen und politischen Klassenkampfes gegen das Monopolkapital mit der Orientierung auf die sozialistische Revolution und der Aufbau einer neuen kommunistischen Partei der Arbeiterklasse in Österreich sind die Grundbedingungen und Grundlagen auch für den Aufschwung einer starken und antihegemonistischen Bewegung. Der Kampf gegen die eigene Monopolbourgeoisie muß eng mit dem Kampf gegen beide Supermächte verbunden werden.

Genossinnen und Genossen!

Heute sind bei dieser Veranstaltung Genossen aus den verschiedensten Ländern anwesend, darunter aus Mitteleuropa und von den südlichen und nördlichen Flanken Europas. Wir freuen uns sehr, daß wir alle diese Genossen bei uns begrüßen können. Unsere Veranstaltung steht im Zeichen des proletarischen Internationalismus. Sie soll ein Bild der tatsächlichen internationalen Entwicklung zeichnen. Sie soll ein Schlag gegen das Treffen Breschnew—Carter und gegen Hegemonismus und Krieg sein.

Nieder mit den beiden Supermächten USA und Sowjetunion!

Nieder mit dem sowjetischen Sozialimperialismus, dem schlimmsten Feind der Völker und Kriegstreiber Nummer 1!

Genosse Raniero Cassini, Vereinigte Kommunistische Partei (PCU) Italiens

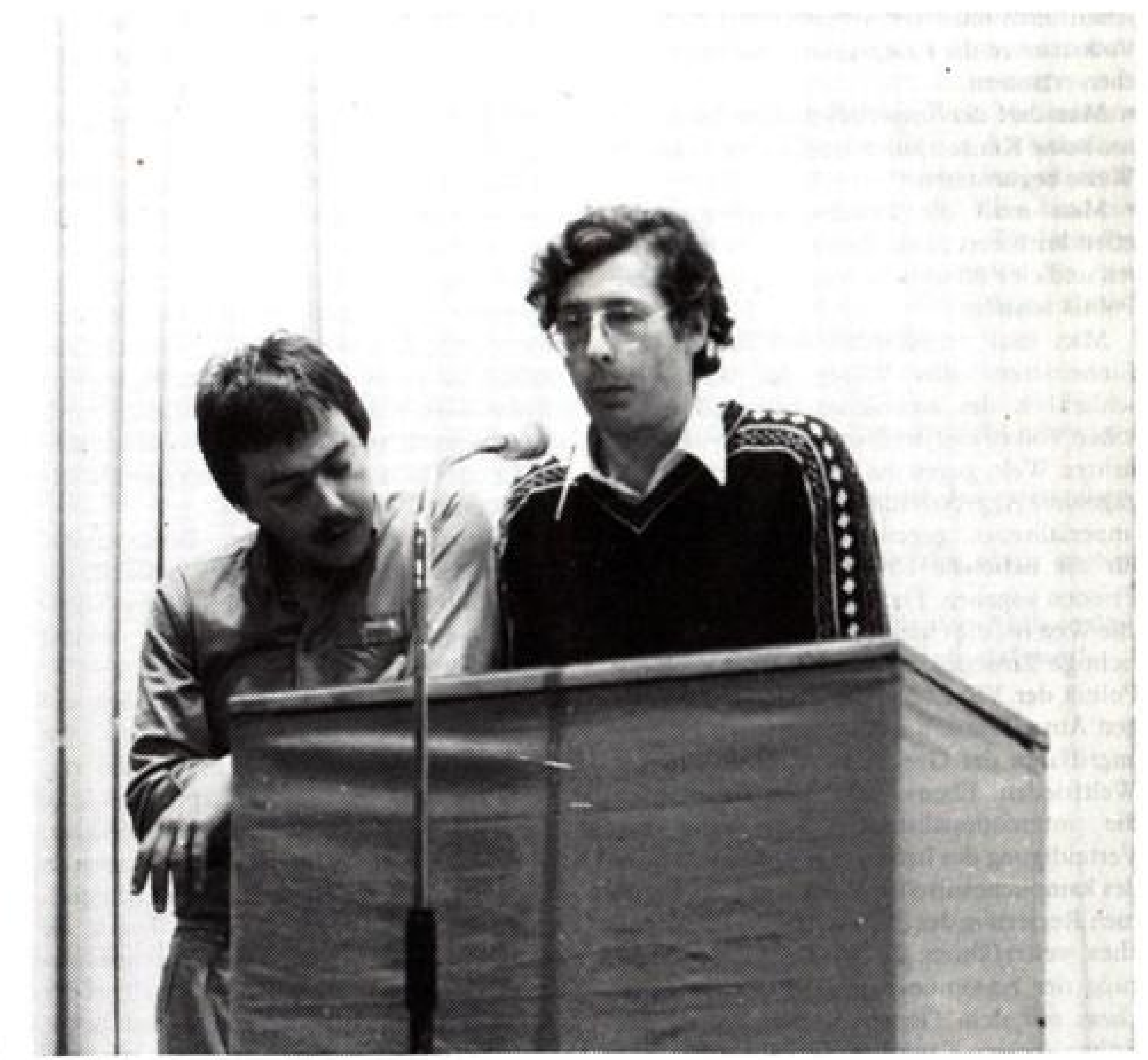
Genossen, Werktätige, ehrliche Demokraten,

Im Namen der Vereinigten Kommunistischen Partei Italiens möchte ich zunächst dem Kommunistischen Bund Österreichs danken für die Einladung, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Wir leben heute in einer Zeit großer Erschütterungen und Umwälzungen, in einer Zeit, in der die internationalen Beziehungen von der Rivalität der beiden Supermächte UdSSR und USA beherrscht werden, einerseits vor allem von den expansionistischen und hegemonistischen Bestrebungen des russischen Sozialimperialismus, andererseits aber auch vom wachsenden Bewußtsein der Volksmassen verschiedener Länder, vor allem der Dritten Welt, daß man sich der Kriegsgefahr mit konkreten Handlungen entgegenstellen muß.

Was die internationale Lage betrifft, gibt es heute zwei grundlegende Haltungen: die Haltung, die Gefahr eines neuen Weltkrieges zu bekämpfen, und die Haltung der „Beschwichtigung" (appeasement). Diese zweite Haltung ist durch verschiedene Aspekte gekennzeichnet:

- Man macht sich noch Illusionen über die „Entspannung", also über die wirklichen Folgen von Abkommen zwischen den beiden Supermächten und von Verhandlungen, die angeblich die Kriegsgefahr abschwächen;
- man macht sich Illusionen über die Abrüstung, man bildet sich ein, sie würde durch den „guten Willen" einiger Mächte herbeigeführt, oder — was noch schlimmer



Genosse Raniero Cassini und Dolmetsch Genosse Gerhard Fritz

ist — man propagiert die einseitige Abrüstung einzelner Nationen, wie es in Italien der kleinbürgerliche sogenannte „Pazifismus" tut. Die einzige Folge einer derartigen Abrüstung wäre die Auslieferung des Landes an den Aggressor;

• man anerkennt das Prinzip der Einflußsphären in Europa (einzelne Politiker deuten sogar die Möglichkeit an, im Falle eines Angriffs des Sozialimperialismus ihm einen Teil des eigenen Territoriums zu überlassen);

• man unterstützt die Sowjetwirtschaft, man gewährt der SU Kredite zu äußerst niedrigen Zinssätzen (6 bis 8 %), in einer Zeit, wo in unserem Land Privatunternehmen 15 bis 18 % Zinsen für Kredite zahlen müssen, man liefert entwickelte Maschinen und versorgt so die sowjetische Kriegsmaschinerie mit hochentwickelter Technologie; man liefert sogar ganze Fabriksanlagen, die dann gegen den Lieferanten eingesetzt werden — wie im Fall FIAT, die sich heute der Konkurrenz der Lada-Autos gegenübersieht.

Das einzige Ergebnis der Beschwichtigung um jeden Preis ist das Anheizen der Kriegsgefahr, man fördert so nur die Gier und die Arroganz der neuen Kremlzaren. Man vergißt so die Lehren aus der Geschichte, man wiederholt den Fehler, den Daladier und Chamberlain in München begingen.

Wenn man sich heute dem imperialistischen Krieg entgegenstellen und den Kriegsausbruch hinauszögern will, muß man die Beschwichtigungspolitik behindern und hart bekämpfen. Wie?

• Man muß alle Manöver entlarven, die die Völker in Illusionen befangen halten und sie über den einzigen Weg zum Frieden täuschen; man muß die Arbeiterklasse und den Volksmassen die Kriegsgefahr und ihre Ursachen erläutern.

• Man darf den imperialistischen Aggressoren keine Konzessionen machen, sie in keiner Weise begünstigen.

• Man muß die Beschwichtigungspolitik offen kritisieren, eine breite Debatte entfalten und eine öffentliche Meinung gegen diese Politik schaffen.

Man muß entschieden den Aufbau der Einheitsfront aller Völker der Welt, einschließlich des amerikanischen und russischen Volkes und der Länder der zweiten und dritten Welt, gegen die beiden Supermächte, gegen die Aggressivität des russischen Sozialimperialismus, gegen den Hegemonismus, für die nationale Unabhängigkeit und den Frieden angehen. Daß dies der einzig mögliche Weg ist, die einzige für die Arbeiterklasse richtige Entscheidung, das zeigt ja auch die Politik der VR China, das zeigen die günstigen Auswirkungen des chinesischen Gegenangriffs an der Grenze zu Vietnam für den Weltfrieden. Ebenso muß man entschieden die internationalistische Kampagne zur Verteidigung des harten und langen Kampfes des kampucheanischen Volkes und der legitimen Regierung des Demokratischen Kampuchea weiterführen. Es wird unter der Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas mit dem Genoossen Pol Pot an der Spitze diesen Kampf weiterführen bis zur endgültigen Verjagung der russisch-vietnamesischen Aggressionstruppen.

Der Sozialimperialismus führt über seine Söldnerhaufen in Angola, Zaire, am Horn von Afrika, in den arabischen Ländern und auf der indochinesischen Halbinsel seine Aggressionen durch, aber dennoch ist es Europa, das mehr als je zuvor das Zentrum des Ringens der beiden Supermächte ist. Das SAL-II-Abkommen ist schließlich auch der Beweis dafür. Es wird gut sein, sich daran zu erinnern, daß es dabei nicht um die Verminderung der Waffensysteme geht, sondern darum, das sogenannte „Gleichgewicht des Schreckens" auf eine neue, noch höhere Ebene zu heben. Es wird gut sein, sich daran zu erinnern, daß das sogenannte „strategische Gleichgewicht" von Anfang an das Ziel der UdSSR war, und daß schon heute die SU, die aggressivere Supermacht, um 400 Raketen mehr hat, als das Abkommen SAL II zuläßt, während die USA dagegen um 200 weniger haben. Das größte Problem aber ist die sogenannte „Grauzone", nämlich Europa. Die Waffensysteme, die gegen uns angewandt werden können, sind keinerlei Beschränkungen unterworfen, die Backfire-Bomber und die SS-20- und SS-21-Raketen sind aus dem Vertrag ausgenommen. Und heute erwartet man noch von Europa, daß es sich enthusiastisch zeigt über einen Vertrag, der die größte Kriegsgefahr auf Europa konzentriert, und an dem es darüberhinaus in keiner Weise beteiligt war, weder bei der Ausarbeitung noch bei der endgültigen Beschlußfassung!

In diesem Sinn will dieser Vertrag Illusionen über die wirklichen Absichten der beiden Supermächte verbreiten, will Europa unter den „atomaren Schirm" der USA stellen (bei all dem, was wir über die Unwirksamkeit der NATO-Verteidigung für Europa wissen!); er schwächt objektiv die Verteidigungsmöglichkeiten Europas. Im Gegensatz dazu ist es notwendig, die Verteidigung Europas gegen die Aggressivität der UdSSR zu stärken durch gemeinsame, plurinationale Systeme. Man muß aber auch daran denken, daß die wirksamste Abschreckung ein nationales Verteidigungs-und Zivilschutzsystem ist, weil der Aggressor wissen muß, was ihn erwartet, weil er sich bewußt sein muß, daß er es mit einem starken, im ganzen Land engmaschig organisierten Volkswiderstand zu tun haben wird, der sich auch auf Zivilschutzeinrichtungen, auf Lebensmittellager, Medikamentendepots usw. stützen kann.

Das sind aktuelle Aufgaben, ebenso wie der Kampf gegen die Versuche der UdSSR, die innenpolitische Lage in verschiedenen europäsichen Ländern zu destabilisieren, aktuell und von grundlegender Bedeutung ist.

Die Destabilisierung wird in Italien auf verschiedenen Ebenen vorangetrieben. Am offensichtlichsten ist das Einschleusen von KGB-Agenten ins Botschaftspersonal (die letzte bedeutende Episode ist das Auffliegen des Agenten Karel Klutz, der als Diplomat an der tschechischen Botschaft in Rom arbeitet). Auf einer etwas anderen Ebene liegen die bekannten, von mehreren Seiten erhobenen Anschuldigungen gegen den Personalchef der UNO-Ämter in Genf Cottafani (einen hochrangigen Diplomaten des italienischen Außenministeriums, der einen sowjetischen Agentenring bei den verschiedenen UNO-Behörden duldete, bzw. unterstützte; Anm. des Übersetzers). Ebenso offensichtlich ist auch die Komplizenschaft einiger Persönlichkeiten in verschiedenen italienischen Ministerien mit jenen, die die „Strategie der Spannung" (den Terrorismus; Anm. des Übersetzers) in unserem Land verwirklichen. Seit Jahren hat die Vereinigte Kommunistische Partei Italiens die internationalen Verbindungen des italienischen Terrorismus angeprangert und enthüllt, die engen Verbindungen zwischen italienischen, westdeutschen und palästinensischen Terroristen (RAF bzw. außerhalb der PLO agierende Terrorkomandos, die mit dem Kampf gegen die zionistischen Besatzer nichts gemein haben; Anm. des Übersetzers). Die „strategische Leitung" der Roten Brigaden befindet sich sicher nicht, wie einige es glauben machen wollen, in Italien, sie befindet sich in Moskau, wie die dauernden Reisen alle bisher verhafteten Terroristen in die Ostblockländer beweisen, und wie die Beziehungen beweisen, die in verschiedenen Fällen (von Feltrinelli bis Selregadi usw.) zu Ausbildungslagern palästinensicher Terroristen, oder — mehr in der Nähe — in Karlowy Vary bestehen, zu Ausbildungslagern, die vom KGB mit einer ganz bestimmten Absicht eingerichtet wurden. Die PCUd'I hat ausführliches Material über diese Verbindungen zur Verfügung und hat es schon wiederholt in ihrem Zentralorgan „Linea Proletaria" publiziert. Überhaupt sind die Tatsachen allen bekannt, die Augen zum Sehen haben (oder sollten es wenigstens sein), und die nicht wie der Vogel Strauß den Kopf in den Sand stekken, um die Gefahr nicht zu sehen.

Was man hier besonders unterstreichen muß, ist die Funktion des Terrorismus der Roten Brigaden (made in UdSSR) in Italien, die Ziele, die damit verfolgt werden. Um sich darüber Klarheit zu verschaffen, muß man sich die PCI anschauen, ihre Politik in Italien, ihre kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Verbindungen mit der UdSSR, und die Vorgänge im Innern dieser Partei. Was auf dem XV. Parteitag der Revisionistischen Partei (April 1979; Anm. des Übersetzers) vorgegangen ist, das offene Auftreten und der Vormarsch des ganz offen und unverhüllt prosowjetischen Flügels, das zeigt die Ziele: engere Verbindungen mit Moskau auf der einen Seite, größere Härte und Entschiedenheit in der Eroberung von Machtpositionen auf der anderen Seite. Daher kommt in die Rolle als „Stoßkeil", die den Roten Brigaden zugeteilt ist: die zu eliminieren, die sich der Politik und Arroganz der PCI widersetzen, und andererseits das Land ins Chaos stürzen und das Image der PCI als einzigen Garanten der Ordnung zu verstärken. In diesem Sinn reichen die Ursprünge der jüngsten Regierungskrise, die zu den vorverlegten Parlamentswahlen geführt hat, weit zurück; der Machtzuwachs der PCI, der unaufhaltsam schien, ist gebremst worden, ja es hat sogar eine Tendenzumkehr gegeben, und zwar als Folge der Entwicklung des Klassenkampfes in Italien und auf internationaler Ebene. In Italien ist der Kampf der Volksmassen um ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen mit der „Politik der

notwendigen Opfer" (austerity) zusammengestoßen, die in erster Linie von den revisionistischen Führern verbreitet wird. Auf internationaler Ebene hat die Krise der „Entspannung" und die Beschleunigung der expansionistischen Bestrebungen der UdSSR die „eurokommunistische" Maske mit den Tatsachen konfrontiert und schwer angekratzt. Die PCI hoffte, mit den von ihr provozierten vorverlegten Wahlen die gegenwärtige Kräfteverteilung wenigstens in der Hauptsache zementieren zu können, um dann den Druck auf die anderen Parteien zu verstärken und die Regierungsbeteiligung zu erzwingen. Das Wahlergebnis aber war ein harter Schlag für die Arroganz der Revisionisten und hat die Entwicklung zum Bipolarismus DC-PCI (d.h. den Ausschluß aller anderen politischen Kräfte aus dem politischen Leben; Anm. des Übersetzers) abgebrochen. Das Wahlergebnis hat einige wichtige Dinge gezeigt:

a) Der allgemeine Stimmenverlust der PCI im ganzen Land zeigt, daß sich das Bewußtsein von der wirklichen arbeiterfeindlichen, volksfeindlichen und antinationalen Natur dieser Partei, der politischen Vertretung des reaktionärsten Flügels der Monopolbourgeoisie, entwickelt und immer mehr verbreitet.

b) Der besonders starke Stimmenverlust in den großen Arbeiterstädten und im Süden (Turin, Genua, Neapel), zeigt, daß diese Bewußtwerdung in den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterklasse am stärksten ist, zeigt, daß es heute, ausgehend von den einfach nicht mehr zu verhehlenden Ergebnissen der Gewerkschaftslinie des EUR (römisches Kongreßzentrum, wo mit einem Bericht des Revisionistenhäuptlings Lama auf einer Konferenz der Gewerkschaftskonföderation CGIL, CISL, UIL eine Wende in der Gewerkschaftspolitik eingeleitet wurde; der Übers.) und der Politik der „notwendigen Opfer", die im Kern zu mehr Profiten für die Industrie und einer Verminderung der Arbeitsplätze geführt haben, ein sich verbreitendes Verständnis für die Schädlichkeit des Revisionismus gibt. Zwischen 1976 und 1978 stiegen die von den großen Kapitalgesellschaften ausgezahlten Dividenden um 30 bis 50 Prozent, während die Arbeitslosenanzahl anstieg, und es heute, nach den Statistiken des Arbeitsministeriums, über zwei Millionen Arbeitslose gibt. Andererseits hängt der Einbruch der Revisionisten im Süden zusammen mit den praktischen Erfahrungen der Massen mit der „Entwicklungspolitik für Süditalien" der PCI: praktische keine Investitionen, 2.000 Mrd. Lire (32 Mrd. öS) im Budget vorgesehen, aber nicht ausgegeben, noch größeres Elend und noch mehr Arbeitslosigkeit als in den anderen Teilen des Landes.

c) Der Stimmenverlust bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus (4.0 Prozentpunkte) war höher als bei den Senatswahlen (2.3), das zeigt, daß gerade die Jugendlichen mit der Nase auf die Tatsachen gestoßen werden (das Wahlalter für das Abgeordnetenhaus beträgt 18 Jahre, für den Senat 25 Jahre; Anm. des Übers.); das Gesetz über die Jugendbeschäftigung, das von den revisionistischen Führern so propagiert wurde, hat sich als das erwiesen, als was es unsere Partei schon immer angeprangert hatte: ein nutzloses Schwindelgesetz, das den Jugendlichen keine Arbeitsplätze verschafft. Seit der "Anwendung" dieses Gesetzes haben von Hunderttausenden Arbeitssuchenden ganze 30.000 eine Arbeit gefunden — wenn man unter Arbeit das versteht, was das Gesetz sagt, nämlich befristete Arbeitsverträge ohne jede Sicherheit für die Zukunft, und das zu Hungerlöhnen.

Aber auch noch unter einem weiteren Gesichtspunkt ist das Wahlergebnis positiv, und zwar unter einem für die Marxisten-Leninisten gurndlegenden Gesichtspunkt; ich meine das Votum des Protestes; bei diesen Wahlen hat die Zahl derer, die nicht zur Wahl gingen, ebenso zugenommen wie die Zahl der leeren oder ungültig gemachten Stimmzettel. Das ist ein wichtiges Ergebnis, wenn man bedenkt, welches Vertrauen das parlamentarische System in Italien bisher genoß. Es gab einige bedeutende Protestaktionen der Volksmassen. In Seveso bei Mailand, wo vor gar nicht langer Zeit eine Gasexplosion die Gegend verseuchte, im Belice-Tal in Sizilien, das vor Jahren von einem Erdbeben zerstört wurde, und auch in einigen anderen Orten, wo sich das völlige Desinteresse der Monopolbourgeoisie für die Probleme des Lebens der Volksmassen besonders deutlich zeigte, wurden massenhaft die Wahlausweise (Bestätigung der Wahlberechtigung; Anm. des Übersetzers) und in einzelnen Fällen sogar alle Wahldokumente (Wählerlisten, Stimmzettel) säuberlich zu Pakten verschnürt ans Innenministerium zurückgeschickt; eine bewußte und organisierte Form des Protestes also.

Die Unzufriedenheit im Land ist groß, ebenso der Wunsch nach Rebellion und Kampf. Die Ketten, die die Revisionisten der Arbeiterklasse und dem Volk angelegt haben, brechen eine nach der anderen. Immer breitere Schichten der Werktätigen brechen mit den traditionellen Gewerkschaftsorganisationen (CGIL, CISL, UIL; Anm. d. Übers.), unabhängig von den Gewerkschaftsspitzen entwickeln sich Kämpfe breiter Schichten von Werktätigen, Männern und Frauen (man braucht nur an die großen Massenkämpfe der Spitalsbediensteten, der Eisenbahner, der Bediensteten der staatlichen Luftfahrtgesellschaft in den letzten Monaten zu denken).

Diese Rebellion ist die logische Folge der Zustände in unserem Land, die die Massen bedrücken; das Polizeigesetz Reale, die heftigen Angriffe auf die demokratischen Freiheiten, ja sogar auf das Streikrecht, die Massenarbeitslosigkeit, besonders unter der Jugend, die Angriffe auf den Lohn, das ist die Wirklichkeit. Sie stellt den Volksmassen, besonders der Arbeiterklasse und mehr noch der Partei, die ihr bewußter und organisierter Kampfstab sein will, präzise und unmittelbare Aufgaben.

Heute ist es notwendig, gegen die Politik der „notwendigen Opfer" zu kämpfen, gegen die Monopolbourgeoisie, die einerseits die nationale Unabhängigkeit verkauft und andererseits die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Massen verschlechtert. Es ist lebensnotwendig, Fortschritte zu erzielen beim Aufbau der organisierten Arbeiteropposition mit dem Ziel des Wiederaufbaus einer klassenkämpferischen Gewerkschaft; es ist entscheidend, voranzukommen im Aufbau der Einheitsfront für die nationale Unabhängigkeit, im Zusammenschluß aller Kräfte, die auf der Grundlage eines Einheitsfrontsprogrammes zusammengeschlossen werden können. Wir müssen für die europäische Einheit arbeiten und für neue, gerechtere Beziehungen mit den Ländern der Dritten Welt, wir müssen unseren Beitrag leisten für den Aufbau einer breiten antihegemonistischen Einheitsfront im Weltmaßstab, von der die VR China ein wesentlicher Bestandteil ist. Wir müssen zusammen arbeiten und kämpfen für den Frieden, den Fortschritt, die nationale Unabhängigkeit, den Sozialismus.

Gegen die beiden Supermächte Sowjetunion und USA!
Gegen die Aggressivität des russischen Sozialimperialismus!
Entlarven wir die Gefahr eines neuen Weltkrieges!
Vorwärts im Kampf für den Aufbau der antihegemonistischen Einheitsfront!

Genosse Jürgen Klocke, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Genossen, Freunde,

wir sind nicht zusammengekommen, um ein Lamento über die beiden Supermächte, ihre Gefährlichkeit und ihre Kriegstreiberei anzustimmen, sondern um zu beraten, wie wir, die Arbeiterklasse und die Volksmassen unser Interesse an der sozialen Revolution des Proletariats verfechten können in einer Situation, wo die beiden Supermächte und ihre Rivalität um die Weltherrschaft nicht nur zur Hauptquelle des Krieges, sondern auch zum Hauptfeind der proletarischen Weltrevolution geworden sind, zu der sich die Kämpfe der unterdrückten Völker für Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie mit dem Kampf des internationalen Proletariats für Sozialismus und Kommunismus vereinigen.

Ich will mich nicht dabei aufhalten erneut nachzuweisen, daß die angeblichen Anstrengungen der beiden Supermächte für Rüstungsbeschränkungen und Abrüstung nichts anderes darstellen, als Konventionen und Übereinkünfte, die den Rahmen für die weitere Aufrüstung abstecken. Weit entfernt die Kriegsgefahr zu mindern, erhöhen sie die Kriegsgefahr nicht nur dadurch, daß unter dem Deckmantel der Rüstungsbeschränkung in Wirklichkeit qualitativ wie quantitativ weiter aufgerüstet wird, sondern auch dadurch, daß jede Klausel des sogenannten SAL II Abkommens einen weiteren Konzentrationspunkt für die Rivalität der beiden Supermächte abgibt und damit einen Kriegsgrund mehr liefert für die beiden Supermächte. Tatsächliche oder angebliche Vertragsverletzungen waren schon immer der beste Ausweis, um einen imperialistischen Krieg als Akt der Notwehr und der nationalen Verteidigung vom Zaun zu brechen. Nicht nur, daß SAL II, genausowenig wie SAL I, keine Anhaltspunkte für den Frieden liefert. Es liefert direkt Kriegsgründe.

Die westdeutschen Imperialisten sind bekanntlich stimmkräftige Befürworter des neuen SAL-Abkommens und Bundeskanzler Schmidt ist eigens für ein paar Tage nach den USA gefahren, um dort Stimmung für den Abschluß und die Ratifizierung des SAL II-Abkommens zu machen. Was versprechen sich die westdeutschen Imperialisten davon, wie ist überhaupt ihre Stellung gegenüber der Rivalität der beiden Supermächte und den Konventionen, die die beiden Supermächte über die Formen dieser Rivalität abschließen? Die Rivalität der beiden Supermächte konzentriert sich auf Europa, weil nur im Kampf um Europa eine Vorentscheidung für die Beherrschung der Welt gefällt werden kann. Diese Entscheidung, die durch die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus herbeigeführt wird, kann nur mit Gewalt getroffen werden. Für die Ausgangsbedingungen dieser Rivalität um Europa wie für den Ausgang des Kampfes ist die Stellung der westdeutschen Imperialisten von beträchtlicher Bedeutung. Die westdeutschen Imperialisten wollen aus dieser Rivalität ihren Vorteil ziehen. Welche Seite hat mehr zu bieten? Welche Allianz bringt mehr ein? Die westdeutschen Imperialisten wären perfekte Idioten, wenn sie sich diese Fragen nicht stellen würden und je nach Lage erneut überprüfen würden. An der angeblichen Entspannungspolitik der beiden Supermächte sind die westdeutschen Imperialisten interessiert, weil sie die Frage der imperialistischen Allianzen neu aufwirft, weil sie die Stellung des BRD-Imperialismus als Faktor in der Rivalität der beiden Supermächte aufwertet. Daher auch das Hin und Her über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa, wobei die westdeutschen Imperialisten einerseits einen Beschluß über die Stationierung dieser Mittelstreckenrakten herbeiführen wollen, während sie andererseits diesen Beschluß als Verhandlungsgegenstand im Gespräch halten wollen.



Genosse Jürgen Klocke

Deutschland ist durch die beiden Supermächte gespalten. Groß geworden ist der westdeutsche Imperialismus im Einflußbereich des US-Imperialismus. Im Kapitalexport beginnt der westdeutsche Imperialismus an den britischen Imperialismus heranzureichen, in der Industrieproduktion und als Exportmacht hat er ihn bereits weit überholt. Vergleicht man die Exporte des US-Imperialismus mit denen des BRD-Imperialismus, dann überschreitet der Export der BRD in einzelnen Monaten bereits den Export der USA. Aber die BRD hat Monat für Monat einen Exportüberschuß, die USA haben Monat für Monat ein wachsendes Handelsbilanzdefizit. Zwar kann die BRD dem US-Imperialismus als Kapitalexporteur noch lange nicht das Wasser reichen, aber in den letzten Jahren zeigt die Bilanz der Kapitalbewegungen zwischen den USA und der BRD ein Plus für die BRD. Innerhalb der EG ist die BRD sowohl der Industrieproduktion wie dem Export, nach wie der Entwicklung des Kapitalexports nach, die führende Macht dieses wirtschaftlichen und politischen Bündnisses der westeuropäischen Imperialisten innerhalb des Einflußbereiches der USA. Kein Zweifel, daß die Stellung des BRD-Imperialismus innerhalb des amerikanischen Einflußbereiches sich ständig verbessert hat und an wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gewicht gewonnen hat. Auf der anderen Seite hat der BRD-Imperialismus bereits frühzeitig und bereits bevor die sogenannte neue Ostpolitik eingeleitet wurde, seine Fühler auf den osteuropäischen Markt ausgestreckt. Mit Einleitung der neuen Ostpolitik hat der BRD-Imperialismus seinen Handel mit der SU und mit den von der SU abhängigen und von der SU unterdrückten Staaten sprunghaft steigern können. Dabei hat die BRD verschiedene Vorteile. Gegenüber ihren westlichen imperialistischen Konkurrenten hat sie Vorteile auf Grund des Vorsprungs in der Ausbeutung und in der Produktivität der Arbeit. Außerdem hat sie Standortvorteile. Gegenüber der SU und ihrem Einflußbereich ist ihre Stellung ebenfalls nicht ungünstig. Während die Ostexporte einen relativ geringen Anteil am Gesamtexport des BRD-Imperialismus ausmachen, machen sie am gesamten Import der SU und des Comecon einen ausschlaggebenden Anteil aus. Während der Export der BRD vor allem aus moderner Maschinerie und Anlagen besteht, besteht der Export der SU und der Comecon-Staaten vor allem aus Rohstoffen und Vorerzeugnissen. Damit genießt die BRD in diesem Austauschverhältnis die Vorteile die jede fortgeschrittene Industriemacht gegenüber weniger produktiven Konkurrenten auf dem kapitalistischen Weltmarkt hat. Was aber die Rohstofflieferung der

SU und der Comecon-Staaten an die BRD betrifft, so kann man nicht von einer einseitigen Abhängigkeit der BRD von der SU sprechen. Die Entwicklung des Osthandels der BRD mit der SU und den Comecon-Staaten hat inzwischen zur Folge, daß die SU und der Comecon mit über 34 Milliarden DM bei der BRD in der Kreide stehen. Gegenwärtig stößt die Entwicklung dieses Handels an Schranken, wächst langsamer, und ist teilweise in Stagnation übergegangen und fällt sogar in einzelnen Bereichen. Er hat sich eben etwas einseitig entwickelt.

Der BRD-Imperialismus ist im Herrschaftsbereich der USA wieder etwas geworden. Auf dieser Basis hat er seine Stellung als Export-und Kapitalmacht gegenüber der SU und dem Comecon aufbauen können. Aber beidesmal ist die Stellung des BRD-Imperialismus weder großartig oder gar überragend und erst recht nicht gesichert. Notwendig müssen sich den westdeutschen Imperialisten zwei „Gedanken" verstärkt aufdrängen: der „Europagedanke" und der „Wiedervereinigungsgedanke". In diesem Zusammenhang stellt sich den BRD-Imperialisten die Frage der imperialistischen Allianzen. Wie kann die Vorherrschaft über die EG gegenüber den westeuropäischen Konkurrenten vor allem aber gegenüber den USA gesichert werden? Wie kann gegenüber der SU die Wiedervereinigung durchgesetzt werden? Zählt man Bevölkerung, Industrieproduktion, Export und Kapitalkapazität der BRD und der DDR zusammen, dann wäre das schon was. Ökonomisch entwickeln sich zwischen BRD und DDR die ganzen Jahre über beträchtliche Verbindungen, ohnehin hat der deutsch-deutsche Handel eine Sonderrolle sowohl gegenüber der EG wie auch innerhalb des Comecon. Das Transportwesen wird vorsichtig aufeinanderabgestimmt. Soweit unter dem Deckmantel der Entspannung in Europa die imperialistischen Allianzen in Bewegung kommen, ist der BRD-Imperialismus daran interessiert, weil damit seine eigene Manövrierfähigkeit vergrößert wird; natürlich erhöhen diese Bemühungen des BRD-Imperialismus im Rahmen der Rivalität der beiden Supermächte um Europa nicht die Sicherheit Europas, sondern bilden innerhalb dieser Rivalität einen besonderen Gefahrenherd.

Die Hauptkriegsgefahr für Europa geht von der Rivalität der beiden Supermächte aus und die UdSSR ist insofern die gefährlichere der beiden Supermächte, als sie auf Grundlage ihrer ökonomischen, politischen und militärischen Stellung ihr Heil nur im Angriff und in raschen entscheidenden Schlägen, im Blitzkrieg suchen kann. In einem Krieg wäre die SU auf die Dauer zur Niederlage verurteilt, wenn es ihr nicht gelingt, den Produktionsapparat Westeuropas zu entscheidenden Teilen frühzeitig in die Hand und unter Kontrolle zu bekommen. Ihre Verbindungswege nach Westeuropa sind zwar weniger lang als die der USA und sie gehen über Land. Bei der ersten Niederlage der sowjetischen Mitlitärmacht, würde sich dieser Landweg durch Polen, die DDR, durch die Balkanstaaten und Österreich sofort aus einem Vorteil in einen Nachteil verwandeln, denn dort befinden sich die Sozialimperialisten unter feindlichen Völkern. eine Niederlage aber würde es für die SU schon bedeuten, wenn sie nicht innerhalb kürzester Zeit wenigstens bis zum Rhein vorstoßen könnte. Wie aber soll das ohne weiteres gehen, wo jede größere Stadt zu einer fast uneinnehmbaren Festung zu werden droht? Der Griff zur Atomwaffe ist unter diesen militärischen Gesichtspunkten für diese SU sehr naheliegend, obwohl sie sich damit gerade der Hilfsquellen berauben würde, die sie für die Auseinandersetzung mit der anderen Supermacht in die Hand bekommen muß. Ein solcher Krieg wird für die SU also erst machbar, wenn sie Europa von den Flanken her wirksam einzukreisen in der Lage ist und den Weg zwischen den USA und Europa ernsthaft gefährden kann. Darauf konzentrieren sich denn auch die Bemühungen der SU zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wobei klar ist, daß auch ihre beträchtliche Flottenausrüstung für die USA erst gefährlich werden kann, wenn sie sich auf ein entsprechendes Stützpunktsystem auf dem Land stützen kann.

In diesem Vorfeld des Krieges um Europa spitzt sich gegenwärtig die Rivalität der beiden Supermächte zu. Die Sowjetunion versucht über Vietnam die Kontrolle über die Verbindung zwischen dem Pazifik und dem Indischen Ozean zu erringen. Über Afghanistan und den Iran versucht sie zum Indischen Ozean vorzudringen, dessen Kontrolle auch ihre Bemühungen an der Ostküste Afrikas und am afrikansichen Horn gelten. Auch an der Westküste Afrikas und damit am Atlantik hat sich die SU bereits festgesetzt. Mit Kuba hat sie direkt an der amerikanischen Atlantikküste einen Stützpunkt. Was fehlt ist die Beherrschung der Ausfallstore aus der Ostsee, ist die Beherrschung der Barrentsee und der von der dort ausgehenden Zugänge zum atlantischen Ozean. Es ist wirklich nicht schwer eine beträchtliche Verstärkung der Rivalität der beiden Supermächte an diesen Punkten vorauszusagen und man kann sie z.B. in der Türkei Tag für Tag beobachten.

Gegenüber den Bemühungen der SU versuchen die USA den Afrikanischen Kontinent ausgehend von der Nilmündung, d.h. Ägypten und vom Kap der Guten Hoffnung, den südafrikanischen Kolonialstaat zu halten, von den Punkten aus, von denen einst der englische Imperialismus den Kontinent seiner dauerhaften Kontrolle zu unterwerfen versuchte. Weder aus dem Iran noch aus Afghanistan sind die USA einfach vertrieben. Dennoch ist es offensichtlich, daß die SU bis zu einem gewissen Grad auf dem Vormarsch ist und vor allem, daß sie auf diesen Vormarsch angewiesen ist, wenn sie die Auseinandersetzung um Europa für sich entscheiden will.

Wie nun soll sich die Arbeiterklasse der europäischen Länder, wie soll sich die Arbeiterklasse Westdeutschlands in dieser Lage der steigenden Kriegsgefahr verhalten? Zunächst müssen wir untersuchen, wie akut die Kriegsgefahr ist. Ist der Widerspruch zwischen den Imperialisten, speziell zwischen den beiden Supermächten bereits zum Hauptwiderspruch geworden? Und was die westeuropäischen Länder betrifft: ist der äußere Widerspruch gegenüber dem inneren Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat bereits zum Hauptwiderspruch geworden?

Unserer Ansicht nach ist nach wie vor der Widerspruch zwischen dem Imperialismus und den unterdrückten Nationen, konkret der Widerspruch zwischen den beiden Supermächten und der Dritten Welt der Hauptwiderspruch, der die gegenwärtige Situation hauptsächlich bestimmt. International ist es deshalb unsere Hauptaufgabe, den Kampf der unterdrückten Nationen, den Kampf der Dritten Welt gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus, der seine Spitze gegen die beiden Supermächte richtet, bedingungslos zu unterstützen. So fördern wir den Kampf gegen den Krieg wie vor allem den Kampf für die proletarische Weltrevolution, die allein die Kriegsgefahr beseitigen kann. Hier stellt sich für die unterdrückten Nationen und die Dritte Welt, an ihrer Seite für die internationale Arbeiterklasse die Aufgabe: den Einflußbereich des US-Imperialismus zurückzudrängen und die Aufmarschpläne des Sozialimperialismus zu zerschlagen. Wie seinerzeit über die Kriegsvorbereitungen des imperialistischen Lagers mit den USA an der Spitze gegen das sozialistische Lager mit der SU als Hauptbastion im Kampf um die Zwischenzonen und durch den Befreiungskampf der unterdrückten Nationen entschieden wurde, so wird heute über die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte durch den Kampf der Dritten Welt entschieden. Also soll man diesen Kampf unterstützen.

Des weiteren wird über die Kriegsvorbereitungen der Supermächte durch die Entwicklungen in der zweiten Welt und hier vor allem durch die Entwicklung in Europa selber entschieden. Obwohl unseres Erachtens der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie, der innere Widerspruch in diesen Ländern, der Hauptwiderspruch bleibt, so wird er dennoch nur dann durch die Revolution gelöst werden können bevor es zum Krieg kommt, wenn der Einfluß der beiden Supermächte in Europa bekämpft, ihre Vorherrschaft gebrochen und ihre Kriegsvorbereitungen wirksam durchkreuzt werden. In diesem Kampf gilt es auch die abenteuerlichen Pläne der westdeutschen Bourgeoisie zu druchkreuzen, die mit den verschiedenen Möglichkeiten imperialistischer Allianzen liebäugelt und schaut, wo sie mehr holen kann.

Wie Ihr wißt, ist Deutschland nicht nur durch die beiden Supermächte gespalten, sondern in Wirklichkeit durch die beiden Supermächte militärisch besetzt.

Über die DDR brauche ich nichts zu erzählen. Es ist bekannt, daß die SU dort ihre Stoßtruppen stationiert hat, die gleichzeitig die Funktion einer Besatzungsarmee erfüllen. Die USA haben in Westdeutschland das größte Truppenkontingent stationiert, das sie überhaupt außerhalb der USA stationiert haben. Schon allein durch die Zahl erfüllen diese Truppen die Funktion der Besatzungsarmee. Auf Grund des beträchtlichen Kapitaleinflusses der USA in Westdeutsch-

land hängen diese Besatzungstruppen auch keineswegs in der Luft. Eine ganze Reihe von Besatzungsrechten sind auch in die Stationierungsrechte der NATO-Verträge hinübergerettet worden. In Westberlin üben die Besatzungsmächte ohne alle Hülle die Oberhoheit aus, so daß die US-Besatzungsmacht anläßlich des Carterbesuches in Westberlin sang- und klanglos ein generelles Demonstrationsverbot für jene Stadtteile aussprechen konnte, die der US-Präsident mit seiner Gegenwart zu beehren geruhte. Die westberliner Polizeitruppen fungierten dann als ausführendes Organ der US-Besatzungsmacht.

Das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation ist durch die beiden Supermächte entscheidend eingeschränkt und zwar dadurch, daß mittels Truppenstationierung, Militärstützpunkten und Besatzungsrechte, die Souveränität des Volkes in der BRD, und erst recht in der DDR und in Westberlin praktisch durch die jeweilige Supermacht aufgehoben ist. Unerläßlich ist deshalb der Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag, der den Abzug aller fremden Truppen, die Auflösung aller Militärstützpunkte, die Aufhebung aller Besatzungsrechte und die volle Volkssouveränität in der BRD, Westberlin und in der DDR sichert. Nur so wird auch der Weg frei gemacht für eine demokratische Entscheidung der Volksmassen in beiden deutschen Staaten und in Westberlin über die Wiedervereinigung. Dieser Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag ist Teil des Kampfes für Demokratie, nur daß er sich zunächst vor allem gegen die beiden Supermächte richtet. Wie jeder Kampf um Demokratie ist der Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag kein Selbstzweck, sondern dient dem Kampf für die soziale Revolution des Proletariats. Bei diesem Kampf auf die Bourgeoisie eines der beiden Staaten zu rechnen, wäre vergebliche Liebesmüh. Für die westdeutsche Bourgeoisie würde ein solcher Friedensvertrag den Spielraum für imperialistische Allianzen einschränken, wie auch den Versuch, sich die DDR vielleicht doch noch mal gewaltsam einzuverleiben, abschneiden. Es ist nämlich ein Bestandteil der Verfassungsrechtsprechung der BRD, daß die Volkssouveränität der Volksmassen der DDR genauso wenig wie die DDR selber jemals anerkannt werden darf. Der Kampf um einen demokratischen Friedensvertrag kann gerade deshalb, weil er notwendig auf die Feindschaft der westdeutschen Bourgeoisie stößt, nicht unabhängig vom Kampf für andere demokratische Rechte wie Streikfreiheit, Demonstrationsfreiheit und Volksbewaffnung geführt werden, wie auch die Durchsetzung eines solchen demokratischen Friedensvertrages eine große Entwicklung des Klassenkampfes voraussetzt, indem die Arbeiterklasse und die Volksmassen daran gehen sich den Kampfboden zu schaffen, auf dem sie ihre sozialen Interessen unabhängig von ausländischer Einmischung der beiden Supermächte verfechten und schließlich durchsetzen können.

Wir denken, daß die deutsche Arbeiterklasse, die Arbeiterklasse der BRD, Westberlins und der DDR einen bestimmten Beitrag im Kampf der Völker gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus zu leisten haben und daß sie diesen Beitrag auf Grund ihrer großen Konzentration und ihrer langen Kampferfahrung auch leisten können. Um die Bedingungen dafür zu schaffen, ist es notwendig Reformismus und Revisionismus zu bekämpfen, die die Arbeiterklasse nicht nur der eigenen Bourgeoisie sondern auch der Einmischung der beiden Supermächte ausliefern.

Wenn es notwendig ist, den Krieg zu bekämpfen, dann ist es doch auch notwendig, sich darauf vorzubreiten, daß der Krieg ausbricht und herrscht. Unserer Auffassung nach kann die Arbeiterklasse und können die Volksmassen mit der Bourgeoisie nur verlieren. Entweder die Bourgeoisie gewinnt, dann festigt sie auch ihre Herrschaft. Oder die Bourgeoisie verliert, dann gerät das Land noch tiefer unter die eine oder andere Besatzung. Deshalb kommt es darauf an revolutionären Defaitismus zu betreiben und die ersten Niederlagen der Bourgeoisie zum bewaffneten Aufstand zu nutzen, um wenigstens eigene Machtpositionen der Arbeiterklasse im Land zu erreichen, und den imperialistischen Krieg in einen Krieg gegen den Imperialismus zu verwandeln.

Die Rivalität der beiden Supermächte und die wachsende Kriegsgefahr sind wirklich besorgniserregend, aber die Arbeiterklasse darf sich nicht kopfscheu machen lassen.

Proletarier aller Länder vereinigt euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch, besiegt den Imperialismus!

Genosse Baha Targün, Redakteur der türkischen Zeitung AYDINLIK

Genossen, Freunde,

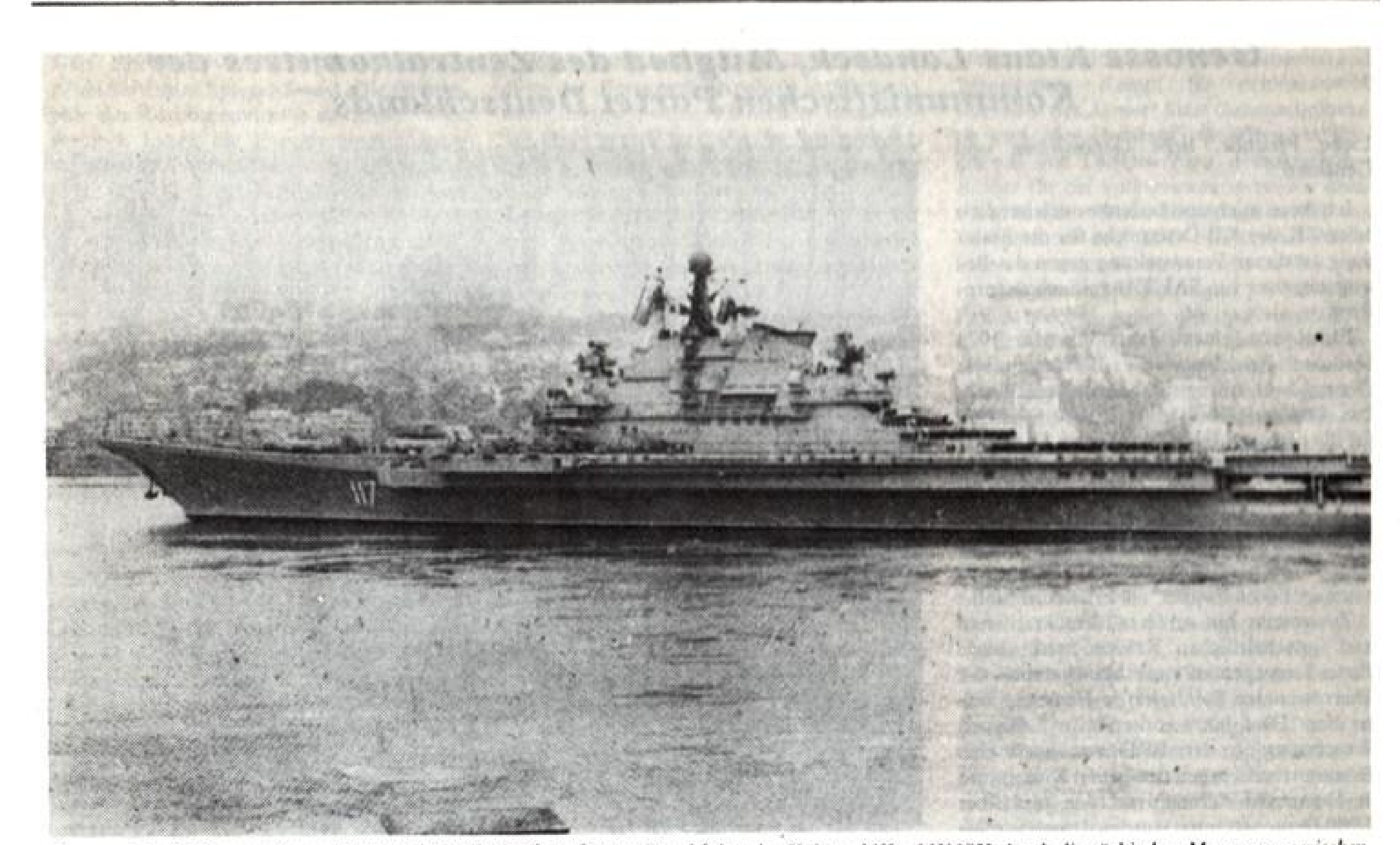
Während wir hier diese Veranstaltung durchführen, sind die zwei größten Länder der Welt damit beschäftigt, den ausgehandelten SAL II-Vertrag noch zu verfeinern. Der eine will durch SAL-II seine Einflußsphären absichern, der ander versucht, sich eine bessere Ausgangsposition für seine andauernde weltweite Expansion zu schaffen. Die Last dieses Vertrages tragen die Völker der Welt.

Auch die Türkei bekommt dies zu spüren, da die Türkei im Brennpunkt der Rivalität der beiden Supermächte um die Hegemonie liegt, wird sie deren Handelsobjekt.Ohne die Stimme des Volkes der Türkei wird das amerikanische unbemannte Flugzeug U2 zur gegenwärtigen Kontrolle den türkischen Luftraum überfliegen. Die Frage ist, ob U2 überhaupt der Unabhängigkeit der Türkei nützt. Warnt U2 die Türkei rechtzeitig vor einer Okkupation durch die sozialimperialistischen Streitkräfte? Offensichtlich nicht.

Im Jahre 1961 trafen sich hier in Wien Chruschtschow und Kennedy. Auch damals redeten sie vom Frieden. Kurz danach bedrohte Chruschtschow die Türkei mit einem atomaren Schritt wegen der amerikanischen



Genosse Baha Targün



Der sowjetische Hegemonismus bedroht die Türkei aufs äußerste: Durchfahrt des Kriegsschiffes MINSK durch die türkischen Meerengen zwischen Schwarzem Meer und Mittelmeer

Basen, von denen aus U2 zur Beobachtung der militärischen Anlagen in der Sowjetunion startete. Kurz davor hatte Kennedy Kuba blockiert, um zu verhindern, daß sowjetische Atomraketen dort landen. Heute sieht es im Grunde genommen nicht anders aus, mit einem kleinen Unterschied. Der Stern der USA verblaßt heute nach und nach, während der der Sowjetunion aufgeht. Damals wie heute jedoch hat man die Türkei nicht gefragt, ob U2 zur gegenseitigen Kontrolle am türkischen Himmel fliegen kann. Die Frage des U2 innerhalb des SALT II wurde der Türkei als vollendete Tatsache vorgelegt. Die Türkei kämpft heute, um zu überleben und hofft auf ausländische Kredite. Falls sie sich weigert U2 über ihr Gebiet fliegen zu lassen, hat Christopher (ein amerikanischer Beamter) gedroht, die Kredite zu sperren. Damit ist die Sache aber nicht erledigt. Der türkische Ministerpräsident Eccevit hat öffentlich die Amerikaner und Sowjets aufgefordert, daß die Sowjets bestätigen, daß sie nichts dagegen haben, wenn die U2 Flugzeuge zur Kontrolle der militärischen Anlagen in der Sowjetunion am türkischen Himmel fliegen. Es steht fest, daß die Amerikaner und Sowjets diese Frage bereits ausgehandelt haben. Eccevit sagte auf dem letzten Kongreß seiner Partei: „Für die Entspannung tun wir das, was uns anbetrifft...." Also werden U2-Flugzeuge im Luftraum fliegen; bestimmen werden allerdings andere. Die beiden Supermächte schließen in Verfolgung ihres Hegemonieanspruches, Verträge und treten die Unabhängigkeit und Souveränität der anderen mit Füßen.

Eccevit meinte, wenn U2 auf unserem Himmel fliegt, so bringt sie den Frieden. Einer der Führer der Opposition meint, U2 könne für die Türkei gefährlich werden, wenn die Sowjetunion sich über sie ärgert. Aber beide sind sich einig, den Wunsch der Amerikaner zu erfüllen. Wie kann es sich um Frieden handeln, wenn man sich dem Wunsch des Räubers beugt; wenn man vor dem Haudegen zittert, wird er nur ermuntert.

Wenn die USA SAL II unterschreiben, so ist das die Folge ihrer Tendenz zur Beschwichtigung. Die Haltung von Eccevit und Demirel in der Frage der U2 wird davon beeinflußt. Was sagt aber das Volk der Türkei dazu? Das Volk der Türkei, das von 1919 — 1921 gegen die britischen und französischen Imperialisten einen Befreiungskampf führte, das in den 60er Jahren gegen die 6. Flotte der USA Widerstand leistete, worauf diese nicht mehr anlegen durfte und heute den Ambitionen der Sowjetunion die Stirn bietet, führt in diesen Tagen unter der Führung seiner Partei der Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei, in 17 Provinzen des Landes gegen U2 Aktionen.

Breschnew und Carter machen hier in Wien die Rechnung ohne den Wirt. Der Wirt aber, hier in Wien: das österreichische Volk und dort: das türkische Volk und die anderen Völker der Welt, präsentieren ihnen eine andere Meinung. Diese Meinung heißt: Verstärkung des Kampfes der Völker der Welt gegen die beiden Supermächte, gegen den Krieg und für den wahren Frieden.



Ein türkischer Genosse trägt auf der Veranstaltung revolutionäre patriotische türkische Lieder vor

Genosse Klaus Landeck, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

Liebe Freunde, liebe Genossinnen und Genossen

Ich freue mich und bedanke mich herzlich beim ZK des KB Österreichs für die Einladung zu dieser Veranstaltung gegen das Betrugsmanöver von SALT II zu Euch zu sprechen.

Etwas vor einem Jahr, im Mai 1978 besuchte Breschnew die Bundesrepublik Deutschland, um mit der Schmidtregierung den weiteren Kurs enger Zusammenarbeit für die nächsten Jahre festzulegen. Die regierungsoffizielle Propaganda schwelgte im üblichen Stil der Hofberichterstattung von einem Ereignis von „historischer Dimension", und selbst Strauß bezeichnete Breschnew nach seinem Treffen mit ihm als einen „seriösen Partner", ja Friedensfreund.

Zusammen mit anderen demokratischen und fortschrittlichen Kräften hatte unsere Partei hiergegen zu einer Manifestation der internationalen Solidarität in Hamburg aufgerufen. Fünf Jahre vorher beim 1. Besuch Breschnews in der BRD war noch eine Demonstration gegen den neuen Kremlzaren in Dortmund verboten worden und über 1.000 Demonstranten wurden damals verhaftet. Auch im vorigen Jahr wurden Plakate „Breschnew ist der Hitler von heute" beschlagnahmt, Flugblattverteiler verhaftet und der Hamburger Senat hatte beschlossen, keine öffentlichen Räume für das Meeting zur Verfügung zu stellen, um den Gast nicht zu verärgern. Dennoch kam es zu einem großen Massenprotest von über 3.000, wobei auch Vertreter der demokratischen Opposition aus Osteuropa, wie Vertreter von Befreiungsbewegungen aus der dritten Welt die aggressive, imperialistische Politik der heutigen Sowjetunion anprangerten.

Heute, ein Jahr später, jetzt wo SAL II von Breschnew und Carter unterzeichnet wird, ist zwar etwas Ernüchterung in den Spalten der bürgerlichen Presse eingekehrt, doch immer noch wird für die Entspannungspolitik, für die Abrüstungspolitik a lá Breschnew getrommelt. So schreibt in diesen Tagen der sowjetische Botschafter in Bonn, Semjonow, in einem Aufsatz „Der Weg in eine friedliche Zukunft":

„Die internationale Lage nach dem Besuch [Breschnews in Bonn] war angespannt, in einzelnen Regionen sogar krisenhaft. Die Politik der Entspannung wurde ernsten Prüfungen unterworfen. Aber alles spricht dafür, daß die Prüfungen vorüber sind und sich Wege eröffnen zur Entfaltung weiterer Aktivitäten der Staaten und Völker in Richtung auf eine Vertiefung der Entspannung und auf eine Ergänzung der politischen Entspannung durch die militärische, (...). Die Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD entwickeln sich insgesamt in aufsteigender Linie. Es finden Beratungen auf verschiedenen Ebenen statt, und der Austausch in den Bereichen der Kultur, Wissenschaft, Technik und des Tourismus wird ausgebaut. (...) Das Handelsvolumen zwischen unseren Ländern stieg 1978 um mehr als 11 Prozent und



Genosse Klaus Landeck

erreichte im Vergleich zu den vorausgegangenen Jahren die Rekordhöhe von 3,3 Mrd. Rubel (etwa 11,7 Mrd. DM). Im ersten Quartal dieses Jahres wurden mit bundesdeutschen Firmen Verträge über Warenlieferungen im Jahr 1979 in Höhe von 2,9 Mrd. Rubel (10 Mrd. DM) oder um 14 Prozent mehr geschlossen als im 1. Quartal des vergangenen Jahres."

Gerade diese letzten Zahlen lassen natürlich den westdeutschen Monopolkapitalisten das Wasser im Munde zusammenlaufen und trüben ihnen den Blick für das reale Kräfteverhältnis in Europa. Jedoch die brutale Realität in Deutschland West und Ost, wie die Aggressivität der SU in allen Teilen der Welt spricht eine andere Sprache und zwingt zum Nachdenken.

Die DDR ist heute politisch, ökonomisch und militärisch vom russischen Sozialimperialismus abhängig. Durch den 1975 unterzeichneten Vertrag über „Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand" mit der UdSSR hat sie große Teile ihrer Souveränität vertraglich an die SU abgetreten. Der Sozialimperialismus diktiert der Honecker-Clique die Grundlinien ihrer Politik. Die DDR ist militärisch besetzt. 20 der 31 sozialimperialistischen Divisionen in Osteuropa stehen in der DDR. 450.000 Besatzungssoldaten sind in der DDR stationiert, ein Soldat auf 37 Einwohner.

Die SU kontrolliert die gesamte Ökonomie der DDR. Ein Drittel des DDR-Exports geht in die SU. Die DDR ist ein Aufmarschfeld für die Aggressionspläne des Sozialimperialismus. Als Militärbasis dient sie der Unterdrückung Osteuropas und der Bedrohung Westeuropas. Sie ist ein Werkzeug des Sozialimperialismus für das Ringen mit dem USA-Imperialismus um die Hegemonie in Westeuropa.

Angesichts dieser Tatsachen, der wachsenden demokratischen Opposition in der DDR — Rudolf Bahro wurde fast genau vor einem Jahr zu acht Jahren für sein Buch verurteilt — des wachsenden Widerstandes in der ČSSR, in Polen und in der SU selber, angesichts des weltweiten Vormarsches der Sozialimperialisten, ihrer riesigen Aufrüstung ist in Westdeutschland eine Debatte über das Scheitern bzw. den Sinn und Unsinn der Entspannungspolitik neu entbrannt.

Die bürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" kommentierte vor drei Tagen SAL II folgendermassen:

„Das zweite Abkommen über die Begrenzung strategischer Angriffswaffen (SAL) zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, unter dessen langen Text am kommenden Montag in Wien Präsident Carter und Staatschef Breschnew ihre Unterschrift setzen, hat nichts mit Abrüstung zu tun." In der Tat genausowenig wie das vor sieben Jahren von Breschnew und Nixon unterzeichnete SAL I-Abkommen. Im Gegenteil, heute wie vor sieben Jahren wird das Wettrüsten im atomar-strategischen Bereich zwischen den Supermächten, das sich vom quantitativen auf den qualitativen Sektor verlagert hat, verschärft und es ist die SU, die in den letzten Jahren deutliche Vorteile davongetragen hat. Die Kriegsgefahr ist unverkennbar gestiegen. Die Überlegenheit der SU in Europa bleibt bestehen. Dies müssen auch selbst Teile der SPD zugestehen, die bisher zu den eifrigsten Verfechtern der sogenannten Entspannungspolitik gehörten, wenn sie wie jüngst der zum Kreis um

Karl Friedrich von Weizsäcker zählende Afheld in einem Spiegel-Essay „Die Philosophie der Rüstungskontrolle am Ende." Und dennoch halten die Entspannungsfanatiker Wehner, Brandt und Bahr an ihrem abenteuerlichen, äußerst gefährlichen Konzept fest, wollen es gar noch verschärfen. Erst vor wenigen Tagen war Schmidt in den USA um Carter gegen seine Kritiker um den Mac Govern-Flügel in Schutz zu nehmen. Eifrig war er für SALT II.

Und Herbert Wehner war es, der vor einigen Wochen von der defensiven Rüstung der SU und ihren friedlichen Absichten sprach und die deutsche Frage mit der vertrauensvollen Abrüstungspolitik gegenüber der SU in Verbindung brachte. Dadurch entbrannte die Auseinandersetzung über das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zu den Supermächten, auch wenn sie sich noch in einem relativ engen Bereich der ideologischen Auseinandersetzung abspielt. Unterschiedliche Linien zeichnen sich hierbei bereits jetzt deutlich ab. Die eine, hauptsächlich von SPD vertreten, sucht das Einverständnis der beiden Bourgeoisien in Ost- und Westdeutschland als Folge eines „Interessensausgleichs" der Supermächte. Die andere tritt für einen konsequent antihegemonistisch-demokratischen Kampf, für die Unabhängigkeit und Freiheit Europas von den Supermächten und für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes im Rahmen dieses Kampfes ein. Und das ist unsere Auffassung. Obwohl diese Auseinandersetzung größere Teile der Massen noch nicht ergriffen hat, ist es gerade unter fortschrittlichen Kräften der Arbeiterklasse schon jetzt notwendig, dagegen zu argumentieren, daß die Entspannungspolitik nach SPD-Strickmuster dem Frieden und der Verständigung mit den Völkern Osteuropas diene, zwei Ziele, die jedem fortschrittlichen Arbeiter teuer sind.

Für die Schmidtregierung in Bonn steht fest und sie beteuert es gerade jetzt anläßlich SALT II *„Das militärische Potential der SU dient im direktem Ost-Westverhältnis vorrangig defensiven Zielen, nämlich der Erhaltung der nach dem 2. Weltkrieg in Europa eingenommenen Machtpositionen."* (Koschnik) Demnach wären die sowjetischen Ansprüche auf Spitzbergen, die ständigen Einmischungen in die finnische Politik, die Erpressungsmanöver gegenüber Berlin, der Versuch, Rumänien das militärische Durchmarschrecht abzupressen, alles „defensive Aktionen"? So wären versuchte Staatstreiche prosozialimperialistischer Kräfte wie in Portugal oder in Afghanistan Maßnahmen zur Wahrung des Besitzstandes? So wäre die Struktur der sowjetischen Rüstung, die nicht anders, als Rüstung für den Blitzkrieg charakterisiert werden kann, lediglich Ausdruck des Bedürfnisses, sich im Land des Gegners gegen dessen möglichen Überfall zu verteidigen?

Aber wenn man selbst für einen Augenblick all diese Tatsachen als nicht existierend annimmt — wäre es nicht so, daß der Nicht-Krieg und die scheinhafte Entspannung in Europa erkauft wären mit einer Kette sozialimperialistischer Aggressionen auf der Welt?

Demgegenüber wird auf die konkreten Ergebnisse der Entspannungspolitik in Deutschland „im Interesse der Menschen" hingewiesen. Aber gerade hier liegt der Springpunkt. In Worten und Taten bestätigt die Bonner Regierung die Vorherrschaft der Sowjetunion über das östliche Europa. Sie sabotiert und, wo es geht, behindert jede Initiative zur Unterstützung des Unabhängigkeitskampfes der osteuropäischen Staaten. Sie stabilisiert wo immer sie kann, das Honnecker Regime, eignet sich dieses Regime doch wie kein zweites dazu, die Ideen des Sozialismus zu diskreditieren und den Status-quo als das allein Mögliche zu behaupten. Sie fordert nicht offene Debatte, freien Austausch von Informationen, wirkliche Erleichterungen im Reiseverkehr. Eine demokratische Volkgsbewegung in beiden deutschen Staaten, die wirklich die Verhältnisse zum Tanzen bringen könnte, ist für sie genauso unannehmbar wie für das Honnecker-Regime. Die Sicherheitspolitik der Schmidtregierung bietet keine Sicherheit. Sie liefert Westdeutschland der amerikanischen Militärdoktrin aus — d.h. entweder der Kapitulation oder dem massiven Atomschlag angesichts einer sozialimperialistischen Aggression. Das nennt man Abschrekkung durch Drohung mit dem Selbstmord. Die Alternative zu dieser ganzen Politik lautet: Statt Anerkennung der Oberhoheit der Supermächte, insbesondere der SU, rückhaltlose Unterstützung der europäischen Völker und Staaten für Unabhängigkeit und Freiheit, für ein Europa unabhängig von den Supermächten!

Statt des Atomschildes der USA eine unabhängige westeuropäische Verteidigung. Mobilisierung der Volksmassen für den



„Sowjetische Defensivpolitik"? – ihre Raketenbasen zielen auf Westeuropa!

Unabhängigkeitskampf wie in Rumänien und Jugoslawien, Kampf für demokratische Rechte in der Armee! Statt Geheimdiplomatie und Menschenkauf ein offensives Programm zur Durchsetzung demokratischer Rechte für die Volksmassen in beiden deutschen Staaten. Diese Vorschläge werden von Revisionisten und SPD-Führern als Rückkehr zum kalten Krieg bezeichnet. Was aber ist abenteuerlich daran, wenn wir mit einer Politik brechen wollen, die im Krisenfall für das deutsche Volk nur die Katastrophe bringen kann? Was ist reaktionär daran, wenn wir den Kampf für das Selbstbestimmungsrecht nicht den Strauß und Konsorten überlassen? Inwiefern kehren wir zum kalten Krieg zurück, wenn wir eine aktive Politik der Begegnung, der Aussprache, der gemeinsamen Aktion der Deutschen in der BRD und DDR fordern. Eine solche Politik mag weder den SED-Bürokraten gefallen, noch Schmidt, noch den Gewerkschaftsbonzen, die in der DDR Entspannungsspitzengespräche führen, aber sie ist im Interesse der Arbeiterklasse und der Volksmassen in beiden deutschen Staaten. Woran aber kein Interesse besteht, ist das deutsche Dach, an dem Wehner bastelt, eine Gemeinsamkeit der Bourgeoisien beider deutscher Staaten zwecks gegenseitiger Stabilisierung und kapitalistischer Durchdringung —, abgesegnet und garantiert vom sowjetischen Sozialimperialismus.

Freunde und Genossen

Von daher muß das deutsche Volk zusammen mit den Völkern Europas und der Welt das Betrugsmanöver von SALT II bekämpfen. Aktive Friedenspolitik läßt sich nur in strikter Konfrontation mit den Supermächten durchführen, gegen ihre Aggressionen und ihre Hegemonialpolitik. Vor allem muß in Westeuropa mit einer Politik gebrochen werden, die bei jeder entscheidenden außenpolitischen Maßnahme nach Moskau oder Washington schielt. Jene Länder und Völker, die gegen die Hegemonialpolitik der Supermächte kämpfen, wie das kampucheanische Volk und seine Regierung oder das Volk in Afghanistan gegen die Einmischungsversuche Moskaus oder die Volksmassen im Iran gegen die sowjetische und amerikansiche Einmischung, sie müssen aktiv unterstützt werden. Den Staaten der dritten Welt muß bei ihrem Bemühen um Unabhängigkeit und wirtschaftliche Selbständigkeit Unterstützung gewährt werden. Den osteuropäischen Oppositionellen, die mit ihren Völkern gegen die russische Herrschaft vorgehen, muß geholfen werden. Die westeuropäischen Völker und Staaten müssen Vorkehrungen treffen vor der sowjetischen Bedrohung, indem sie im Zusammenschluß nach Unabhängigkeit streben und zur Auflösung der von den Supermächten in unterschiedlicher Weise dominierten Machtblöcke streben.

Schluß mit dem Abrüstungs- und Entspannungsschwindel der Sozialimperialisten und USA-Imperialisten!
Es lebe der weltweite Kampf für die internationale Einheitsfront gegen die beiden Supermächte!

Genosse Rune Ottosen, Redakteur der ROTEN FAHNE, Theoretisches Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Norwegens (AKPml)

Im Namen der AKP(ml) möchte ich dem Kommunistischen Bund Österreichs für die Einladung zu dieser Veranstaltung danken.

Der Sozialimperialismus hat seit jeher Europa als das wichtigste Kettenglied in seinem Weltmachtsteben angesehen. Während Moskau heute beschleunigt seine Manöver zur Erringung strategisch wichtiger Punkte außerhalb Europas durchführt, hat es gleichzeitig den militärischen Druck auf Westeuropa verstärkt.

Die strategische Lage Norwegens, an der NW-Flanke Europas und seine gemeinsame Grenze mit der SU machen unser Land zu einem der wichtigsten Ziele sozialimperialistischer Aggression in Wuropa. Norwegen steht unter ständigem ökonomischen, politischen ud militärischen Druck der neuen Zaren im Kreml. Mittels mehrerer Militärmanöver hat Breschnjew deutlich gezeigt, daß er die miliätische Besetzung Norwegens vorbereitet. Die gegenwärtige Politik muß hinsichtlich der Vorbereitung auf einen neuen Weltkrieg eingeschätzt werden. Einen deutlichen Beweis dafür lieferte letzten Herbst der Absturz eines sowjetischen Militärflugzeugs auf die norwegische Insel Hopen und die Versuche der Sozialimperialisten, unsere Regierung daran zu hindern, den Absturz zu untersuchen — auf unserem Territorium!

Durch ständige Machtdemonstrationen und zahlreiche Provokationen versucht die sowjetische Führung eine Atmosphäre der Angst zu schaffen, und unsere Regierung zu Zugeständnissen zu zwingen. Wenn unsere Regierung Schwäche an den Tag legt, was leider immer der Fall ist, schöpfen die neuen Zaren frischen Mut für weitere Aggressionen.

Ein Beispiel:

Folgendes geschah drei oder vier mal während des letzten Sommers. Sowjetische sogenannte Fischkutter, die in Wahrheit Spionageschiffe sind, drangen illegal in norwegisches Gebiet ein, riefen über Funk die örtlichen Stellen und baten, unter dem Vorwand von Maschinenschaden oder ähnlichem, um Landeerlaubnis. Diese wurde ihnen verwehrt, was sie ignorierten und trotzdem an Land gingen, einige Stunden blieben, und wieder abfuhren. So versuchen sie stets, wie stark sie Druck auf die Regierung ausüben können.

Da meine Zeit beschränkt ist, werde ich nur von zwei Bereichen sprechen, in denen der Sozialimperialismus seine aggressive Natur in Beziehungen mit unserem Land zeigt.

Die Insel Spitzbergen liegt im Polargebiet im Norden des norwegischen Festlandes. Sie ist seit jeher norwegisches Gebiet. Das imperialistische Spitzbergen-Abkommen, ein Teil des Versailler Vertrages nach dem 1. Weltkrieg, stellt eindeutig fest, daß Spitzbergen norwegisches Territorium ist, erlaubt aber auch anderen Ländern von dort Rohstoffe zu beziehen, z.B. auch durch Bergbau. Die



Genosse Rune Ottosen mit Dolmetsch Genossen Walter Lummerding. Davor eine Karte, welche die Ziele der sowjetischen Aggressionspläne gegen norwegisches Gebiet zeigt.

Sowjetunion hat auf Grund dessen seit den 20er Jahren eine Bergwerkssiedlung bei Barentsburg unterhalten. Solange die SU ein sozialistisches Land war, war dies kein Problem, in den letzten Jahren jedoch verletzt die SU ständig die norwegische Oberhoheit über die Insel. Vor 2 Jahren haben die sowjetischen Behörden der norwegischen Regierung im Vertrauen mitgeteilt, daß sie eine gemeinsame norwegisch-sowjetische Oberhoheit über die Inseln wünschten, und bei mehreren Anlässen gezeigt, daß sie die norwegische Sourveränität mißachten. Am allerernstesten ist aber, daß sie entgegen allen Bestimmungen einen illegalen Militärstützpunkt errichtet haben, was durch unsere Zeitung aufgedeckt wurde. Ich könnte weitere Beispiele erzählen.

Der ehemalige Bezirkshauptmann von Spitzbergen hat erklärt, daß die Sowjets seit 1973 um keine Bewilligung für die Durchführung bestimmter Tätigkeiten mehr ansuchen. Von 1961 bis 1973 wurde, entsprechend dem Spitzbergen-Abkommen und den Usancen um Bewilligung angesucht. Seit 1973 behaupten die sowjetischen Behörden, daß Bewilligungen nicht mehr notwendig seien.

Im Februar letzten Jahres legten die Sozialimperialisten Protest gegen neue Jagd- und Fischereibestimmungen ein, die vom norwegischen Umweltschutzministerium ausgearbeitet worden waren. Im März gab das Ministerium den sowjetischen Protesten nach und änderte die Bestimmugen für Spitzbergen. Der Grund für die sowjetischen Proteste waren nicht etwa unsinnige Bestimmungen, sondern allein die Tatasache, daß norwegische Behörden überhaupt Bestimmungen erlassen. Die Haltung der norwegischen Behörden in dieser Frage ist typisch für ihre Kapitulationspolitik gegenüber dem Sozialimperialismus.

Warum verhält sich die SU so? Warum nimmt sie nicht die norwegische Oberhoheit zur Kenntnis, einschließlich unseres Rechts, eine 200-Seemeilen-Wirtschaftszone rund

um Spitzbergen zu legen?

Die Insel hat eine äußerst große militärische Bedeutung. Als Ausgangspunkt für ihre Expansion im Atlantik ist sie eine Schlüsselstelle. Natürlich gibt es auch ökonomische Gründe: wie alle anderen Imperialisten greifen sie nach allem, was sie erreichen können, und deswegen werden sie auch weiterhin norwegisches Gebeit verletzen und norwegische Menschen einschüchtern. Deswegen ist es positiv, daß es einen wachseneden Unmut über die sowjetische Expansion auf Spitzbergen und im übrigen Land gibt.

Die größte Gewerkschaft Spitzbergens hat mehrmals dagegen protestiert und Demonstrationen durchgeführt. Eine wichtige Forderung am 1. Mai war die Aufrechterhaltung der norwegischen Oberhoheit.

Die bedeutendste Aggressionshandlung der SU besteht jedoch in der Aneignung riesiger Seegebiete in der Barents-See.

Das Grauzonen-Abkommen oder Barents-See Abkommen zwischen Norwegen und der SU wurde formell im Juni 1977 ausgehandelt. Die Unterzeichnung des Vertrags fand jedoch erst im Jänner 1978 statt und die Ratifizierung durch das norwegische Parlament erst im März letzten Jahres. Der Grund lag in einem breiten Volkswiderstand seitens der Fischer und anderer, in neuerlichen Provokationen der SU, und in Widersprüchen innerhalb der bürgerlichen Parteien und auch innerhalb der sozialdemokratischen Regierungspartei.

Formell bedeutet das Grauzonen-Abkommen eine dauernde Aneignung norwegischer Seegebiete durch die Sowjetunion. Laut internationalem Gesetz (wie z.B. der Genfer Konvention des Jahres 1958, die unter anderm von der UdSSR und Norwegen unterzeichnet wurde) sind alle Gebiete westlich der „Mittellinie“ norwegisches Territorium. (Die „Mittellinie“ ist eine Linie, die in gleicher Entfernung von den beiden Ländern gezogen wurde. Alle Grenzen in der Nordsee sind entsprechend dem Prinzip der „Mittellinie“ gezogen.) Die SU will die „Mittellinie“ durch die „Sektorlinie“ ersetzen. (Das ist eine Linie, die von der Festlands-Grenze zwischen den beiden Ländern zum Nordpol läuft). Diese Methode der Abgrenzung von Seegebieten hat keinerlei Grundlage in internationalen Vereinbarungen oder Gewohnheiten. Sie wurde ertmals von Zar Alexander im Jahr 1905 vorgeschlagen. Kein Wunder, daß die neuen Zaren diesen Vorschlag aufgreifen, vergrößert er doch den sowjetischen Anteil an der Barents-See gleich um 155.000 km², eine Fläche, die fast doppelt so groß wie die von Österreich ist.

Ich kann jetzt nicht auf alle Einzelheiten eingehen, aber kurzgesagt steht in diesem Vertrag, daß eine sogenannte graue Zone unter gemeinsamer Oberhoheit der zwei Länder steht. Aber gemeinsame Oberhoheit von Norwegen und der Supermacht SU ist ein Mythos. So etwas gibt es nur auf dem Papier. Sowohl Norwegen, als auch die SU sind imperialistische Länder, aber die SU ist eine Supermacht, die die Weltherrschaft anstrebt. Die Bedrohung durch die SU kann nicht mit der durch den norwegischen Imperialismus verglichen werden. In der Barents-See befindet sich Norwegen in der Lage eines kleinen Landes, das seine legitimen Rechte gegen einen übermächtigen Gegner verteidigt. Norwegen kämpft um Prinzipien, deren Verteidigung im Interesse der Völker der Welt ist. Das Grauzonen-Abkommen hat die Widersprüche innerhalb der norwegischen Bourgeoisie verschärft, sie nimmt aber zum größten Teil eine beschwichtigende Stellung ein, d.h. sie gibt den sowjetischen Forderungen allmählich nach und gibt legitime norwegische Rechte auf. Die AKP ml ist ein Teil der Front im Kampf gegen die Kapitulationspolitik der Bourgeoisie, eine Kapitulationspolitik, die durch die revisionistischen Parteien und revisionistischen Strömungen in der Regierungspartei noch verstärkt wird. Aber selbst die Unterzeichnung eines Vertrags, der so viel norwegisches Territorium aufgibt, veranlaßt die sowjetischen Führer nicht, ihn auch einzuhalten. Das wurde erst letzte Woche wieder klar, als 50 bis 60 norwegische Krabbenfangschiffe in der Grauen Zone von sowjetischen Kriegsschiffen vertrieben wurden. Das kommt sehr häufig vor. Ich könnte Euch dutzende Beispiele nennen.

Warum macht Breschnew das. Drei Gründe.

1. Die sowjetische Flotte muß den norwegischen Teil der Barents-See durchqueren um vom Flottenstützpunkt Murmansk auf Kola, dem größten der Welt (und dem einzigen eisfreien der SU) in den Nordatlantik zu gelangen.

2. Diese Gewässer sind sehr fischreich, und die Kontinentalscholle enthält mit größter Wahrscheinlichkeit Öl und Mineralien.

3. Wenn die SU gegenüber Norwegen das Prinzip der „Mittellinie“ anerkennt, muß sie das auch gegenüber anderen Ländern tun.

Darüber hinaus fischt die sowjetische Fangflotte diese Gewässer leer. Allen internationalen Vereinbarungen betreffend Fangausrüstung entgegen, verwenden sie engmaschige Netze, die das Meer leerfischen, und weigern sich, norwegische Kontrollboote ihre Ausrüstung untersuchen zu lassen.

Das stellt für die Bevölkerung im Norden von Norwegen eine Katastophe dar, da diese völlig vom Fischfang lebt. Die neuen Zaren wollen auf diese Art die Nahrungsmittelkrise in ihrem eigenen Land lösen, aber noch mehr geht es ihnen darum, die Fische und damit die Fischkutter anderer Länder ein für allemal von dort zu vertreiben. Das hat einen militärischen Grund. Die neuen Zaren wollen die Fische und die Fischindustrie deshalb aus dem Nordnorwegen weghaben, weil mit dem Verschwinden der Fische auch die Bevölkerung verschwinden wird und das Gebiet dann eine leichtere Beute für die militärische Besetzung sein wird, und genau das haben die Sozialimperialisten vor.

Das bringt die Fischer von Norwegen in helle Wut und die politische Front gegen den Sozialimperialismus wird täglich kämpferischer.

Das ist natürlich jetzt nur ein weniger bedeutendes Beispiel aus einem kleinen Land, aber die Politik der neuen Zaren ist dieselbe Politik, die die Völker der ganzen Welt bedroht.

Norwegen ist mit der Supermacht USA durch die NATO verbündet. Wir sollten uns über diese Supermacht keine falschen Vorstellungen machen: Sie ist imperialistisch und will Norwegen genauso beherrschen. Aber es ist eine Tatsache, daß der Sozialimperialismus der aggressivere ist, und daß von ihm die Gefahr eines neuen Weltkrieges ausgeht.

Die Vorstellung, die die Führer der beiden Supermächte dieser Tage in Wien geben, sollte niemanden täuschen. Die Menschen der Welt müssen sich zum Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte, insbesondere gegen die aggressiveren der SU, zusammenschließen. Entspannung und SAL-Verträge sind Betrügereien, die entlarvt werden müssen.

Die Oppositionsbewegung in Osteuropa, und der bewaffnete Kampf der Völker von Eritrea, Afghanistan und Kampuchea, stehen heute in vorderster Linie im Kampf gegen den Sozialimperialismus. Wir müssen diesen Kampf unterstützen.

Die Völker der 3. Welt und China (dessen Gegenangriff auf Vietnam beweist, daß es möglich ist, dem Sozialimperialismus entgegenzutreten) sind derzeit die verläßlichsten Kräfte im antihegemonistischen Kampf. Wir müssen aber auch in der 2. Welt jeden Versuch, gegen den Hegemonismus zu kämpfen, unterstützen. Die Menschen der ganzen Welt müssen sich zusammenschließen um die Supermächte zu schlagen und ihre Kriegsvorbereitungen zu verhindern.

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Antonin Rusek, Charta 77

Liebe Freunde,

Vor einigen Tagen hat die tschechoslowakische Geheimstaatspolizei einen schweren Anschlag gegen die Charta 77 und die gesamte tschechoslowakische Opposition geführt. Die amtliche Nachrichtenagentur ČTK sagte dazu: „Aufgrund der Mitteilung der Generalstaatsanwaltschaft der tschechoslowakischen sozialistischen Republik und des Bundesministeriums teilt die tschechoslowakische Presseagentur mit, daß dieser Tage die strafrechtliche Verfolgung einer Gruppe tschechoslowakischer Staatsbürger aufgrund des Verdachtes der Tätigkeit gegen die Interesen des tschechoslowakischen Staates eröffnet wurde." Der Rest der Nachricht ist in den üblichen Worten gehalten. Die Nachricht gibt auch die Namen der Verfolgten bekannt. Von 15 Verhafteten befinden sich die folgenden 10 in Untersuchungshaft: Vaclav Havel, Jiri Nemec, Vaclav Benda, Vaclav Maly, Ladislav Lis, Jiri Dienstbier, Jarmila Belikova, Dana Nemcova, Ottka Bednarova und Peter Uhl.



Antonin Rusek

Die tschechoslowakischen Machthaber haben bereits viele Versuche gemacht, die Charta 77 und die gesamte Opposition zu vernichten. Bereits vor eineinhalb Jahren proklamierte der Generalprokurator Fejes die Gesetzwidrigkeit der Charta 77. Mit der Ausnahme des Jahres 1972 wurden seit 1952 niemals soviele Menschen auf einen Schlag verhaftet, wie diesen Monat. Fast alle der diesmal Verhafteten kommen aus dem Kreis des „Komitee zur Verteidigung der zu Unrecht Verfolgten". Dieses Komitee ist mit der Charta 77 verbunden und arbeitet nach ähnlichen Grundsätzen wie „Amnesty International". Es verlangt gerechte Auslegung und strikte Einhaltung der tschechoslowakischen Gesetze. Es informiert über alle diesbezüglichen Vorgänge in seinen „Mitteilungen des Komitees", von denen bisher etwa 115 Ausgaben erschienen sind. .es arbeitet ähnlich wie das Komitee obrana rabotnikov (KOR) in Polen.

Es gibt viele Vorzeichen für diesen Schlag gegen die Opposition: Im vergangenen Jahr weilte ein hoher Sowjetbeamter in der ČSSR, dessen Aufgabe die Koordination der Haltung der Ostblockstaaten gegen die Opposition ist. Im heurigen Jahr wiederholte er seinen Besuch. Eine wichtige Warnung für die Opposition sollte auch die Verhaftung und Verurteilung von Dr. Jaroslav Sabata sein. Vor zweieinhalb Monaten ist Adalbert Cerny, ebenfalls Mitglied des Komitee zur Verteidigung der zu Unrecht Verfolgten in Brünn verhaftet worden. Dieser Adalbert Cerny ist zum erstenmal im Mai 1978, als Breschnew zu Besuch in der ČSSR war, verhaftet worden. Er wurde zwar 48 Stunden später wieder freigelassen, doch wurden drei Schreibmaschinen, drei Säcke voll Material über die Charta, die Opposition, sowie sogenannte Samizdatmaterialien und Petlice, die man bei einer Hausdurchsuchung gefunden hatte, beschlagnahmt. Wir konnten nur ohne Illusionen darauf warten, was das Regime machen wird. Das ist in kurzen Worten die Geschichte der jetzigen Verfolgung in der ČSSR. Eine wichtige Sache müssen wir dabei noch im Auge behalten: Die ganze Aktion wurde persönlich von einem gewissen Molnar dirigiert. Dieser Molnar gehört zu den wichtigsten Männern der Geheimstaatspolizei und des Regimes. Er ist Oberbefehlshaber der Geheimstaatspolizei in Prag. Noch niemals wurden Hausdurchsuchungen so gründlich gemacht, wie diesmal. All das sind Symptome dafür, daß das Regime mit der Charta und der ganzen Oppositionsbewegung Schluß machen will und alle Stimmen, die die Tätigkeit der Oppositionsbewegung ins Ausland bringen, zum Schweigen bringen will.

Es gibt aber viele Symptome dafür, daß das Regime damit nicht viel erreichen wird. Die Verhafteten werden ständig durch neue Leute ersetzt. Durch Leute, die nach wie vor öffentlich für die Charta aufgetreten sind. Diese nicht so sichtbare Arbeit dieser Leute ist für die Charta und für die oppositionsbewegung sehr wichtig. Im Westen hat man über Arbeit und Positionen dieser Leute leider sehr wenig Vorstellungen. Die westlichen Medien präsentieren immer wieder Leute, die zwar vor 10 Jahren eine große Rolle spielten, die heute in der ČSSR aber nur mehr leere Namen sind. Es sind die unbekannten Leute in der ČSSR, die für die Arbeit der Charta von größter Wichtigkeit sind.

Ich möchte noch ein Wort zum Bericht der ČTK sagen: die Sprache des Berichtes läßt darauf schließen, daß das Regime die ganze Bewegung kriminalisieren will. Ich möchte nicht davon sprechen, daß gegen all die Leute Ermittlungsverfahren wegen Vorbereitung subversiver Tätigkeit eingeleitet wurden; das ist durchaus üblich und dagegen haben viele Organisationen in der ganzen Welt protestiert. Etwas Neues und Gefährliches ist die Anklage, einige der Verhafteten hätten bereits rechtsgültig verurteilte Gesetzesbrecher und Terroristen unterstützt. Dies ist eine durch und durch verlogene Konstruktion, die aus den Verhafteten Feinde der Gesellschaft machen soll. Der Grund, warum die Behörden dies konstruierten ist folgender. In der ČSSR gilt die Todesstrafe. Ich möchte mich hier gar nicht dazu äußern, ob sie gut,oder schlecht ist. Es geht darum:

Vor 13 bis 14 Monaten wollten drei Männer die ČSSR verlassen. Legal war das natürlich unmöglich. Also taten sie etwas Hoffnungsloses: sie versuchten, mit einem Autobus, in dem sich etwa 40 Studenten aus Ricany als Geiseln befanden, über die Grenze zu kommen. General Sadek, Oberkommandant des Grenzschutzes führte mit ihnen Verhandlungen. Er versprach ihnen freien Abzug, wenn sie die Studenten freiließen. Die drei Männer nahmen die Bedingungen an. Als sie sich jedoch mit dem Autobus der Grenze näherten, wurden sie aus einem Panzerwagen beschossen und dabei wurde der Buslenker getötet. Daraufhin wurde einer der drei Männer zum Tode verurteilt. Die Frage ist aber: wer hat wirklich den Lenker erschossen? Charta-Vertreter haben die Wahrheit über diesen Fall veröffentlicht und werden daher nun wegen Unterstützung von Terroristen angeklagt.

Noch eine Sache: Besonders schwerwiegend ist die Verhaftung für Peter Uhl. Er ist der Verletzung von §98, Abs.2 beschuldigt. Das bedeutet Strafe zwischen 3 und 10 Jahren - und weil er bereits einmal wegen politischer Tätigkeit verurteilt worden ist, bedeutet das nach tschechoslowakischer Gesetzgebung, daß sein Strafsatz im oberen Drittel liegen, also mindestens 7 Jahre betragen muß. Den anderen, die nach Abs.1 verfolgt werden, drohen 1 bis 5 Jahre. Das heißt aber noch nichts, denn auch das kann man ja ändern. Bei Peter Uhl gibt es jedenfall Versuche, ihn als Terroristen abzuurteilen. Ich kenne Peter gut und er ist ebensowenig ein Terrorist, wie Breschnew ein Friedenskämpfer ist. So könnten wir alle Punkte des ČTK-Berichtes auseinandernehmen, doch ist das eher eine Sache für Juristen.

Wir müssen uns jetzt die Frage stellen: Wie lange wird die Untersuchungshaft dauern und wann wird es zu Gerichtsverhandlungen kommen? Entweder will die Geheimpolizei die ganze Untersuchung hinauszögern, damit ein Klima der Angst und der Einschüchterung schaffen, oder —und das ist die wahrscheinlichere Variante — die Verhafteten werden noch im Sommer, in der sogenannten Todessaison vor Gericht gestellt. Für zweiteres spricht, daß die Namen der Leute bereits bekanntgegeben wurden, was im Übrigen auch den Gesetzen widerspricht, die besagen, daß vor rechtsgültiger Verurteilung Namen nicht bekanntgegeben werden dürfen.

Über die Lage in der ČSSR dürfen wir uns keine Illusionen machen -sie scheint von allen Oststaaten die schwerste zu sein. Trotzdem, oder gerade deshalb wollen wir die Aufmerksamkeit der Menschen in den Weststaaten auf die ČSSR richten. Die Verhältnisse in der ČSSR sind nicht eine innertschechoslowakische Sache - ebensowenig, wie im Jahr 1938, vor der Hitlerokkupation. Es liegt im Wesen eines jeden Totalitärregimes, daß es sich stets bedroht fühlt, wenn jemand oder etwas auch nur ein bißchen aus dem Rahmen der streng festgelegten Politik abweicht.

Deshalb ist für das Regime in der ČSSR jeder Protest von außen sehr unangenehm. Er stört seine Ruhe und das Gefühl grenzenloser Macht. Genau umgekehrt ist es mit der Oppositionsbewegung. Für die Menschen in der ČSSR ist jeder Ausdruck der Solidarität eine große moralische Stärkung. Man braucht nicht zu befürchten, daß die Menschen in der ČSSR nichts darüber erfahren. Sie hören Rundfunk und viele sehen die Fernsehprogramme aus Österreich und Bayern. Die Nachrichten über das, was man gehört und gesehen hat, verbreiten sich sehr schnell unter den Leuten. Das kann die Okkupationsmacht nicht verhindern.

Und wir, die jetzt in der Emigration leben müssen, halten es für unsere Pflicht, zusammen mit der Oppositionsbewegung alle Rechte für die Tschechoslowakische Bevölkerung durchzusetzen. Ohne das hätte unsere Emigration keinen Sinn.

Wie sind nun diese Erscheinungen mit der Weltlage in Zusammenhang zu bringen?

Wie schon gesagt wurde, ist die Verfolgung der Bürgerrechtskämpfer in der ČSSR keine Alleinaktion der tschechoslowakischen Okkupationsregierung. Wir müssen bedenken, daß es kein Zufall war, daß die Belgrader Konferenz die Menschenrecht nicht erwähnt hat. Es ist bekannt, daß dies auf die Haltung der UdSSR zurückgeht, über Menschenrechte keinerlei Verhandlungen zu führen. Es ist zu bedauern, daß die demokratischen Staaten vor dieser Erpressung zurückgewichen sind. Das alles erinnert uns an Zeiten vor dem Zweiten Weltkrieg, wo die demokratischen Staaten solange vor der Hitlerregierung zurückgewichen sind, bis der Zweite Weltkrieg ausgebrochen war. Die Lage ist jetzt sehr ähnlich -mit einer kleinen Ausnahme. Diese Ausnahme ist die Existenz der Atomwaffen und die Möglichkeit des Atomkrieges. Dazu gehört eine wichtige Frage:

Was ist eigentlich die UdSSR? Welche Gesellschaftsordnung hat sie? Anfangs muß man sagen, daß die UdSSR kein sozialistisches Land ist. Unter dem Begriff Sozialismus versteht man zumindest solche Werte, wie die Verbreitung der Demokratie, die Erhöhung des Lebensstandards, die soziale Si-cherheit, das Recht auf ein Mindesteinkommen. Alles das gibt es in der jetzigen



Prag heute: politische Unterdrückung und bitteres Elend der Massen: Folgen der sowjetischen Besatzung und Ausplünderung

UdSSR und den übrigen Ostblockstaaten nicht. Es ist nur zu bedauern, daß die sogenannten eurokommunistischen Parteien das nicht begreifen wollen. Es ist wahr, daß in der UdSSR ein Bemühen stattgefunden hat, einen Sozialismus nach den Vorstellungen des XIX. Jahrhunderts zu schaffen. Aber das war eine Utopie, da dieser Versuch nicht auf dem Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Planung und der real existierenden Marktwirtschaft begründet wurde, sondern **auf der rein utopischen Vorstellung** über die revolutionären Aktivitäten der Massen **auf der Voraussetzung, daß die neuen** bloß deklarierten Verhältnisse bereits einen neuen Menschen schaffen werden. All das hat sich als falsch herausgestellt und damit ist dieser Versuch zu Ende gegangen - allerdings mit der Machtübernahme einer kleinen Menschengruppe, die an der Spitze der Kommunistischen Partei der UdSSR gestanden war. Darum ist für diese Gruppe nichts anderes übriggeblieben, als die Macht zu einer absoluten zu erheben, wie es in der Geschichte noch niemals zuvor geschehen war. Daraus entwickelte sich eine ganz neue Machtelite, deren zutreffende Benennung die einer monopolistischen Bürokratie ist. Sie unterscheidet sich von den anderen Machtstrukturen durch totale Abhängigkeit von der absoluten Macht. Die Macht halten - das ist die Selbstverwirklichung dieser monopolistischen Bürokratie. Das ist sowohl die Quelle ihres Lebensstandards, wie auch ihrer gesellschaftlichen Position und die Gewähr ihrer sozialen Sicherheit. Und es ist der Inhalt des heiligen Dogmas der führenden Rolle der Kommunistischen Partei. Der Verzicht auf das Dogma ist der Verzicht auf die Macht - für die mono-polistische Bürokratie das Zusammenbrechen. **Daraus ergeben sich Vorkommnisse, die unter demokratischen Verhältnissen** unvorstellbar und unbegreiflich sind. Trotz der klaren Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki machen sich die Regierungen der Ostblockstaaten keinerlei Sorgen darüber, ob die Menschenrechte eingehalten werden oder nicht. Sie rechnen damit, daß die Proteste in den demokratischen Staaten schon zu Ende kommen werden. Sie rechnen damit, daß die demokratische Welt zu schwach und unfähig sein wird, sich vor einem Angriff sowjetischer Panzer zu wehren. Darum bleibt den demokratischen Staten nichts anderes, als auf solche Angriffe vorbereitet zu sein. Die Mehrheit des tschechoslowakischen Volkes ist davon überzeugt, daß die NATO-Armee die einzige Kraft ist, die dem Aggressor des letzten Viertels des XX. Jahrhunderts wirklich Widerstand leisten kann.

Das Schicksal der Welt entscheidet sich nicht zwischen zwei Großmächten es entscheidet sich zwischen den demokratischen und den nichtdemokratischen, totalitären Staaten, an deren Spitze die UdSSR steht. Ich kann nicht sagen, daß die demokratischen Staaten, die USA und andere in ihrer Politik keine Fehler machen. Manche von ihnen z.B. können nicht begreifen, daß eine rein militärische Unterstützung eines Staates wie etwa Saudiarabien, nur zu einem neuen Iran führen kann. Aber für die Oppositionsbewegung in den Ostblockstaaten ist maßgebend gerade die Demokratie. Die Demokratie ermöglicht die Entwicklung und die Möglichkeit, eine neue Gesellschaft zu schaffen. Demgegenüber kann die Gesellschaft der Ostblockstaaten **nur eine feudale oder Sklavenhaltergesellschaft werden. Das ist auch die** Gesetzlichkeit der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Oppositionsbewegung ist jedoch so breit, daß wir erwarten können, daß die demokratische Revolution früher kommt, als der Versuch, die utopistischen Vortsellungen in einer Sklavenhaltergesellschaft zu realisieren beendet sein wird. Das ist die einzige Hoffnung dieser Welt und darauf sollte die Ostpolitik der demokratischen Staten gerichtet sein.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Grußtelegramm der Kommunistischen Partei der USA (Marxisten-Leninisten)

Herzlichen Dank für Eure Einladung. Leider können wir an der Veranstaltung nicht teilnehmen. Viele Grüße und ein erfolgreiches Meeting.

Susan Klonsky für die CPML der Vereinigten Staaten

Ermias Debesai, Eritreanische Volksbefreiungsfront (EPLF)

Leider kann ich nicht teilnehmen. Ich wünsche Euch aber viel Erfolg bei dem Treffen und hoffe, daß ich bald nach Österreich kommen kann, um über die Lage des Kampfes und gemeinsame Solidaritätsschritte beraten zu können.

Ermias Debesai, Beauftragter der EPLF für Westeuropa

Grußtelegramm der AMADA/TPO, Belgien

Amada/TPO gratuliert Ihnen zu der Veranstaltung anläßlich des Treffens Breschnjew-Carter, wünscht Ihnen viel Erfolg im Kampf gegen die beiden Supermächte, ihre Aufrüstungs- und Kriegspolitik und die Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion.

Wir überbringen unsere solidarischen Kampfesgrüße an alle Teilnehmer.
Zentralkomitee des Amada/TPO.

Materialien zur Entwicklung der Landwirtschaft und der Industrie des Iran

„Die iranische Revolution wird scheitern und Khomeiny beim Volk in Mißkredit kommen, weil die wirtschaftlichen Probleme des Landes nicht gelöst werden", ein beliebtes Schlagwort bürgerlicher Journalisten, um Stimmung gegen den neuen Iran zu machen. Tatsächlich steht dieses Land der Dritten Welt nach dem Sturz des Schah-Regimes vor großen und nicht leicht zu bewältigenden Aufgaben. Diese sind die Hinterlassenschaft jahrzehntelanger imperialistischer Plünderung des Landes sowie einer Wirtschaftspolitik des Schah, die dem Kampf gegen den Imperialismus nicht entsprechend Rechnung getragen hat. Im folgenden Artikel wird die Entwicklung der iranischen Landwirtschaft und Industrie anhand der offiziellen Daten skizziert.



Der Iran ist heute ein Agrarland: Teeplantagen im nördlichen Landesteil



1. Landwirtschaft

Der Iran ist traditionell ein Agrarland. Zu Beginn des Jahrhunderts lebten rund 80% der Bevölkerung von der Landwirtschaft. Mehr als ein halbes Jahrhundert änderte sich daran kaum etwas. Die Struktur der landwirtschaftlichen Produktion war vorkapitalistisch: feudal und halbfeudal. Die grundbesitzende Klasse bildeten: Mitglieder des Hofs, die vom Schah Land erhalten hatten, traditionelle Grundbesitzer, Stammesführer, die das früher gemeinschaftliche Eigentum kontrollierten, sowie Kaufleute. Es gab natürlich eine starke Polarisierung. Nach Schätzungen sollen 37 Familien allein 19000 Dörfer (von 50000) besessen haben. Eine Gruppe mittlerer Grundbesitzer soll 7000 Dörfer oder 14% besessen haben. Nur 5% des Bodens soll den Bauern gehört haben, die ihn auch bebauten.

Erwähnt seien noch die wichtigsten Formen der Anwendung der Arbeitskraft, weil sie Einfluß auf die spätere Landreform hatten. Es waren dies die Fronarbeit und verschiedene Arten von Pachtverhältnissen, nach denen der Bauer für einen Ernteanteil den Boden bebauen durfte. Außerdem gab es noch sogenannte Gelegenheitsarbeiter. Dazwischen war eine Gruppe von Zugvieh-

Tabelle 1a: Prozentuelle Verteilung der Bevölkerung Stadt/Land

	1956	60	61	62	63	64	65	66
Land	71,2	65,9	65,2	64,5	63,9	63,2	62,5	62,0
Stadt	28,8	34,1	34,8	35,5	36,1	36,8	37,5	38,0
	67	68	69	70	71	73	74	75
Land	61,4	60,6	60,0	59,3	58,0	57,3	56,9	56,0
Stadt	38,6	39,4	40,0	40,7	42,0	42,7	43,1	44,0

(Bei Land enthalten ist die nomandische Bevölkerung. Als Stadt gelten Orte ab 5.000 Einwohner)
Quelle: verschiedene offizielle Statistiken.

Tabelle 2: Grundbesitz vor der Reform

Eigentumsform	Anteil am Landbesitz in %	Anzahl der Dörfer	Anteil aller Dörfer in %
Großeigentümer	56,0	13.569	34,43
mit Besitz über 100 ha	33,8	—	—
Kleineigentümer	10—12	16.522	41,93
Königliche Domäne	10—13	812	2,06
Religiöse Stiftung	1—2	713	1,81
Stammesbesitzungen	13,0	—	—
Öffentliche Ländereien	3—4	1.444	3,67
Andere Besitzungen	—	6.346	16,10

besitzern, die dieses den Bauern zur Verfügung stellten. Das iranische Dorf war also stark hierarchisch gegliedert.

Die Ergebnisse der Landreform im Rahmen der sogenannten „weißen Revolution", die 1972 offiziell beendet wurde, können von uns noch nicht genau beurteilt werden. Hier nur einige Fakten:

Insgesamt haben in den drei Phasen dieser Reform ungefähr 1,6 Millionen Bauernfamilien Land erhalten, das ist weniger als die Hälfte aller Bauernfamilien; zudem handelt es sich zum übergroßen Teil um Pachtland. Die Landlosen haben überhaupt nicht profitiert, wie die Reform insgesamt in erster Linie jenen Land gab, die schon vorher Agenten und Mittler der Feudalherren, Besitzer von Produktionsfaktoren usw. waren. Davon, daß die Großgrundbesitzer ihr sämtliches Land verloren hätten, kann keine Rede sein. Bis zehn Jahre nach Reformbeginn sind schätzungsweise 30% der Dörfer erfaßt worden. Einige Grundbesitzer konnten sich der Reform überhaupt entziehen, einige kamen später wieder in Besitz. Trotzdem ist es eine Tatsache, daß die Macht des Feudalismus weitgehend gebrochen wurde. Heute existieren nur mehr Überreste des Feudalismus, die vorherrschenden Klassenbeziehungen sind neue. Die Mehrheit der Bauern (68%) besitzt **weniger als 7 Hektar, das Minimum für** einen wirtschaftlichen Betrieb liegt jedoch bei 7 bis 10ha. Der Anteil der großen Besitzer (über 50ha) soll 21,4% der Ländereien betragen. 2,5 Millionen Bauern können sich mehr schlecht als recht mit ihrem Boden gerade am **Leben erhalten** (vgl. Tab. 3a). **Das übrige** landlose Proletariat wird vom „Economist" (26.8.76) auf zirka 2 Millionen geschätzt. Sie nehmen jede Arbeit im Dorf und werden dafür äußerst schlecht bezahlt, zwischen 1400 und 3500 Rial jährlich.(Zum Vergleich: 1960, 10 Jahre vorher, reichte ein durchschnittliches Familieneinkommen von 10000 bis 15000 Rial gerade zum Leben.) Die landbesitzenden Bauern oder Pachtbauern sind zur Mehrheit in Genossenschaften organisiert. Das geschah nicht freiwillig (Tab.4). Bei Weigerung drohte der Verlust des Bodens. Der offizielle Gedanke dieser Genossenschaften war die rationelle Versorgung der Bauern mit Maschinen und Geräten sowie die gemeinsame Nutzung von Düngemittel sowie die Kreditvergabe. An die Stelle der alten Feudalherren traten nun mehr und mehr alle Arten von Finanzhaien. Die Genossenschaften spielten die entscheidende Rolle. Sie umfassen meist nicht mehr als ein Dörf mit Nebendörfern. Ihre Kreditoperationen (und das ist ihr Hauptgeschäft), dehnten sich gewaltig aus (Tab.5). Auf der Basis der Ergebnisse der Landreform brachten die Tätigkeiten dieser praktisch staatlichen Einrichtungen einmal eine noch stärkere soziale Differenzierung auf dem Land. Die sich aus den Genossenschaften 1967 per Dekret entwikkelnden „landwirtschaftlichen Aktiengesellschaften" vervollkommnen den Prozeß nahezu.Der Bauer hat endgültig sein Land verloren, ist „Aktionär" dieser Genossenschaften, die von Agenten des Staates kontrolliert werden. Der Volksmund nennt sie „super-landlords". Die Aktiengesellschaften konnten sich aber keineswegs zur dominierenden Struktur entwickeln, sie bezifferten sich höchstens mit 140 mit einer Gesamtfläche von 420000ha (Das war zumindest die Zielsetzung für 1977/78, von der wir nicht wissen, ob sie realisiert wurde; 1972 gab es 27 Genossenschaften mit 105748ha).

Tabelle 3: Einbeziehung verschiedener landwirtschaftlicher Einheiten in den Markt

vom Ertrag wurde verkauft	nichts	weniger als die Hälfte	die Hälfte oder mehr
insgesamt	51%	26,7%	22,3%
bei einer Größe von			
weniger als 1 ha	55,5	25,9	18,6
1 bis 2 ha	39,5	28,5	32,0
3 bis 5 ha	51,1	26,6	22,3
5 bis 10 ha	59,2	26,5	14,3
10 bis 50 ha	48,4	28,2	23,4
50 bis 100 ha	1,0	1,9	97,1
100 ha und mehr	3,0	0,2	96,8

Zu berücksichtigen ist, daß abgesehen von den Reisfeldern in Gilan und Mazenderan mindestens 7 bis 10 ha Land für die Versorgung einer Bauernfamilie notwendig sind und daß 82 Prozent aller Bauernfamilien im Iran weniger als 10 Hektar besitzen. Die prekäre Lage der Bauern ist offensichtlich. Außerdem wird durch obige Tabelle deutlich, daß nur die großen landwirtschaftlichen Einheiten für den Markt produzieren und der überwiegende Teil der ländlichen Bevölkerung nur sehr geringfügig am Markt beteiligt ist.

Tabelle 3a: Verfügbares Durchschnittseinkommen eines Bauern/Pächters nach ausgewählten Dörfern, 1970/71 (in Rial)

Kalkulatorische Größen	Dörfer Zangi Abad	Husain Abad	Ulya	Uanara	Akrad
Verkaufsfrüchte					
Ertrag	52.675	48.780	43.380	43.420	25.500
Aufwand	22.963	21.651	26.073	20.217	10.690
Reinertrag	29.712	27.129	21.307	23.193	14.810
Viehhaltung					
Ertrag	12.035	7.217	8.235	7.327	15.491
Aufwand	2.278	1.698	1.911	1.920	3.265
Teppiche (Reinertrag)	3.500	3.000	2.200	2.000	3.200
Gesamter Reinertrag vor Abzug der Pacht:	42.969	35.648	28.831	30.600	30.236
Pacht	14.800	10.580	—	—	—
Steuern	1.602	1.120	1.176	985	843
Zinsen	2.380	1.534	1.670	1.566	12.022
Schuldentilgung	29.010	21.476	25.328	26.770	12.022

Quelle: Planck, S.113

Planck, der diese Untersuchung durchführte, schreibt weiter: „Gesprächen mit Genossenschaftsmitgliedern war zu entnehmen, daß der Schuldenberg jährlich um etwa 10 Prozent höher wird. Am Ende des Wirtschaftsjahres 1970/71 waren 60 Prozent aller untersuchten Haushalte mit mehr als 40.000 Rial verschuldet... (Die Tabelle) läßt erkennen, daß nach Abzug von Steuern, Pacht und Zinsen und nach Tilgung der Schulden von Haushaltseinkommen eines durchschnittlichen Bauern oder Pächter meistens nicht mehr so viel verfügbar ist, wie die Familie zum Leben benötigt." (S.144f.)

Tabelle 5: Zahl und Umfang der Agrarkredite

Jahr	Landwirtschaftliche Genossenschaftsbank		Landwirtschaftliche Genossenschaften	
	Kreditnehmer	Mio. Rial	Kreditnehmer	Mio. Rial
1962/63	107.968	1.381	—	—
1963/64	319.570	3.427	103.819	370
1964/65	603.454	4.131	328.993	1.434
1965/66	547.932	5.479	391.119	1.884
1966/67	249.567	5.167	558.755	3.024
1967/68	327.233	5.188	673.062	4.077
1968/69	351.946	5.290	738.500	5.541
1969/70	349.989	5.206	843.909	5.753

Quelle: Iranische Nationalbank, zit. nach Planck

Tabelle 4: Entwicklung der Ortsgenossenschaften

Jahr	Genossenschaften	Mitglieder	Kapital (Mio. Rial)
1942	3	1.050	0,2
1952	34	9.863	7,5
1962	960	315.973	198,8
1963/64	2.722	542.118	368,8
1964/65	3.846	644.926	512,0
1965/66	5.518	763.762	762,7
1966/67	7.033	936.204	931,4
1967/68	8.236	1,087.286	1.269,6
1968/69	8.398	1,260.420	1.628,9
1969/70	*8.102	1,399.762	1.984,4
1970/71	8.298	1,606.083	2.478,7
1971/72	8.425	1,723.071	2.486,9

* Die rückläufige Zahl ist auf Fusionen zurückzuführen.

Quelle: Ministerium für Genossenschaftswesen, zit. nach Planck, Iranische Dörfer nach der Reform, 1974.

Die Landflucht der Bauernbevölkerung war in den letzten Jahren der Reform ein nicht verhülltes Ziel. Der Schah 1967: „Außerdem sollen die Bauern bewogen werden, ihre Aktien an die LAGs zu verkaufen und aus der Landwirtschaft auszuscheiden, damit die zurückbleibenden Bauernaktionäre besser leben können. Der ländliche Bevölkerungsüberschuß wird von den Agro-Industrie-Kombinaten und von der ländlichen Industrie absorbiert werden müssen." Tatsächlich hat der Ausscheidungsprozeß in großem Maßstab stattgefunden. In den letzten Jahren hat jährlich eine halbe Million das Land in Richtung Stadt verlassen. (Die städtische Bevölkerung könnte man zu je einem Drittel als traditionelle Stadtbevölkerung, ehemals bäuerliche und ehemals nomadisierende Bevölkerung bezeichnen.) Während der erste Prozeß eingetreten ist, ist es der andere, der agro-industrielle Aufbau und die Steigerung der Produktion, ganz und gar nicht. Ein fortschreitender Ruin der Landwirtschaft trat ein. (Vgl. Tabb. 6 und 7)

Das Land wurde mit ausländischen landwirtschaftlichen Produkten überschwemmt. 1970/71 wurden für 68 Mio. Dollar Nahrungsmittel eingeführt, 1975/76 schon für 1,5 Mrd. Dollar, ein Anstieg um das 22fache! „Der einzige Grund (dafür) ist", erklärte der Parlamentsabgeordnete Sattari im Dezember 1977, „daß die innere Produktion zurückgegangen ist."

Man kann den Iran der siebziger Jahre nicht mehr halbfeudal oder halbkolonial nennen. Auf dem Lande selbst wurde die Macht des Feudalismus stark, manche meinen weitestgehend, gebrochen. Einige haben ihren Grundbesitz behalten können. Andere sind in der städtischen Bourgeoisie aufgegangen, nicht zuletzt dank der Mittel aus den Entschädigungen. Einige haben vom Staat freigegebene Anteile an staatlichen Betrieben gekauft. Alles in allem dürfte es sich um einen Integrationsprozeß gehandelt haben: Großbauern, Staatsfunktionäre, Kaufleute, Industrieaktionäre waren das Ergebnis. Ökonomisch haben sich auf dem Land mehr und mehr die Geld-Ware-Beziehungen, also kapitalisitische Beziehungen, durchgesetzt. Das Überleben von Naturalwirtschaft auf dem örtlichen Markt spricht nicht dagegen.

Durchdringung des Dorfes durch den Kapitalismus bedeutet Schaffung eines Marktes. Mit der Durchsetzung der Warenbeziehungen wurde auf dem Landgebiet ein solcher innerer Markt geschaffen. Von einer echten Ausweitung des Marktes zu sprechen, ist hingegen fraglich. Eine solche Ausweitung würde bedeuten, daß die Nachfrage der ländlichen Bevölkerung nach Produkten anderer Industriezweige, nach Produktions- und Konsumtionsmitteln, wächst. Die Verflechtung der beiden Sektoren Industrie und Landwirtschaft ist eine andere Bedingung für die Ausweitung des Inlandmarktes. Die Landwirtschaft kaufte 15% ihres Bedarfs von der Industrie, während die Industrie etwa 30% ihres Bedarfs bei der heimischen Landwirtschaft deckte. Die auf die Landwirtschaft wirkenden Impulse sind sehr schwach; die Industrie liefert der Landwirtschaft nicht die Bedarfsgüter, die für ihr Wachstum wichtig sind.

Die in Tabelle 3 dargestellte Einbeziehung in den Markt ist ebenfalls ein Zeichen für die vermutlich sehr geringe Marktausweitung. Es gibt eine stärkere Differenzierung der Bauernschaft als früher. Dies rührt von daher, daß die Bauern innerhalb derselben Kategorie unterschiedlich von der Reform profitiert haben oder betroffen wurden. Zweitens hat sich dieser Prozeß im Rahmen der Genossenschaften fortgesetzt.

Sicherlich existieren auch noch Überreste des Feudalismus. Es gibt weiterhin Anteilbauern und ständige Landarbeiter (zum Unterschied von den Taglöhnern). Letztere sind Landarbeiter, die mit einem Erntebruchteil entlohnt werden, erstere haben darüber hinaus noch ein Anrecht auf das fragliche Stück Land, sind jedoch nach der Reform sozial stark abgesunken.

Tabelle 6: Produktionsindezes der iranischen Landwirtschaft 1961—1973

Jahr	Landwirtschaft insgesamt (1961-65=100)	Landwirtschaft pro Kopf (1961-65=100)
1961—65	100	100
1964	97	94
1965	105	99
1966	110	101
1967	122	109
1968	133	115
1969	128	108
1970	131	107
1971	127	100
1972	133	102
1973	135	101

Quelle: US Departement of Agriculture, 1974

Tabelle 7: Produktion ausgewählter landwirtschaftlicher Produkte (in 1.000 Tonnen)

Produkt	1968-69	69—70	70—71	angestrebte Ziele für 72—73	74—75	75—76	76—77
Weizen	4.400	4.200	4.262	4.700	4.700	5.500	6.040
Gerste	1.204	1.100	1.083	1.135	863	1.400	1.500
Reis	1.354	1.395	1.350	1.400	1.313	1.430	1.566
Zuckerrüben	3.403	3.500	3.161	4.500	4.300	4.670	5.250
Zuckerrohr	453	475	500	800	1.100	1.100	800
Tee (ungetrocknet)	79	75	80	120	96	80	88
Ölsaaten	10	32	58	130	79	100	130

Quelle: verschiedene offizielle Statistiken

2.Zur Industriestruktur

Tabelle 1 zeigt das Wachstum der sogenannten großen Betriebe (ab 10 Beschäftigten), das der Arbeiter in diesen Betrieben sowie jenes in der gesamten Industrie. Die Gesamtzahl der Industriebetriebe entwikkelte sich folgendermaßen:

1953/54: ca. 25.000
1964/65: ca. 109.000
1975/76: ca. 250.000

Von den 7910 großen Betrieben des Jahres 1976 hatten 40 mehr als 1000 Beschäftigte. Der Großteil der Großbetriebe wird als im weitesten Sinne modern ausgestattet betrachtet. Dem Leiter der staatlichen Industrieorganisation zufolge sind 90% der gesamten Industriebetriebe der Kleinindustrie zuzuordnen (1977). Solche Kleinbetriebe sind auch technisch nicht zu großer Produktionsverflechtung imstande, und die großen Betriebe wiederum haben ihre Rohstoff- und Zwischenproduktbezugsquellen im Ausland. Dies bildete in der Vergangenheit stets ein großes Problem. Die Webereibetriebe sind größtenteils sehr klein und auf dem Dorf angesiedelt. 531221 der insgesamt etwas über 550000 Beschäftigten sind in solchen kleinen Webereien angestellt. Davon sind 483670 entweder selbst Inhaber oder Familienangehörige; das sind 91%.

Tabelle 1: Anzahl der Beschäftigten in industriellen Großbetrieben und gesamt

Jahr	Zahl der Großbetriebe (1)	Zahl der Beschäftigten in Großbetrieben (in 1.000)	Zahl der Beschäftigten im Industriesektor (in 1.000)
1921	16		
1941	482		
1962	2.839	150	1.061
1963	3.544	146	1.070
1964	3.674	174	1.103
1965	3.894	212	1.170
1966	3.661	214	1.252
1967	4.286	217	1.335
1968	4.558	245	1.402
1969	5.066	257	1.546
1970	5.239	261	1.623
1971	5.487	279	
1972	5.651	304	1.751
1973	6.056	362	
1974	6.191	396	
1976	7.910	430	2.300

(1) Unter Großbetriebe fallen in iranischen Statistiken Betriebe ab 10 Beschäftigte.
Quelle: verschiedene offizielle Statistiken.

Tabelle 8: Bildungsgrad der Beschäftigten 1972

	(i. 1.000)	in %
Gesamtbeschäftigte	7.635	100,0
Analphabeten	5.094	66,8
Alphabeten gesamt	2.528	33,2
davon		
1-6 Jahre Schulbildung	1.887	24,7
7-12 Jahre Schulbildung	523	6,8
über 13 Jahre Schulbildung	117	1,5

Quelle: Staatliche Statistik, Teheran 1977

Tabelle 9: Beschäftigungsstruktur 1956 und 1972

Kategorie	1956 (in %)	1972 (in %)
Akademische, technische und verwandte Berufe	1,6	3,5
Verwaltung, Management		
Büro	3,1	4,3
Handel	5,8	8,5
Dienstleistungen	7,7	6,3
Landarbeiter	55,6	48,5
Industriearbeiter	22,6	28,7
Sonstige	3,6	0,2

Quelle: Iran, Present and Future.

Tabelle 10: Öleinnahmen (in Mio. Dollar)

1938	17	1969	908	1974	18.523
1945	23	1970	1.093	1975	18.871
1950	45	1971	1.870	1976	20.488
1960	285	1972	2.308	1977	20.735
1965	513	1973	5.600	1978	*17.00

* für 1978 geschätzt
Quelle: Financial Times, 1978

Erdöl und Industrialisierung

Der Iran gilt als „reiches Ölland". Das ist ebenso richtig wie die Tatsache, daß das Land arm ist. In Tabelle 10 sind die gestiegenen Öleinnahmen des Staates angeführt. Im Laufe dieses Jahrhunderts wurde dem Iran mehr und mehr eine Monokultur aufgezwungen, eben mit dem Öl als dem alles überragenden Produkt. Dazu kommt, daß es sich bei den Öleinnahmen um eine Art von Rente handelt, der Rohölpreis zum größten Teil aus eben der Rente besteht. Die Erdölindustrie trägt kaum zur Entwicklung des Landes bei. Sie entwickelt nur sehr bescheiden vertikale und horizontale Verflechtungen mit anderen Industriezweigen oder mit der Landwirtschaft. Entscheidend scheint also, *was* der Staat mit den Öleinnahmen macht, welche Entwicklungsprogramme durchgeführt werden. Die Abhängigkeit vom Klassencharakter des Staates macht diese Art Industrialisierung politischer als jene, die Europa durchgemacht hat. Denn ein geschichtliches Resultat ist die Schwäche der nationalen Bourgeoisie. Das Wachstum der Industrie seit den Fünfzigerjahren ist hauptsächlich ein Resultat staatlicher Investitionen und Interventionen.

Von einem richtigen Industrialisierungsprogramm kann ab Mitte der Sechzigerjahre gesprochen werden. Das Zusammenfallen mit der Landreform im Zuge der „weißen Revolution" ist sicherlich kein Zufall. Die erste offizielle Zielsetzung des Plans war die sogenannte Importsubstitution, also die Ersetzung entscheidender Importe durch die heimische Produktion dieser Waren. Tatsächlich war eines der auffälligsten Resultate dieser Periode das Anwachsen der Leichtindustrie in Teheran und Umgebung. Es entstand eine bunte Vielfalt von Klein- und Großbetrieben, die sich vornehmlich im Teheraner Raum ansiedelte und im Land montierte, was früher als Fertigprodukt eingeführt worden war. Beinahe die gesamte Industrie war daher auf den Bedarf des lokalen Marktes ausgerichtet und vom Charakter her importsubstitutiv. Zur selben Zeit wurden hohe Schutzzölle eingeführt. Wie wenig wirksam aber letztlich diese Importsubstitution war, zeigt Tabelle 11, die genau diese Periode umfaßt. Obwohl noch kein Erfolg beschieden war, änderte der Staat ganz offensichtlich die Wachstumsprioritäten. Der fünfte Plan (1973-78) konzentrierte sich auf Stahl, Metalle und die Petrochemie. Dieser Plan, mit 24,6 Mrd. Dollar veranschlagt und schließlich auf 69 Mrd. erhöht, offenbarte alle Schwächen des kapitalistischen Entwicklungsprogramms à la Schah.

Tabelle 17: Nicht-Erdölexporte 1974/75 (in Prozent)

1. Traditionelle und landwirtschaftliche Güter	72 %
Teppiche	20,5
Baumwolle	14,7
Frische und getrocknete Früchte	12,3
Leder und Häute	4,8
Mineralien und Metallerze	5,6
Sonstige	14,1
2. Neue industrielle Produkte	28 %
Waschmittel	2,1
Chemikalien	3,8
Schuhe	1,2
Konfektion, Strickwaren und Textilien	7,6
Kfz	3,6
Sonstige	9,7

Quelle: Außenhandelsstatistik des Iran.

Tabelle 11: Entwicklung des iranischen Außenhandels nach Menge und Wert

Jahr	Exporte (ohne Erdöl und Erdölprodukte) Menge in 1.000 t	Wert in Mrd. Rls.	wertmäßige Wachstumsrate in %	Importe Menge in 1.000 t	Wert in Mrd. Rls.	wertmäßige Wachstumsrate in %
1968/69	992	16,2		3.296	104,4	
1969/70	890	18,5	14,2	2.872	117,0	12,1
1970/71	1.743	21,2	14,6	3.075	128,2	9,6
1971/72	2.149	26,3	24,1	4.830	157,7	23,0
1972/73	2.349	33,9	28,9	5.877	193,7	22,8
1973/74	1.885	42,8	26,3	6.720	253,2	31,1
1974/75	1.531	39,2	—8,6	9.345	448,2	77,0
1975/76	1.189	40,7	3,8	13.328	800,8	78,7
1976/77	793	38,0	—6,7	13.835	901,8	12,6

Quelle: Foreign Trade Statistics of Iran
Der Einfuhr der SU auf den Iran ist gewaltig. Nicht nur raubte die SU das Erdgas, sondern stellte überhaupt den Hauptabnehmer iranischer Waren dar. Bezahlt wird von der SU mit „Hilfe". Sie hat es bis auf weit über 100 Projekte gebracht, die meiste davon in Schlüsselindustrien (Stahl, Maschinen).

Das Mißverhältnis von Ein- und Ausfuhren verschärfte sich jährlich. Von 1959 bis 1976 wurden für 4,6 Mrd. Dollar Waren exportiert (ohne Erdöl), importiert wurde für 37,7 Mrd. Dollar, also um etwa das 8fache! 1973 war es 5mal so viel, 1974 10mal und 1976 bereits 20mal. 1969 schrieb die Zeitung „Keyhan" über den Export: „Heutzutage werden 50% des Werts der Exportgüter, wie Autos, Kühlschränke, Gasherde, Textilien, Trikots und Strümpfe durch Import gebildet. Oft importiert man im Austausch gegen diese Exportwaren wiederum Konsumgüter. Für die Produktion von Kühlschränken, Autos, Trikots usw. im Wert von etwa 1000 Dollar werden oft für 600 Dollar Waren importiert. Solche Exportpolitik führt dazu, daß das Land Millionen an Devisen verliert, ohne einen einzigen Dollar zu gewinnen. Die Produktion von „neuen Industriewaren" ist, wie berichtet, vom Import von Industrierohstoffen abhängig. Können wegen Abnahme des Erdöleinkommens nicht genügend Industrierohstoffe importiert werden, sinken auch Produktion und Export von Industriewaren."

Die „neuen Industriewaren", die der Iran in großem Ausmaß produzieren und exportieren wollte, stellten 1973 40 Mio. Dollar des gesamten 672 Mio.-Dollar-Exports (ohne Öl). 630 Mio. oder 94% wurden nach wie vor vom traditionellen Export gebildet. Der „Teheran Economist" berichtet: „Nun ist der iranische Export in vergangene Zeiten zurückgefallen, in die Zeit, in der die iranische industrielle Produktion noch nicht den heutigen Stand erreicht hat. Damals wurde unser Export von traditionellen Waren, wie getrockneten Früchten, landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Gummi, Erzen, Teppichen usw. gebildet. Auch heute ist der Export auf sie beschränkt." Und an anderer Stelle, 1970: „Unser Waren-export - ohne Erdöl - beträgt 600 Mio. Dollar. Legen wir konstante Preise zugrunde, ist er genauso hoch wie vor vierzig Jahren. Damals belief sich der iranische Warenexport auf 60 Mio. Dollar, und sicherlich haben sich die Preise inzwischen mehr als verzehnfacht. So ist also unser Warenexport nicht nur nicht gestiegen, sondern sogar zurückgegangen."

Dieser Punkt hängt selbstverständlich nicht nur mit dem Schahregime zusammen; er ist ein Problem für fast alle Länder der Dritten Welt.

Die iranische Bourgeoisie

Historisch war die iranische Bourgeoisie schwach; ihre Entwicklung seit den Fünfzigerjahren weist folgende Besonderheiten auf:

Der Staat spielt eine überragende Rolle. Traditionell gibt es in solchen Ländern wie dem Iran immer starke familiäre Bande zwischen den Grundbesitzern, Kaufleuten usw. und den Staatsfunktionären. Die von der Entwicklung Profitierenden dürften aus den verschiedenen Klassen kommen. Grundbesitzer, Kaufleute, hohe Beamte, Hofangehörige usw., sie alle sind mehr oder minder von dem Staatsapparat gezeichnet, mit dem sie eng ver-

Tabelle 12: Ausländische private Investitionen über das Zentrum für Anwerbung und Schutz ausländischer Investitionen nach Branchen (in Mio. Rial)

Bereich	1970/71	Anteil 70/71 %	71/71	72/73	73/74	74/75	75/76	76/77	Anteil 76/77 %
Agroindustrie	89	3,8	83	122	458	33	363	1	0
Bergbau	297	12,8	140	146	274	109	12	0	0
Nahrungsmittel	26	1,6	24	119	144	9	10	86	1,3
Gummi	331	14,3	155	118	233	1209	654	244	3,7
Chemie u. Pharmaka	248	10,7	351	114	79	140	253	172	2,6
Petrochemie	—		64	—	1121	1337	911	2309	35,3
Metallbearbeitung	263	11,3	118	171	11	422	273	1733	26,5
Elektr. Geräte u. Elektronik	244	10,5	276	195	194	511	251	481	7,4
Kfz-Ind.	245	10,6	76	99	1027	22	657	111	1,7
Bauwesen	77	3,3	74	23	64	201	169	0	0
Hotels	95	4,1	55	63	24	52	14	152	2,4
andere	393	17,0	56	166	415	156	191	1248	19,1
insgesamt	2318	100			4044	4500	3976	6537	100

Quelle: Ministry of Economic Affairs and Finance

Tabelle 13: Kapital ausländischer und einheimischer Aktiengesellschaften (Mio. Rial)

	Einheimische AGs Zahl	Einheimische AGs Kapital	Ausländische AGs Zahl	Ausländische AGs Kapital
1974/75	3.413	73.522	162	178.748
1975/76	4.134	83.979	311	1,665.635

Quelle: Teheran Economist, 7.8.1976
(Anm.: Das Iranische Jahr geht von 21.3. bis 20.3.)

Tabelle 14: Private ausländische Investitionen im Iran 1965—74

Land	Anzahl der Unternehmungen	Kapital (in Mio. Rial)
USA	43	5.711
BRD	23	1.669
Japan	23	2.737
Großbritannien	20	347
Schweiz (1)	13	1.360
Frankreich	12	547
Gemischte Gesellschaften	17	1.435
Sonstige (2)	32	1.423
Gesamt	183	15.229

(1) wie anderswo steht hinter Schweiz hier zum großen Teil anderes Kapital, vor allem aus der BRD.
(2) Italien, Dänemark je 5; Schweden, Holland je 4; Belgien, Luxemburg je 3; Israel 2; Australien, Österreich, Griechenland, Indien, Kenia, Panama je 1.
Quelle: Iran: Past, Present, Future, New York, 1976

Tabelle 16: Die iranischen Arbeitskräfte 1956—77 (in Tausend)

Sektor	Jahresgesamtzahlen 1956	1966	1972	1977	Zuwachs 1972—77
Landwirtschaft	3326	3774	3800	3800	0
Erdöl	25	26	40	55	15
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe (incl. Handwerk)	816	1324	1820	2500	680
Baugewerbe	336	520	710	980	270
öffentl. Einrichtungen	12	53	60	65	5
Handel	355	513	650	725	75
Transport und Verkehr	208	224	255	280	25
Staatsdienst	248	474	640	780	140
Banken, andere Dienstleistungen u. Sonstige	582	650	900	1040	140
Gesamtzahl der Arbeitskräfte	6066	7842	9195	10600	1405

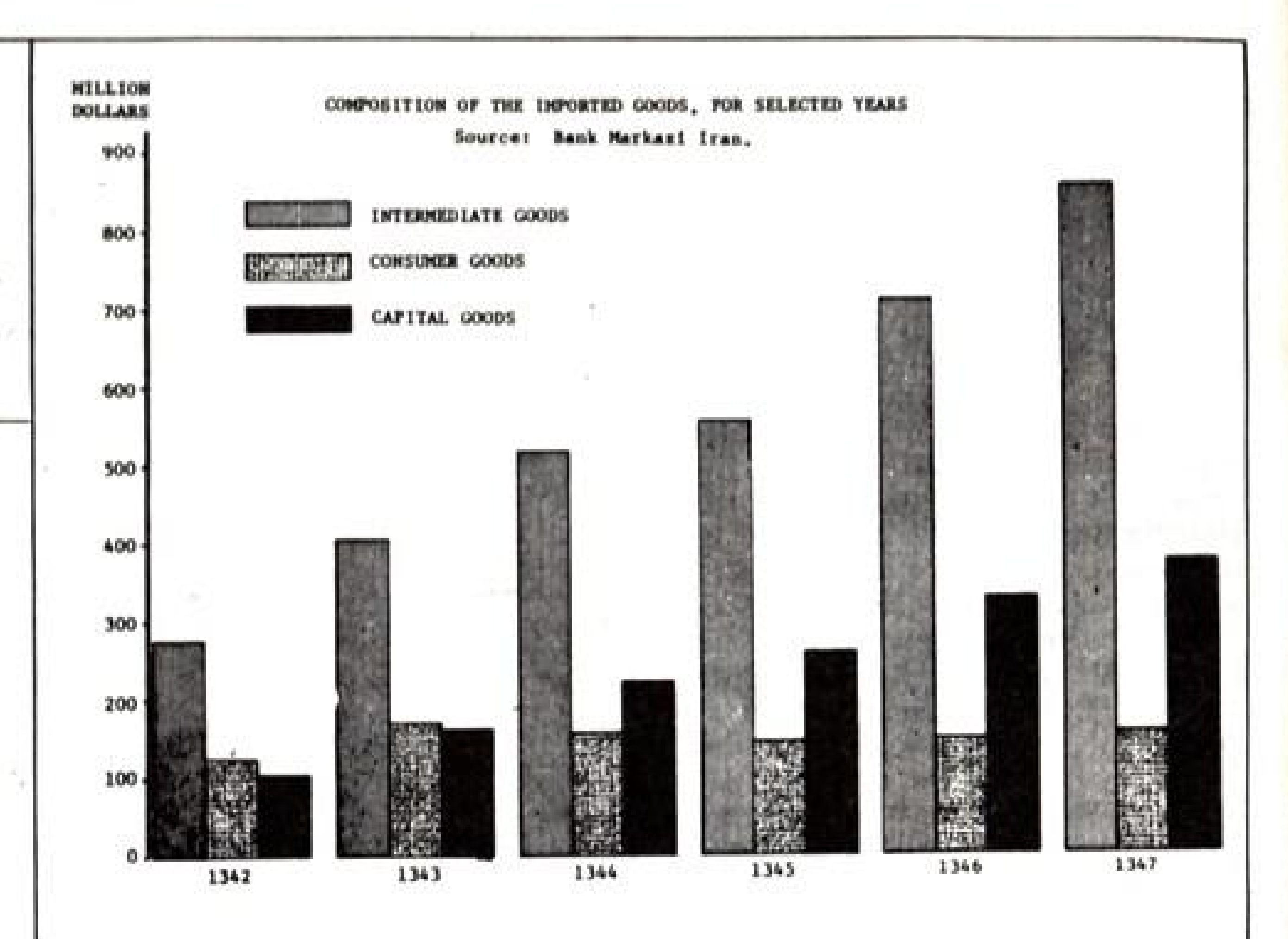
Quelle: ILO.
Die Entwicklung ist unverkennbar. Die landwirtschaftliche Bevölkerung stagniert absolut, geht aber relativ zurück. Das verarbeitende Gewerbe verzeichnet den größten Zuwachs. Auf Grund der Struktur ist dies nicht ganz ident mit dem Anwachsen des Proletariats, aber sicher macht es den Großteil aus. Es handelt sich dabei aber mehrheitlich nicht um ein Industrieproletariat, sondern um Lohnabhängige in — mehr oder weniger — Kleinbetrieben. Ein eigentliches Industrieproletariat bleibt beschränkt auf wenige Industriezweige: Die Erdölindustrie, Chemie, ein bis zwei Stahlwerke, Kfz-Produktion, wenige Werkzeugmaschinenfabriken und elektronische Montageanlagen.

Tabelle 15:
Abfluß von ausgewiesenen Konzernprofiten aus dem Iran

1965	1967	1970	1971	1972	1973
397	553	895	1314	1587	2142

Quelle: International Financial Statistic, Washington

knüpft sind. Sie sind mit 1001 Fäden mit dem Imperialismus verbunden, obwohl ihr Heranwachsen nicht einfach ein Produkt imperialistischer Unterwerfung ist. Die anderen bürgerlichen Schichten gerieten immer stärker in Feindschaft zum Staat, wie die bekannten » Bazaris. Auch für die bürgerlichen Schichten gilt das Gesetz einer starken Differenzierung, deren Widersprüche gewaltige Kräfte hervorrufen, wie die Ereignisse zeigten.



Import von Zwischenprodukten, Konsumgütern und Produktionsmitteln im ersten Jahr des 3. Entwicklungsplans sowie im jeweils letzten Jahr des 4. und 5. Plans (Vorausschau)

Materialien zur ökonomischen Struktur des heutigen Imperialismus und Sozialimperialismus

2. Teil

Kapitel 4: Rivalität der Imperialisten — um die Rohstoffgebiete und die Märkte

Mit der Änderung des Kräfteverhältnisses zwischen den imperialistischen Ländern und der fortschreitenden Einengung des kapitalistischen Weltmarktes verstärkte sich der Kampf dieser Länder um den Besitz der Rohstoffgebiete und der Märkte; vor allem nach dem zweiten Weltkrieg. Als der sowjetische Sozialimperialismus in die räuberischen Reihen der großen imperialistischen Mächte, die sich die Welt teilen, eintrat, wurde der Kampf noch schärfer.

1. Der Kampf um Rohstoffquellen

Von 1937 bis 1970 stieg der Import von Aluminium in die Vereinigten Staaten um 39,3 mal, der von Erdöl um 18,7mal; der Erdölimport Westdeutschlands erhöhte sich um 140mal, der Aluminiumimport um 28,3mal. Der Umfang der Erdölimporte Japans stieg um 113mal, bei Eisenerz beläuft sich die Erhöhung auf 43,4mal, bei Kohle um 8,4mal (Tabelle 19).

Die Gebiete Asiens, Afrikas und Lateinamerikas besitzen Rohstoffe im Überfluß. Die „strategischen Rohstoffe", die von vielen militärischen und technischen sowie von neuen Industriezweigen benötigt werden, sind alle oder fast alle in den Regionen Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas zu finden. Eine goße Zahl von wichtigen Rohstoffen, so wie das in die Vereinigten Staaten importierte Erdöl, Kautschuk, Bauxit, Manganerz, Palmöl, Zinn und Jute oder das von den europäischen Ländern der EG und Japan importierte Bauxit, Kautschuk, Erdöl, Palmöl, Zinn, Kupfer und Jute kommen zu einem großen Teil aus diesen Gebieten. Mit der Ausdehnung der Produktion hat sich die Abhängigkeit dieser Länder gegenüber den Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas nach und nach verstärkt. Afrika hält den ersten Platz in der Förderung von Nichteisenmetallen, die sehr selten sind, und Lateinamerika nimmt den zweiten Platz ein. Nach den Statistiken werden von 40 Nichtmetallarten, die gegenwärtig bekannt sind, fast dreißig gänzlich oder zumindest teilweise in den Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gefördert. Außer den Vereinigten Staaten und Kanada, die Uranium, Titan und Bauxit und 8 oder 9 andere seltene Mineralien besitzen, fehlen sie den anderen entwickelten Ländern fast vollständig. Von 1948 bis 1960 haben die USA insgesamt 282 Mio. Pfund Uranium und wertvolle Mineralien importiert. 1962 war der Anteil des Imports von Polinium durch die USA aus den Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas 93,5% des Gesamtumfangs des Exports dieses Metalls aus den betreffenden Regionen. Der von Lithium lag bei 83,9%.

Japan mit seiner übermäßig ausgedehnten Industrie kämpft mit dem riesigen Problem der Rohstoffe; der Grad seiner Abhängigkeit ist sehr groß.

Japan ist in Wirklichkeit, wenn man es im Hinblick auf seine große Abhängigkeit auf dem Gebiet der Rohstoffe betrachtet, ein Land der Endfertigung und des Handels, es wird dort „ohne Reis gekocht". Die „Basisnahrung" , die die Industrie unbedingt braucht, um sich bewegen zu können, ist gänzlich vom Import abhängig. Nach Untersuchungen der betreffenden japanischen Stellen lag 1970 der Prozentsatz des Imports von Erdöl aus dem Ausland bei 99,5%; bei Eisenerz war es 86%. War Japan in der Ära

Tabelle 19: Importe der sieben wichtigsten Rohstoffe der wichtigsten kapitalistischen Länder

Rohstoff	Jahr	Importvolumen				
		USA	Frankreich	BRD	England	Japan
Erdöl (Millionen Tonnen)	1937	3,8	6,2	0,7	2,1	1,4
	1950	24	14,1	1,9	9,5	1,3
	1970	75	95	99	102	160
Kohle (Millionen Tonnen)	1937	0,6	24,6	4,6	—	5,3
	1950	0,2	7,5	4,1	0,005	0,8
	1970	—	13	9	0,1	50
Eisenerz (Millionen Tonnen)	1937	2,5	1,5	22,1	7,6	2,3
	1950	8,4	1,1	5,5	8,7	1,4
	1970	40	—	48	20	102
Manganerz (1.000 Tonnen)	1937	—	—	—	—	—
	1950	—	—	—	—	—
	1970	1574	1095	713	522	1267
Aluminium (1.000 Tonnen)	1937	7,9	—	14,5	47	—
	1950	116,3	4,4	241,1	9,5	1,1
	1970	318	183	425	379	234
Kupfer (1.000 Tonnen)	1937	174	123	170	298	—
	1950	423	109	60	322	—
	1970	120	315	385	410	165
Kautschuk (1.000 Tonnen)	1937	610	68	99	138	64
	1950	808	100	92	225	58
	1970	943	161	203	194	292

Tabelle 20:Grad der Auslandsabhängigkeit und des Bedarfs an Rohstoffen Japans

	1968			1975			mittlere
	Bedarf	Eigenproduktion	Auslandsabhängigkeit (%)	Bedarf	Eigenproduktion	Auslandsabhängigkeit (%)	Wachstumsrate des Jahresbedarfs 1968—75
Kupfer (1.000 t)	740	197	73,4	1.400	240	82,9	9,6
Blei (1.000 t)	186	81	56,5	367	163	55,10,2	
Zink (1.000 t)	628	290	53,8	1.290	494	61,7	10,8
Aluminium (1.000 t)	657		100	1.780		100	15,3
Nickel (1.000 t)	60		100	131		100	11,8
Eisenerz (1.000 t)	77.437	11.856	84,7	164.288	16.429	90	11,3
Kohle (1.000 t)	43.650	12.260	71,9	86.640	12.260	85,9	10,3
Erdöl (1.000 t)	133.406	712	99,5	261.000	720	99,7	10,1
Erdgas (mio. m³)	2.510	2.510		9.500	2.510	73,6	20,9
Uran			100	4.210		100	
Holz (1.000 m³)	91.806	46.963	46,7	128.400	53.900	85	4,9
					65.300	49,1	

Meiji noch selbst ein Exporteur, so lag 1968 die Abhängigkeit Japans bezüglich dieses Metalls bei 73,4% (siehe Tab. 20).

Die imperialistischen Länder und die Sozialimperialisten verstärken durch Kapitalexport und andere Methoden die Kontrolle und direkte Ausplünderung in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Nach Statistiken kontrollierte amerikanisches Kapital Ende 1965 ungefähr die Hälfte der Gesamtproduktion von 22 wichtigen Gruben in Asien, Afrika und Lateinamerika. 1967 hatte die USA die Kontrolle über 64% des Bauxits, über 62% des Eisenerzes in Lateinamerika. Die sowjetischen Revisionisten plündern und kontrollieren ebenso die Rohstoffquellen in diesen Gebieten. Nach Zahlen, die sie selbst veröffentlicht haben, haben die Sowjets bis zum Beginn 1971 ihre Krallen in 350 Unternehmungen und Bergwerken der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas; 95% ihres Kautschukimports, 92% ihres Baumwollimports rissen sie aus Gebieten dieser Regionen.

Die imperialistischen Länder bedienen sich der Methode, die darin besteht, die Preise für industrielle Produkte anzuheben, die Preise für Rohstoffe aber zu senken. Die beiden Preise klaffen immer weiter auseinander wie bei einer Schere. Im Austausch für ungerechte Preise unterdrücken sie die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas aufs grausamste. Von 1952 bis Mitte 1974 plünderte der amerikanische Imperialismus 20 bis 30 Mrd. Dollar auf Grund seines Austausches zu ungerechten Preisen. Allein durch den Verkauf von Jeeps konnten die Vereinigten Staaten eine Million Dollars aus den lateinamerikanischen Staaten herausreißen. Die Sowjetunion handelt gleich. Z.B. ist im sowjetisch-indischen Handel der Preis für mechanische Geräte und andere Waren, die von der UdSSR an Indien geliefert werden, im allgemeinen 20 bis so 30% höher und manchmal sogar doppelt so hoch wie der Preis auf dem Weltmarkt. Für jede Tonne Nickel, die durch die Sowjetunion an Indien geliefert wird, zahlt Indien 30000 Rupien, obwohl der Preis auf dem europäischen Markt bei 15000 Rupen liegt. Die Sowjetunion verkauft mit einer Hand teuer, mit der anderen kauft sie billig ein. Mit den niedrigen Preisen plündert sie die Rohstoffquellen der Inder. Der Preis von 15900 Tonnen Jute ,die von Indien in die Sowjetunion exportiert wurden, war um 31% niedriger als der Durchschnittspreis für Exporte, die Indien in andere Länder durchführt. Die sowjetischen Revisionisten machen enorme Profite durch diesen ungleichen Handel.

Das Erdöl ist der wichtigste strategische Rohstoff für den Imperialismus bei seiner Vorbereitung auf den Krieg und die Ausdehnung der Bewaffnung, in seinem Drang nach Expansion und seiner Aggression gegenüber dem Ausland. Die Investitionen auf dem Gebiet des Erdöls sind die erste Quelle der enormen Profite, die das Monopolkapital herauholt. Deshalb haben die Kolonialisten, alte wie neue, schon seit sehr langer Zeit immer ihre Aufmerksamkeit auf das Erdölproblem gerichtet und sich in heftige Kämpfe verstrickt. Das Gebiet des Mittleren Ostens hat und produziert Erdöl, es hat eine große strategische Bedeutung. Deshalb hatte und hat dieses Gebiet immer eine große Bedeutung in der Rivalität der Imperialisten.

Nach dem Weltkrieg ersetzten die Vereinigten Staaten England in seiner Position als Despot in diesem Gebiet. Nach 1957 wurde die Vormachtstellung der amerikanischen Imperialisten nach und nach schwächer. Die ökonomische Macht anderer imperialistischer Staaten wurde immer größer, sie faßten Fuß im Mittleren Osten. Die großen Erdölgebiete, die während langer Zeit von ausländischen Ölmonopolen besetzt gehalten wurden, waren 12mal so groß wie England. Sie waren für 30 bis 75 Jahre gepachtet. Die Gesellschaften hatten dort ihre eigenen Verwaltungen, eigene rechtliche, militärische und wirtschaftliche Transportabteilungen, und diese Gebiete wurden wirkliche „Staaten im Staat", über die man überhaupt keine Macht mehr hatte. Der Mittlere Osten, Hauptproduzent des Erdöls, war das ideale Gebiet zur Erreichung kollosaler Profite durch das Monopolkapital. In Kuweit ist der Selbstkostenpreis für eine Tonne Erdöl 46 Cents, in den USA mehr als 9 Dollar, das ist 20mal mehr.

Der sowjetische Sozialimperialismus verliert noch mehr Speichel beim Blick auf den Mittleren Osten. Er arbeitet mit falscher Unterstützung, wirklichem Verkauf, falscher Hilfe und wirklicher Kontrolle im antiimperialistischen Kampf der arabischen Völker. Er verstärkt seine Infiltration im Mittleren Osten durch die Lieferung von Waffen, Ausrüstungsgegenständen, Leihgaben und die Verschickung von Spezialisten usw. in verschiedenem Grade. Er kontrolliert die Erdölindustrie bestimmter Länder. So sicherte sich die UdSSR z.B. 1969 durch die Unterzeichnung zweier Erdölabkommen mit dem Irak das Recht, die Erdölfelder von Rumeilah und eines anderen Gebietes auszuplündern, indem sie Leihgaben in der Höhe von 74,9 Mio. und 77 Mio. Dollar gab. Die Erdölförderrechte für die Oase von Siona und andere Gebiete Ägyptens konnten die sowjetischen Imperialisten auch an sich reißen. 1970 förderten die Sowjets in Ägypten 1,5 Mio Tonnen Erdöl. Die Sowjetrevisionisten erzählen, daß das Erdöl des Mittleren Ostens „internationaler Reichtum" sei, um diese Rohstoffquellen des Golfs unter dem Vorwand von Nachforschungen ausplündern zu können. Man muß das wahre Gesicht des sowjetischen Sozialimperialismus völlig demaskieren.

2. Der Kampf um die Weltmärkte

Der erbitterte Kampf der beiden Riesen USA und Sowjetunion um das Rohöl des Mittleren Ostens fördert die Wachsamkeit und Einheit der Völker und Länder dieses Gebiets, die Zerstörung des imperialistischen Monopols durch diese und die Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen ebenso wie ihre Opposition gegenüber der Politik der Großmächte und der Supermächte.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde der amerikanische Imperialismus der Herrscher des kapitalistischen Weltmarktes. Er tätigte ein Drittel aller Exporte der kapitalistischen Welt. Mit seinem Abstieg, der in den Fünfzigerjahren begann, fiel der Anteil seiner Exporte 1972 auf 13,3%. Im Gegensatz dazu erreichten Westeuropa und Japan eine bedeutende Steigerung (siehe Tab. 21).

Tabelle 21: Anteil der Exporte der wichtigsten kapitalistischen Länder der kapitalistischen Welt

	1937	1947	1957	1962	1971	1972
USA	14,1	32,4	20,6	17,4	14,2	13,3
England	11,2	9,8	9,2	9,1	7,3	6,5
BRD	10,3	0,5	9	10,7	12,7	12,5
Frankreich	4,1	4	5,3	5,9	6,6	7,1
Italien	2,3	1,4	2,5	3,7	4,9	4,9
Japan	5,1	0,4	2,8	3,9	7,8	7,6

Die Vorherrschaft des amerikanischen Imperialismus in den Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas wurde ebenfalls bedroht. Japan und Westeuropa hofften lebhaft, sich in diesen Gebieten festsetzen zu können. (Siehe Tab. 22)

Tabelle 22: Entwicklung des Außenhandels der wichtigsten kapitalistischen Länder gegenüber den Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas (in Mio. Dollar)

Jahr	Gesamtexport pro Jaahr		USA		Westeuropa (EG)		England		Japan	
	total	in %	total	in %	total	in %	total	in %	total	in %
Mittlerer Osten										
1948	1.910	100	295	14,5	250	13,1	480	25,1	13	6,8
1970	7.070	100	1.070	15,1	1.810	25,6	740	10,5	540	7,6
1972	10.610	100	1.630	15,3	2.880	25,2	1.140	10,7	1.300	9,7
Asien										
1948	5.700	100	1.175	20,6	390	6,8	845	14,8	119	2,1
1970	18.570	100	4.000	21,5	1.910	10,3	1.060	5,7	4.900	26,4
1972	20.690	100	3.730	18	2.110	10,2	1.340	6,4	5.230	25,2
Afrika										
1948	4.280	100	780	18,2	1.140	26,7	1.130	26,4	20	0,5
1970	11.890	100	990	8,3	4.300	36,2	1.110	9,3	1.070	9
1972	15.270	100	980	6,4	5.660	37,1	1.450	9,5	1.680	11
Lateinamerika										
1948	5.530	100	3.190	57,7	495	8,9	485	8,8	2	0,04
1970	18.590	100	6.489	34,9	3.320	17,9	1.000	5,4	1.110	6
1972	23.050	100	7.240	31,4	4.360	18,9	1.250	5,4	1.860	8,1

Die imperialistischen Länder führen den Kampf aber auch um Märkte in den industriell entwickelten Gebieten. Die Gründung und Erweiterung der EG sind das Ergebnis des Widerstands von Seiten der westeuropäischen Länder gegen die Kontrolle des Marktes dieses Gebietes durch die Supermächte. Die westeuropäische EG setzte sich 1958 aus 6 Ländern zusammen (Frankreich, BRD, Italien, Holland, Belgien und Luxemburg). 1957 erfolgte die tatsächliche Gründung durch die Unterzeichnung des Vertrags von Rom. Es handelt sich um eine internationale Wirtschaftsorganisation der europäischen Länder der Zweiten Welt. Die EG gründete eine Zollunion, eine Wirtschafts- und Geldunion. Sie praktizierte eine gemeinsame Agrarpolitik, setzte Maßnahmen, die die freie Zirkulation von Arbeitskräften und Kapitalien garantiert, usw. Am 1.1.1973 traten England, Irland und Dänemark der EG bei, was eine neue Kombination der Kräfte der imperialistischen Länder Westeuropas bedeutete. Vor allem wurde der Widerstand gegen die Hegemoniebestrebungen der Supermächte verstärkt. (Siehe Tab. 23)

Tabelle 23: Vergleich zwischen EG und USA, UdSSR und Japan im Jahr 1970

	6 Länder der EG	9 Länder der EG	USA	UdSSR	Japan
Bevölkerung (in Mio.)	187,04	250,61	204,80	242,71	103,39
Territorium (10.000 km²)	116,29	152,03	936,30	2240,20	36,99
Größe des Nationalprodukts (in 100 mio. Dollar)	4863	6265	9742	4750	1962
Exportmarkt (100 mio Dollar)	885	1123	426	128	193
Gold- und Devisenreserven (100 mio. Dollar)	270,3	309,1	117	—	37,52

In den letzten Jahren entwickelte sich zwischen den Vereinigten Staaten auf der einen und Westeuropa (EG) und Japan auf der anderen Seite ein Handelskrieg bis aufs Messer, so z.B. der „Stahlkrieg", der „Automobilkrieg", der „Tiefkühlkrieg", der „Weizenkrieg" und viele andere. Dies ist die Widerspiegelung des Kampfes der imperia listischen Länder um die Kontrolle des Marktes.

Im selben Augenblick, in dem die sowjetischen Revisionisten ihre Aggression gegenüber den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und deren Ausplünderung verstärkten, benützten sie ihre Vorherrschaft, um unter dem Vorwand der „großen sozialistischen Gemeinschaft", der „internationalen Arbeitsteilung", der „wirtschaftlichen Einheit" usw. bestimmte Länder Osteuropas und die Mongolei zu ihren Einflußzonen zu machen, sie in ihren wirtschaftlichen Wirkungsbereich zu integrieren; so bauten sie die nationale Wirtschaft dieser Länder in ihr Marktgeschehen ein, schufen eine Abhängigkeit von Fabriken, Obstgärten und Weideland. Sie praktizierten eine unerhörte wirtschaftliche Ausbeutung.

Durch teuren Verkauf an und billigen Einkauf in diesen Ländern konnten die sowjetischen Revisionisten jedes Jahr 5,5 Mrd. Dollar Extraprofit herauspressen. Sie profitierten auch von dem Mangel an Rohmaterialien und Brennstoffen, um den Import dieser Güter in diese Länder zu monopolisieren, die Preise stark in die Höhe zu treiben, Ausplünderung zu betreiben. Nach offiziellen sowjetischen Statstiken hat die Sowjetunion von 1960 bis 1967 98,77 Mio Tonnen Rohöl an Ungarn, die DDR, Bulgarien und CSSR verkauft; der Preis betrug mehr als 1.705,620.000 Rubel; zur selben Zeit verkaufte sie an Italien, die BRD, die Schweiz, Japan, Frankreich, Spanien und sechs andere Länder 99,11 Mio Tonnen Rohöl um 852,99 Mio. Rubel. Vier Mitgliedsländer des RGW mußten also beim Einkauf einer geringeren Menge Erdöls zweimal so viel zahlen wie sechs kapitalistische Länder. Nach Berechnungen hat die Sowjetunion aus osteuropäischen Ländern zwischen 1961 und 1971 3,907 Mrd. Rubel Extraprofit durch den Export von Erdöl, Eisenerz, Anthrazit, Gußeisen und Baumwolle erzielt, indem sie einfach den Unterschied der Monopolpreise nützte. (Tabelle 24)

Tabelle 24: Extraprofite, herausgepreßt durch den Export von Heizmaterial und Rohstoffen aus der UdSSR in 6 Länder Osteuropas (in Mio. Rubel)

	1961	1963	1965	1967	1969	1971	Total 1961-71
Bulgarien	7,1	18,7	43,7	32,2	58,4	30,3	378,1
Ungarn	32,9	46,6	51,1	40,2	42	20,9	444,9
DDR	82,4	111,4	95,9	78,6	60,3	12,5	830,1
Polen	55,3	87,7	87,4	79,1	107,2	49,3	871,6
Rumänien	9,7	21,5	21,4	22,8	26,9	14,8	221,5
CSSR	83,9	130,8	124,8	108	120,2	61,2	1161,1
Total	271,4	416,7	424,3	360,9	415	189	3907,3

Unter dem Vorwand, daß der Export von Rohmaterialien in die Länder des RGW sich jeden Tag verstärkt, verpflichten die Sowjetrevisionisten diese Länder, große Mengen von Kapital und viele Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, um ihre eigene extensive Industrie zu entwickeln. Nach sowjetisch-bulgarischen Abkommen schickte Bulgarien Anfang 1971 eine große Zahl von Arbeitern in die Sowjetunion, die an mehr als zwölf Projekten mitarbeiteten, dazu noch 6800 Konstruktionsarbeiter. Indem die Sowjetrevisionisten so handeln, schlagen sie drei Fliegen mit einer Klappe: Sie ersticken die Basisindustrie dieser Länder; sie beuten die Arbeitskräfte dieser Länder direkt zu billigem Preis aus und zur selben Zeit erhöhen sie ihre eigen Bedeutung durch den Export von Rohstoffen.

Die grausame Ausbeutung durch die Sowjetrevisionisten hat in der Wirtschaft einiger osteuropäischer Länder und der Mongolei zu einer argen Entwicklung geführt; tatsächlich sind diese Länder abgefallen zu wirtschaftlichen Vasallen der Sowjetunion. So z.B. hat Ungarn bereits 95% seiner Aluminiumreserven abgebaut; aber gemäß einem Abkommen der „internationalen Arbeitsteilung" kann Ungarn seine Aluminiumindustrie nicht entwickeln, um so bleibt nichts anderes übrig, als das Aluminium in die UdSSR zu schicken, um nachher das bearbeitete Aluminium zu erhöhtem Preis zurückzukaufen. Ähnlich kann die CSSR sich selbst kaum mit Nahrungsmitteln versorgen. Um 1971 etwa mußte sie 1,3 Mio. Tonnen von der UdSSR importieren. Von zwei Broten, die auf dem tschechoslowakischen Markt verkauft werden, ist eines aus sowjetischem Weizen hergestellt. Bulgarien ist der Obstgarten der UdSSR geworden, die Mongolei ihre Weideland.

Der Kampf zwischen den imperialistischen Ländern und dem Sozialimperialismus um Rohstoffquellen, Märkte und Einflußzonen spitzt sich mehr und mehr zu. Dadurch verschärfen sich tagtäglich alle grundlegenden Widersprüche unserer Epoche. Die Widersprüche zwischen dem amerikanischen Imperialismus, dem sowjetischen Sozialimperialismus und den Völkern der Welt ebenso wie die Widersprüche, die durch die Hegemoniebestrebungen zwischen den beiden Supermächten entstehen, sind besonders angespannt und zugespitzt.

Kapitel 5: Die Ungleichheit in der Entwicklung der Politik und der Wirtschaft der imperialistischen Länder

Lenin sagt: „*Ungleichheit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung ist ein absolutes Gesetz des Kapitalismus.*" Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es innerhalb des wirtschaftlichen Kräfteverhältnisses der kapitalistischen Länder sehr große Änderungen. Deshalb gab es auch neuer Widersprüche, neue Zusammenstöße, Teilungen und Reorganisation im Lager der Imperialisten, und als Resultat davon gab es ein komplettes Durcheinander. Nachdem die Sowjetunion sich in ein sozialimperialistisches Land verwandelt hatte, sie in die Reihen der Imperialisten eingetreten war, hat sich diese Tendenz beträchtlich verstärkt.

Knapp nach dem Krieg konnten die Vereinigten Staaten viel Geld machen. Sie waren in der Lage der wirtschaftlichen Vorherrschaft. Zu Beginn der Fünfzigerjahre änderte sich die Lage, die Stellung der USA begann sich zu verschlechtern, während die Englands, der BRD, Japans sich verbesserte. Ebenso Frank-

Tabelle 26: Wachstum der industriellen Produktion (1950 ist 100)

	1960	1970	durchschn. Wachstum 1950-70	durchschn. Wachstum 1966-70
kapitalist. Welt	169	294	5,5	
USA	145	224	4,1	3,5
England	135	179	3	2,2
BRD	242	425	7,5	6,1
Frankr.	180	313	5,9	6,9
Italien	236	462	8	7,2
Japan	434	1607	14,1	16,5

Tabelle 25: Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate im Inneren der wichtigsten kapitalistischen Länder

Jahr	USA	England	BRD	Frankreich	Italien	Japan
1949—1959	3,9	2,5	7,4	4,5	6,1	15,1
1959—1969	4,3	3	5,2	5,9	5,6	11,5
1970	0	2—3	5,5—6	6	7	11

Tabelle 27: Anteil des Exports der wichtigsten kapitalistischen Länder in die kapitalistische Welt

Jahr	Export in die kapitalistische Welt (in Mio. Dollar)	USA	England	BRD	Frankreich	Italien	Japan
1937	23.255[1]	14,2	11,3	10,3[2]	4,1	2,4	5,2
1947	46.727	32,5	9,8*	0,5	4,0	1,4	0,4
1960	113.400	18,2	9,4	10,1	6,1	3,2	3,6
1970	279.100	15,5	6,9	12,2	6,4	4,7	6,9

[1]) ohne Spanien [2]) Zahl für ganz Deutschland

reichs und Italiens (siehe Tab. 25 und 26). Die jährliche industrielle Wachstumsrate Japans von 14,1%, die auf Tabelle 26 abzulesen ist, ist die größte der kapitalistischen Länder; dann kommen in fallender Ordnung: 8% Italien, 7,5% BRD, 5,9% Frankreich, 4,1% USA, 3% England.

Nach dem Krieg zeigte sich die Ungleichheit der Entwicklung der wichtigsten imperialistischen Länder auf dem Gebiet des Kapitalexports schlagartig. Vom zweiten Platz, den sie vor dem Krieg eingenommen hatten, stiegen die Vereinigten Staaten auf den ersten Platz auf; sie hatten nach und nach die Hälfte des Kapitalexports der kapitalistischen Welt in der Hand. Sie wurden die größten internationalen Ausbeuter. Das Verhältnis des Kapitalexports Englands neigte sich nach dem Krieg sehr rasch. Die Höhe seiner Exporte belief sich um die 50 Mrd Dollar, kaum ein Drittel der der USA. Nach Wiederherstellung seiner Wirtschaft erreichte Westdeutschland sehr rasch eine schnelle Entwicklung seines Kapitalexports. 1970 wurde mit 24 Mrd. Dollar das Niveau der Vorkriegszeit überschritten, und die BRD nahm den zweiten Platz in der kapitalistischen Welt ein.

Zur selben Zeit zeigte sich auf dem Gebiet des Warenexportes eine extrem ungleiche Entwicklung der kapitalistischen Länder. (Tabelle 27)

Im Bereich des Finanzwesens bemerkt man ebenso die Ungleichheit der Entwicklung der wichtigsten kapitalistischen Länder nach dem Krieg. Die Macht der beiden Länder der USA und England, die ursprünglich „mächtige" Länder waren, sank im Kampf gegen den Sozialimperialismus und vor allem seit den 50er-Jahren vermindern sich die Reserven des amerikanischen Goldes (siehe Tabelle 28).

Seit dem Ende der 50er-Jahre wurde der Dollar immer wieder von Krisen betroffen. Die Widersprüche im Geld- und Finanzbereich der kapitalistischen Welt sind sehr groß. Man bemekrt, daß die Ungleichheit in der wirtschaftlichen Entwicklung der wichtigsten kapitalistischen Länder nach dem Krieg sich beträchtlich verstärkt hat. Die Ungleichheit der wirtschaftlichen Entwicklung hat Auswirkungen auf die Machtstellung der einzelnen Länder und muß unvermeidlich die Widersprüche und Konflikte zwischen den imperialistischen Ländern verschärfen; ebenso hat sie Auswirkungen auf den politischen und militärischen Sektor, sie wird schließlich enden in einem Krieg zur Neuaufteilung der Welt.

Tabelle 28: Gold- und Devisenreserven der wichtigsten kapitalistischen Länder (in Mio. Dollar)

	1937 tot.	1937 %	1948 tot.	1948 %	1960 tot.	1960 %	1965 tot.	1965 %	1970[3] tot.	1970[3] %	1972 tot.	1972 %
kapitalistische Welt[1]												
Gold und Devisen	275,8	100	462	100	567	100	657,7	100	816,1	100	1416,55	100
davon Gold	253,1	100	327,5	100	380,3	100	418,6	100	371,9	100	388,65	100
USA												
Gold und Devisen	127,9	46,4	244	52,8	178	31,4	148,5	22,8	117	14,3	107,3	7,5
davon Gold	127,9	50,5	244	74,5	178	46,8	140,7	33,6	110,7	29,8	104,9	25,6
England												
Gold und Devisen	41,4	15	20,1	4,3	32,3	5,7	30,1	4,6	25,6	3,1	48,6	3,3
davon Gold	41,4	16,4	16,1	4,9	28	7,3	22,7	5,4	13,5	3,6	8	2,1
BRD												
Gold und Devisen			3	0,7	67,2	11,9	63,5	9,7	124,4	15,2	216,6	15,3
davon Gold					29,7	7,8	44,1	10,5	39,8	10,7	44,6	11,4
Frankreich												
Gold und Devisen	27,9	10,1	8[2]		20,7	3,7	54,6	8,3	47,9	5,9	88,9	6,2
davon Gold	27,5	10,9	5,5[2]	1,7	16,4	4,3	47,1	11,2	35,3	9,5	38,3	9,9
Italien												
Gold und Devisen	2,1	0,8	5,4	1,2	31,8	5,6	42,5	6,5	49,5	6,1	53,5	3,6
davon Gold	2,1	0,8	1	0,3	22	5,7	24	5,7	28,9	7,8	31,3	8,1
Japan												
Gold und Devisen	0,35	0,1			18,3	3,2	19	2,9	37,2	4,6	172,8	12,2
davon Gold	0,18	0,07	0,03	0,01	2,5	0,6	3,3	0,8	5,3	1,4	8	2,1

[1]) enthält nicht die Ziffer des Internationalen Währungsfonds und anderen internationalen Finanzierungen
[2]) Ziffer von 1947
[3]) Ziffer des 4. Quartals

Kapitel 6 Der Parasitismus und die Fäulnis verschärfen sich enorm, das arbeitende Volk verarmt mehr und mehr

1. Die Militarisierung der nationalen Wirtschaft ist ein beherrschender Zug der Fäulnis des Imperialismus

a) Eine große Menge menschlicher und materieller Kraft wird für eine ruinöse militärische Produktion verwendet.

Zwischen 1946 und 1970 betrugen die direkten Militärausgaben der Vereinigten Staaten mehr als 1.100 Mrd. Dollar, das sind 45 Milliarden Dollar im Jahresdurchschnitt: Damit wird die Jahresdurchschnittszahl 41,3 Mrd., die während des Zweiten Weltkriegs erreicht wurde, überschritten. Gibt man zu den direkten Militärausgaben des amerikanischen Budgets die indirekten Militärausgaben aller Art dazu, dann sind die Militärausgaben der USA in Wirklichkeit noch viel höher. Im Budget des Finanzjahres 1974/75 z.B. betrugen die direkten Militärausgaben 87,7 Mrd. Dollar. Zählt man aber die Entschädigung für entlassene Soldaten, 13,6 Mrd. Dollar, und die Ausgaben für Raumfahrt, 3,3 Mrd. Dollar dazu, erhält man eine Totale von 104,6 Mrd.

Ebenso haben sich die Militärausgaben der sozialimperialistischen Sowjetunion erhöht. Nach westlichen Quellen erreichen ihre tatsächlichen Militärausgaben die der Vereinigten Staaten, d.h. 80 Mrd. Rubel pro Jahr, während der Gesamtwert ihrer nationalen Produktion nicht die Hälfte der USA ausmacht.

b) Die Tatsache, daß die gesamte Wirtschaft unlösbar mit dem Krieg verbunden ist, führt mehr und mehr in eine Krise ohne Ausweg.

In den USA gab es seit dem Ende des Krieges fünf Wirtschaftskrisen. Je höher der Grad der Militarisierung der Wirtschaft ist, desto höher sind die Schäden, die der nationalen Wirtschaft zugefügt werden. Identisch damit ist die Situation bei den sowjetischen Revisionisten. Die riesigen militärischen Ausgaben haben ungeheure Schäden der Landwirtschaft und der Leichtindustrie bewirkt. Nach Erklärungen der Sowjetrevisionisten selbst betrug der Anteil ihrer Schwerindustrie, die engstens mit der Kriegsindustrie verbunden ist, von 1964 bis 1970 70% des Gesamtwerts der Produktion ihrer Wirtschaft. Die revisionistische Renegatenclique der Sowjetunion schwört bei allen Göttern, daß sie die Investitionen in der Landwirtschaft und der Leichtindustrie erhöhen will, beide Bereiche sind wichtig, aber stark zurückgeblieben. Aber sie geben selbst zu, daß die Investitionspläne in diesen Zweigen immer wieder Schiffbruch erleiden: Während des 8. 5-Jahres-Plans (1966-1970) wurde der Investitionsplan für diese beiden Bereiche zwischen 76 und 70% erfüllt. Die ungeheure Entwicklung der Kriegsindustrie bewirkte ein Zurückbleiben der zivilen Industrie; vor allem wirkte sich das in der Konsumgüterindustrie und in der Landwirtschaft aus. Nach Enthüllungen der englischen Wochenzeitschrift „The Economist" erreichte die Steigerung des Gesamtwerts der sowjetischen Produktion 1972 nicht die 2%, die Wachstumsraten fielen auf das tiefste Niveau innerhalb der letzten 20 Jahre. Auch auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion läuft es schlecht. Während der letzten zehn Jahre, zwischen 1962 und 1972, gab es sechs Jahre, in denen die Getreideproduktion jeweils niedriger war als im vorhergehenden Jahr. Die Verminderung des Getreideertrags 1971 lag bei 5 Millionen Tonnen, 1972 bei 13 Millionen Tonnen, und im selben Jahr kaufte die Sowjetunion im Westen Getreidereserven für zwei Mrd. Dollar. Die Wirtschaftskrise in der revisionistischen Sowjetunion bedingt ein ununterbrochenes Ansteigen des Außenhandelsdefizits. 1972 betrug es 700 Millionen Dollar, 1973 mehr als 2 Mrd. Dollar. Breschnew umgarnt die westlichen Monopolkapitalisten und bettelt sie um Dollars an, um der Finanzkrise zu entgehen, die durch die enormen und zahlreichen Militärausgaben entstand. Seit 1970 stieg das Schuldvolumen der sowjetischen Revisionisten ständig an. Nach unvollständigen Statistiken westlicher Untersuchungen borgte die Sowjetunion zwischen 1970 und 1973 5,9 Mrd. Dollar von der BRD, Frankreich, Italien, den USA und Japan. Darüber hinaus verkaufen sie beständig Erdöl, Kohle, Mineralien, Metalle, Holz usw. an das westliche Monopolkapital. Sie haben sogar die Absicht, die Rohstoffquellen Sibiriens, die noch nicht ausgebeutet werden, dem ausländischen Monopolkapital zur Verfügung zu stellen. Der Sozialimperialismus von heute ist ein „Riese auf militärischem Gebiet, ein Bettler auf wirtschaftlichem Gebiet".

c) Einseitige Entwicklung der wissenschaftlichen Untersuchungen auf militärischem Gebiet, völlige Stagnation der zivilwissenschaftlichen Untersuchungen.

Während des Finanzjahres 1971 bis 1972 betrugen die „Ausgaben für Wissenschaft und Entwicklung" der amerikanischen Regierung 16,447 Mrd. Dollar. Fast die Hälfte davon ging ins Verteidigungsministerium, und ein großer Teil dessen, was übrig blieb, diente zu militärischen Recherchen indirekter Art. Nach offiziellen Budgetkommuniques für das Finanzjahr 1972/73 betrugen die Ausgaben für „Wissenschaft und Entwicklung" 17,819 Mrd. Dollar, wovon 9,4 Mrd. bestimmt waren für „militärische Ausgaben". Auf dem Gebiet der „zivilen Ausgaben wurden, obwohl die Summe insgesamt 8,4 Mrd. Dollar betrug, 3,31 Mrd. zu ihrem größten Teil für Raumforschung ausgegeben, und für das staatliche Flugbüro, das mit der Kriegsindustrie zusammenarbeitet. Zwei Drittel der amerikanischen Forscher sind mit Raumforschung und militärischer Forschung befaßt.

Lenin sagt, daß es für das Monopolkapital möglich ist, auf ökonomischem Gebiet künstlich den technischen Fortschritt zu bremsen. Die Entdeckung und Anwendung der Kernenergie ist ein großer wissenschaftlicher Fortschritt. Aber der Imperialismus benützt ihn, um Waffen herzustellen und Menschen in großer Zahl zu töten, was der Benützung der Atomenergie zum Wohle der Menschheit ein ernstes Hindernis entgegenstellt. Nach einem Artikel der „US News and World Report" vom 10. Mai 1971 erreicht der Anteil der Elektrizität, die durch Atomenergie hergestellt wird, im Augenblick nicht einmal 1% aller anderen Energiequellen; ungefähr 4% der Elektrizität ist hydraulischen Ursprungs. Im Gegensatz dazu nehmen Erdöl, Gas und Kohle ungefähr 95% ein. Das ist, weil die großen amerikanischen Monopole einen großen Teil der Produktion kontrollieren, ebenso den Verkauf und den Markt von Erdöl, Gas und Kohle, und weil sie, um den Monopolpreis aufrechterhalten zu können, so gut sie können, die Herstellung von elektrischem Strom durch Atomenergie bremsen, obwohl diese Elektrizität zu einem mäßigen Preis die anderen Energiequellen ersetzen könnte.

2. Die Schicht der Rentner nimmt stark zu, eine große Zahl von Personen verläßt die Produktion

1950 lagen in den Vereinigten Staaten die Einkünfte aus Privatquellen und Dividenden bei 19,5 Mrd. Dollar. 1963 erreichten sie eine Höhe von 50,3 Mrd. Dollar, was eine Erhöhung um 157% bedeutet. Zur selben Zeit stieg das Nationaleinkommen nur um 102%. 1970 erhöhten sich die Privateinkommen und die Dividenden auf 89,7 Mrd. Dollar. Nach einem offiziellen Kommuniqué der amerikanischen Regierung bezüglich des Budgets waren im Finanzjahr 1972/73 21,3 Mrd. Dollar für Zinszahlungen von Staatsschulden reserviert. Das Ansteigen der Rentnerschicht, die von einer großen Zahl von Dividenden und Zinszahlungen lebt, stellt ein wichtiges Charakteristikum der parasitären Natur des Imperialismus dar.

In den USA hat die Zahl der Leute, die im Handel, im Servicedienst, im Finanzwesen, im bürokratischen Militärapparat beschäftigt sind, bereits die Zahl jener überschritten, die am produktiven Sektor arbeiten, in Gruben, Bau, Transport oder Verkehr; das liegt bereits bei einem Ausmaß von 62%. Das Anwachsen des Dienstleistungssektors, des Finanzwesens und des bürokratischen Militärapparats geht extrem schnell vor sich (vgl. Tabelle 29).

Die gleiche Situation gibt es in den anderen imperialistischen Ländern.

Nach einer statistischen Bestandsaufnahme in Frankreich lag der Prozentsatz des Personals für Dienstleistungen und Handel 1946 bei 35% im Vergleich zur Anzahl der Personen in der Produktion. 1968 war das Verhältnis bereits 44%.

Die Monopolkapitalisten und andere Vampire aller Art saugen enorme Profite, Zinsen, Einkommen und Dividenden auf und führen

Tabelle 29: Personalbewegungen in den produktiven und nicht produktiven Sektoren (ausgenommen Landwirtschaft) in den USA zwischen 1933 und 1970

	produktiver Personalsektor			unproduktiver Personalsektor		
Jahr	Anteil an der Arbeiterbev. in %	Anteil an der Gesamtbev. in %	Zuwachs pro Periode in %	Anteil an der Arbeiterbev. in %	Anteil an der Gesamtbev. in %	Zuwachs pro Periode in %
1933	48,8	9,1		51,2	9,5	
1940	49,4	12	39,6	50,1	12	33,7
1950	49,5	14,5	4,8	50,5	14,8	19,7
1960	44,9	13,5	10	55,1	16,5	32,7
1970	38	13,1	11,3	62	21,4	47

ein parasitäres und verderbtes Leben. Die Herren der amerikanischen Finanzgruppen besitzen riesige Landstriche mit Villen, Golfplätzen, Jagdgebieten; sie leben nur dem Vergnügen und dem Amüsement. Um einander an „Großzügigkeit" zu überbieten, vergeuden sie ohne irgendeine Zurückhaltung. 1964 gab Ford 500.000 Dollar in einer Nacht bei einem Bankett aus, um den Geburtstag einer Tochter zu feiern. Kurze Zeit später gab Mellon auf einem Fest, das für seine kaum 16jährige Tochter gegeben wurde, um sie in die „Welt" einzuführen, 1 Million Dollar aus.

Die Monopolbourgeoisie steckt monopolistische Extraprofite ein und schafft damit die wirtschaftliche Möglichkeit, die oberen Schichten des Proletariats zu bestechen; dadurch nährt sie den Opportunismus, gibt ihm Leben und konsolidiert ihn. Die Handvoll Leute, die von dieser Bourgeoisie korrumpiert ist, die Chefs der Gewerkschaften, die ein verderbtes bürgerliches Leben führen, sind Verräter der Arbeiterbewegung. Sie bieten ihre Dienste der Innen- und Außenpolitik der Monopolbourgeoisie an. George Meany, der Präsident der AFL/CIO, stellt ein derartiges Leben ohne jede Scham zur Schau, ein Leben, in dem er nie ein Fünkchen eines Streiks angeführt oder organisiert hat.

Das Exekutivkomitee der AFL/CIO hat angehalten durch jenen George Meany, mehrere Resolutionen angenommen, die den Aggressionskrieg gegen Vietnam unterstützen. George Meany hat außerdem persönlich mit Johnson telefoniert, um die Bombardements der Demokratischen Republik Vietnams zu unterstützen. Er wollte auch, durch Resolutionen, Erklärungen und andere Mittel, erreichen, daß die amerikanischen Arbeiter „ohne irgendeine Ausnahme" „dem Präsidenten der Vereinigten Staaten folgen". Diese Gelben verleumdeten heftig die Bewegung gegen den Krieg in Vietnam und nannten alles „organisierte Gewalttaten", die angeblich „der kommunistischen Aggression helfen". Sie wollen, daß die Regierung die Gruppen, die an der Bewegung gegen den Krieg teilnehmen, verbietet.

In der Sowjetunion, wo der Kapitalismus in allen Bereichen restauriert wurde, bildete sich sehr schnell eine monopolistische Bürokratenbourgeoisie mit Breschnew an der Spitze. Nach einer Analyse der Monatszeitschrift „Posser" (= Aussaat), einer Zeitschrift, die von Emigranten in der BRD herausgegeben wird, beläuft sich die Zahl der Personen, die man zu dieser Klasse zählen kann, auf mehr als 5,5 Millionen, und es sind zwischen 12 und 15 Millionen mindestens, wenn man ihre Familien auch miteinberechnet. Unter ihnen gibt es 3,6 Millionen Parteimitglieder. Diese bürokratische Monopolbourgeoisie, die neuentstanden ist, bedient sich der Staatsmacht, die sie innehat, um das Volk zu unterdrücken und mit Steuern zu belegen. Sie bemächtigt sich des größten Teils des Reichtumes, den die Arbeiter schaffen, in Form von Profiten und Steuern. Mit großer Gefräßigkeit saugt sie Schweiß und Blut des arbeitenden Volkes auf durch erhöhte Gehälter, hohe Prämien und viele andere Extraeinkommen. Das monatliche Einkommen eines einfachen Arbeiters beträgt zwischen 60 und 70 Rubel, das eines bürokratischen Monopolbourgeois einige Tausend Rubel. Das geht von einigen Dutzend bis zu 200- oder 300-Tausend. Nach Informationen ist Mikojan Millionär: Sein persönliches Vermögen beläuft sich auf 1,5 Millionen Dollar; der Schriftsteller Scholochow ist ebenso Millionär. Er besitzt Villen, Privatflugzeuge usw. Das sowjetische Volk sagt voller Zorn: „Sie sind alle neue Bourgeois, neue Grundbesitzer".

3. Die kapitalistische Gesellschaft ist verderbt bis ins letzte

a) Die Umweltschäden werden von Tag zu Tag stärker. Gegenwärtig sind die Vereinigten Staaten das Land auf der Welt, wo die Umweltschäden am größten sind.

Jedes Jahr nimmt der Unrat, der ins Meer oder in die Atmosphäre gerät, mehr als 30% des Gesamtvolumens der Umweltverschmutzung der Welt ein.

Die Luftverschmutzung in den Vereinigten Staaten nimmt mehr und mehr zu. Schädliche Gase, die von den Autos und Fabrikschloten ausgestoßen werden, bleiben während mehrerer Tage in niedrigen Schichten der Atmosphäre, ohne sich zu zerstreuen. Der Kohlenoxydgehalt in der Luft überschreitet manchmal das Normale um 300 Mal, wobei der Normalgehalt bei weniger als 0,1% liegt. In Japan enthält jeder Quadratkilometer Luft 159,1t schädliche Gase, was England noch übertrifft und dieses Land in der Frage auf den 1. Platz in der Welt setzt.

Die Umweltverschmutzung gefährdet die Gesundheit des Menschen sehr stark. Sie ruiniert auch die Natur. Das japanische Volk ist in vielen Gebieten Opfer einer ganzen Reihe von Krankheiten, die auf diese Schädigungen zurückzuführen sind. Eine große Zahl von Krankheiten grassiert, wie z.B. Asthma, Knochenkrankheiten, usw.

Nach offiziellen Zahlen, die sehr niedrig gehalten sind, gibt es 2.266 Personen mit diesen Krankheiten allein in der Stadt Ossaka und in vielen anderen Städten.

Die Schäden verstärken sich Tag für Tag, sie rufen auch eine Verschlechterung der Ausbeutung bei Bodenschätzen hervor. In den USA gibt es gegenwärtig nicht einen sauberen Fluß. Der Unterschied ist nur festzustellen zwischen extremer Verschmutzung und relativer Verschmutzung eines Flusses. In Japan sind ungefähr 200.000 Hektar Land durch industrielle Abwässer vergiftet. Unter den 196 verseuchten Fischereien Japans sind 96 völlig unbrauchbar für die Fischerei.

In der Sowjetunion sind die Schäden auch sehr groß. Nach unvollständigen Statistiken näherte sich 1969 der Umfang der ausgestoßenen schädlichen Gase in der UdSSR 100 Mio t, schmutziges Wasser erreichte 40 Millionen Kubikmeter. Zahlreiche Städte haben in der Luft Rauchschleier, viele Wasserläufe und Seen sind stark verschmutzt. Nach offiziellen sowjetischen Angaben kostet allein die Wasserverschmutzung pro Jahr mehr als 6,6 Mrd. Dollar. Auf einer Enquete 1966 wurde festgestellt, daß die Wolga, die man „Mutter Rußlands" nennt, fast 3 Mrd. Kubikmeter verschmutztes Wasser anschwemmt. Eine besonders gravierende Tatsache ist, daß die Erdölabwässer, die durch Erdölraffinerien ausgeschüttet werden, vor allem an der Oberfläche der Flüsse zu finden sind. Die Fabriken, die ihre Abwässer so, wie sie sind, ausschütten, erzeugen große Schäden im Baikalsee, und die berühmte Lachsproduktion in diesem See hat sich um mehr als die Hälfte vermindert. Die blind vorgenommenen Rodungen, das unkontrollierte Schlägern von Wäldern, rufen sehr oft Verwüstungen durch einen heftigen Wind hervor, weil die Erde nackt und offen ist. Dieser kolossale „schwarze Sturm", der sich bildet, kehrt Kasachstan, Sibirien, Nordkaukasien und andere große Gebiete. 1963 verwüstete der „schwarze Sturm" mehr als 20 Mio Hektar bebaubares Land in Kasachstan. In Zentralasien wurden durch diesen Sturm 45 Millionen Hektar Erdoberfläche verwüstet, das ist eine größere Zahl als das kultivierbare Land im europäischen Teil Rußlands ausmacht.

Die Schäden bei Imperialisten und Sozialimperialisten verschärfen sich mehr und mehr, aber die Monopolkapitalisten haben nicht die Absicht, Kapital zu investieren, um diese Schäden zu verhüten. Die Zeitschrift einer anonymen Gesellschaft von monopolistischem Typ schreibt offen in ihrem Editorial: „Die Investitionen zur Verhütung der Umweltschäden haben nichts zu tun mit der Erhöhung der Produktivkräfte, sie werden im Gegenteil ein Faktor zur Erhöhung des Selbstkostenpreises. Deshalb . . . genügt es augenblicklich, daß es die Möglichkeit gibt, die Investitionen gegen die Schäden zu kontrollieren, um die Erhöhung des Selbstkost-

enpreises mäßig zu halten." Die Umweltschäden sind ein unvermeidliches Produkt des Kapitalismus und die kapitalistische Gesellschaft kann dem kein Ende setzen.

b) Extremer Sittenverfall der Gesellschaft

Die Zahl der schweren Verbrechen hat sich in den USA zwischen 1960 und 1969 um 1,5 vervielfacht. Die Zunahmerate bei Mord und Raub übersteigt die Zunahmerate der Bevölkerung um 10 mal. Und jedes Jahr übersteigt die Zahl der getöteten Personen 10.000. Die Droge ist ein Fluch, der Amerika überschwemmt hat. Gegenwärtig übersteigt die Zahl der Drogenabhängigen 20 Millionen Personen im ganzen Land, und am meisten betroffen sind die Jugendlichen. Nimmt man die Verhältniszahlen zwischen jenen Studenten, die Haschisch rauchen, und der Gesamtzahl der Studenten Amerikas, so sieht man im Frühling 1967, daß dieses Verhältnis bei 5% lag, im Dezember 1970 bei 42%. 1967 nahmen 1% stärkere Drogen, im Dezember 1970 40%. Die Zahl der Menschen, die an Folgen von Drogenkonsum sterben, steigt beständig. Zeitschriften und Filme pornographischer Art, oder solche, die die Gewalt verherrlichen, überschwemmen immer noch die Vereinigten Staaten. Man kennt 30 Spezialgesellschaften, die allein in Kalifornien pornographische Filme herstellen.

Auch bei den sowjetischen Revisionisten sind die Sitten mehr und mehr verderbt. In der privilegierten Schicht sind Korruption, Diebstahl, Schleichhandel und Bestechung zum Normalfall geworden. So z.B. stellten der Direktor und andere Personen einer Fabrik für Fruchtsaft in Aserbeidshan Fruchtsaft ohne Frucht her, indem sie staatliche Angaben mißachteten.

In einem Zeitraum von drei Jahren verdienten sie ungefähr eine Million Rubel. Darüber hinaus verwendeten sie die Macht, die sie haben, zum Weiterverkauf von Produktionsmitteln zu Zwecken der Spekulation und verdienten damit enorm viel Geld. Die kapitalistische und dekadente Literatur und Kunst, Musik und Filme überschwemmen frei die Sowjetunion und der kapitalistische Überbau verdirbt vor allem die sowjetische Jugend aufs ärgste. Die Tänze, wo man sich dreht, und wo man sich dreht und windet, die Mini-Röcke, die ausgestellten Hosen sind unter der Jugend sehr modern.

Angesichts der kapitalistischen Gesellschaft, die stehenden Fußes verfault, hat eine große Zahl von Jugend nur eine große Leere vor sich. Kein Ziel im Leben, eine gestaltlose Zukunft; sie sind verärgert über die Welt. Viele von ihnen wenden sich der Religion zu oder praktizieren eine Art passive Existenz, und Flucht aus der Wirklichkeit. In den Vereinigten Staaten erscheint die dekadente Bewegung der Hippies. Viele sowjetische Jugendliche verspüren die „Einsamkeit der Existenz", verlieren den Glauben an alles, fühlen sich entmutigt, „gehen den Weg der Religion", auf Grund der gegenwärtigen Gesellschaftssituation. Heute gibt es mehr als 50 Millionen Gläubige aller Arten in der Sowjetunion.

Die sowjetische Renegatenclique geht ebenso einer finsteren Zukunft entgegen. Sei es durch Sabotageakte, durch einfaches Fehlen, Streiks oder Straßendemonstrationen, heimlich oder nicht, der Widerstandskampf aller Nationalitäten verstärkt sich ebenso wie der Kampf im Inneren des Landes gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Die Arbeiterklasse wird sich mehr und mehr bewußt, daß sie nur durch den Sturz der Herrschaft der reaktionären Monopolbourgeoisie endgültig die Ursache für Arbeitslosigkeit, Armut, Krisen und Kriege, d.h. nur durch die Beseitigung des imperialistischen Systems die politische undwirtschaftliche Freiheit erreichen können. Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats. Die Zerstörung des imperialistischen Systems und der Sieg des sozialistischen Systems sind unvermeidbar.

c) Schwindelerregendes Ansteigen der Preise. Steigung der Lebenshaltungskosten. Verminderung der Kaufkraft des Geldes.

Aufgrund der anhaltenden und ununterbrochenen Inflation steigen in den kapitalistischen Ländern die Ausgaben für Lebensmittel, Kleidung und Wohnung wie ein fliegender Drache, dem man den Faden durchgeschnitten hat. In den sieben Jahren zwischen 1963 und 1970 stiegen die Lebenshaltungskosten in den USA um 26,8%; um 35,3% in England; um 30,9% in Frankreich, 20,6% in Westdeutschland; um 28,2% in Italien, 25,9% in Kanada, 44,4% in Japan. Wenn man die Preise von 1973 mit denen von 1972 vergleicht, gab es eine Steigerung von 6,2 % in den USA, 9,2% in England, 7,3% in Frankreich; 6,9% in der BRD, 10,8% in Italien, 7,6% in Kanada und 11,7% in Japan. Zwischen 1959 und 1969 fiel die Kaufkraft des Dollar um 21% , die des englischen Pfund um 29%, die des französischen Francs um 31%. Das schwindelerregende Ansteigen der Preise, sowie die Geldentwertung bedeuten eine große Bedrohung für die Existenz der Arbeiterklasse.

Astronomische Abgaben bei verschiedenen Abgaben und Steuern

Das jährliche Budgeteinkommen der kapitalistischen Länder kommt zum größten Teil aus Steuern und ist direkt oder indirekt dem arbeitenden Volk abgepreßt.

Nach offiziellen Dokumenten der Handelssektion der UNO steigerten sich die in den USA zwischen 1940 und 1970 eingehobenen Steuern ungefähr um das 16fache! Sie stiegen von 16,5 Mrd Dollar 1940 (20% des Nationaleinkommens) auf 278 Mrd. Dollar 1970(37% des Nationaleinkommens) Im mittleren Durchschnitt pro Einwohner macht das 377 Dollar 1948 und 1500 Dollar 1970 (Bundes- und Lokalsteuern inbegriffen). Dieser mittlere Durchschnitt verdreifachte sich also in dreiundzwanzig Jahren.

Ungefähr vier Fünftel der Steuern der amerikanischen Regierung stammen aus Steuern auf Einkommen, Sozialversicherungen und Konsumtionssteuern. Der größte Teil dieser drei Sorten Steuern geht zu Lasten des Volkes und die Steuern der Gesellschaften bilden nur ein Fünftel des gesamten Steueraufkommens; in den letzten Jahren hat sich ihr Anteil sogar auf ein Sechstel gesenkt.

Die sowjetischen Revisionisten plündern ihr Volk mit großem Eifer. Seit den Sechzigerjahren haben die Steuern, die vom Volk eingehoben werden, nicht aufgehört zu wachsen. Nach dem, was die Sowjetrevisionisten selbst sagen, belaufen sich diese Steuern auf 5,6 Mrd. Rubel 1960, und auf 13,9 Mrd. 1971. Sie plündern das Volk nicht nur mittels Steuern aus, sondern auch durch eine Menge „nationaler Darlehen"; das Resultat ist, daß immer wenn ein neues Darlehen nicht ausreicht, um die Zinsen für das alte zu zahlen, der sowjetische Ministerrat eine offizielle Entscheidung fällt, die das Darlehen annuliert und seine Rückzahlbarkeit um zwanzig Jahre verschiebt. Wenn das Volk alles Vertrauen in diese „Staatsanleihen" verloren hat, organisieren sie alle Arten von „Lotterien", „Staatslotterien", aber auch solche der Luftwaffe, Infanterie und der Matrosen. Diese sogenannten „Lotterien" sind der Ersatz, dessen sich die revisionistischen Herren bedienen, um einen Anreiz zu liefern, das sowjetische Volk auszunehmen. Sie geben selbst zu, daß der Verkauf von „Lotteriebillets" jedes Jahr 225 Mio. Rubel einbringt.

Der Reallohn sinkt. Die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich. Unzählige Arbeitsunfälle.

Tabelle 30: Reallohnverluist von Arbeitern einiger Branchen in den USA im Jänner 1971 (in Dollar)

Branchen	Durchschnitts-Lohn vor der Jännerbesteuerung 1971	Anstieg oder Sinken im Vergleich zum Jänner 1970[1]	gesamter Reallohnverlust nach Steuerabzug und inflationsbereinigt
Gummiarbeiter	182,25	— 6,47	—12,51
Landarbeiter	98,80	—10,70	—11,85
Maschinenschlosser	155,96	— 0,18	— 5,40
Metallarbeiter	169,22	+ 1,17	— 4,38
Telefonist	132,06	+ 1,19	— 3,37
Aluminiumarbeiter	162,99	+ 5,43	— 1,47
Arbeiter in Luftfahrtunternehmen	177,61	+ 4,72	— 0,79
Erdölarbeiter	158,12	+ 4,75	— 0,33

[1]) Die Gründe für das Sinken des Nominallohns stehen in Zusammenhang mit der toten Situation, mit Streik etc.
Quelle: „US. News and world report", 15.5.1971

In den kapitalistischen Ländern steigt der Reallohn trotz einer Steigerung des Nominallohns der Arbeiterklasse nicht nur nicht, sondern fällt im Gegenteil. Nach Statistiken des Arbeitsministeriums und des Landwirtschaftsministeriums der Vereinigten Staaten waren die Realeinkommen aller Arbeiter der Industrie und Landwirtschaft Jänner 1971 weniger wert als die im Jänner 1970. Die Tabelle 30 zeigt diese Situation. Die scharfe Ausbeutung durch die Monopolkapitalisten bewirkt, daß mehr und mehr Arbeiter die „Armutsschwelle" unterschreiten. In den USA unterschreitet eine Familie von vier Personen offiziell die Armutsgrenze, wenn sie weniger als 3968 Dollar pro Jahr zur Verfügung hat, dann heißt es: sie gehört zum armen Teil des Volkes. Aber nach Berechnungen eines Komitees, das neulich die Lebenssituation untersucht hat, waren 1970 für eine Familie von vier Personen allein die Nahrungskosten für ein Jahr bei mindestens 2100 Dollar. Kleidung braucht ein Minimum von 690 Dollar pro Jahr. Wohnungen sind teuer in den USA. Nach den Berechnungen des Arbeitsministeriums der USA machen allein Wohnungskosten 34% des Einkommens eines Jahres (3968 Dollar) für eine vierköpfige Familie aus, d.h. 1349 Dollar. So genommen beläuft sich die Summe für Ernährungskosten, Kleidung und Wohnung auf 4139 Dollar und überschreitet so die offizielle Zahl, die die „Armutsgrenze" festsetzt. Dabei sind die hohen Steuern noch nicht mitberechnet.

Auf der anderen Seite dürfen diese Leute nicht krank werden. Für eine gewöhnliche Krankheit, läßt man sie behandeln, kostet die Ordination 14 Dollar, die Spitalskosten belaufen sich auf 61,5 Dollar pro Tag, Medikamente nicht inbegriffen. Laut Statistiken sterben **jedes Jahr fünfhunderttausend Personen, weil** sie kein Geld haben, um sich behandeln lassen zu können. In den USA beläuft sich die Gesamtzahl der Leute, die unter der „Armutsgrenze" leben, plus denen, die eine „Staatsunterstützung" beziehen, und anderer auf mehr als 50 Millionen, das bedeutet mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung. In England gibt es 10 Millionen Arme, in Frankreich und der BRD gibt es ebenfalls ungeheuer viele arme Menschen. In Japan gab es 1970 658.000 Familien, die eine Unterstützung bezogen, sowie 1,34 Millionen Vereinsamte.

Die Löhne der sowjetischen Arbeiter sind sehr niedrig und betragen nur einige Zehntel oder Hunderstel derer der bürokratischen Monopolbourgeoisie. Das sowjetische revisionistische Zentralkomitee hat Folgendes festgesetzt: „*Die Administratoren, Direktoren, Ingenieure von Unternehmen erhalten, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen, eine außerordentliche Prämie, darüber hinaus können sie bis zu 30% ihres Gehalts für Extrakosten ersetzt bekommen.*"

Der Reichtum, der mit dem Schweiß und Blut der Arbeiter geschaffen wird, wird völlig von einer Handvoll Leuten dieser priviliegierten Schicht beansprucht. Die sowjetischen Revisionisten beuten ihr Arbeitervolk durch eine unaufhörliche Steigerung der Preise für unmittelbar notwendige Produkte aus. Ein Hemd wurde 1970 für 50 Rubel verkauft, 1971 mußte man 73 Rubel zahlen, 46% mehr! Der Preis für bestimmte Frauenmäntel verdoppelte sich in einem Jahr. Auch die anderen **Preise steigen ständig. Die riesige Ausbeutung** durch eine bestimmte priviliegierte Schicht macht immer deutlicher den Unterschied zwischen Armut und Reichtum sichtbar. Das arbeitende Volk der Sowjetunion sagt: „Die Reichen essen und amüsieren sich, besitzen einen Fernsehapparat, einen Kühlschrank, Radio, alle Einrichtungsgegenstände. Die Armen haben Schwierigkeiten dabei, Licht zu haben, und um die Kosten der Elektrizität zu sparen, zünden sie oft nur eine schwache Lampe an."

In den kapitalistischen Ländern erhalten die Arbeiter niedrige Löhne, ihr Leben ist schwierig, die Arbeitsbedingungen sind immer kläglicher, die Sicherheit ist nicht gewährleistet, die Arbeitsunfälle vervielfachen sich weiter. In den letzten Jahren haben die Arbeitsunfälle in den Vereinigten Staaten dermaßen zugenommen, daß sogar die Regierung sie zugeben mußte. Mindestens 85% der amerikanischen Arbeiter riskieren in jedem Augenblick, bei der Arbeit verletzt zu werden, und jedes Jahr sterben drei bis fünf Prozent der Arbeiter an der Folge von Arbeitsunfällen. Seit den Sechzigerjahren wird in Japan das System der Bandarbeit verwendet. Die Automatisierung der Industrie hat in hohem Maße die Intensität der Arbeit erhöht; der Arbeiter ist mehr und mehr angespannt, seine physische Gesundheit ebenso wie seine moralische ist in Gefahr. Die Kapitalisten haben nur Interesse an Mehrwert und denken niemals daran, Maßnahmen zu ergreifen, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, sodaß im Inneren einer großen Zahl von Fabriken Gestank, Staub und Lärm herrschen. In den Arbeitshallen ist die Luft heiß und sehr feucht, Arbeitsunfälle häufen sich. In den letzten Jahren gab es im Durchschnitt 1,6 Millionen Arbeitsunfälle pro Jahr.

Die große Armee der Arbeitslosen wächst ständig an. Vergrößerung des Kampfs der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Nach den ohnehin sehr kleingemachten offiziellen amerikanischen Zahlen betrug die Zahl der Arbeitslosen in den USA 1962 2,8 Millionen, 1971 5 Mio. Das bedeutet eine Steigerung um 78%. Die Arbeitslosenrate stieg von 3,5% auf 5,9%, das bedeutet eine Steigerung um 63%. Die Monopolbourgeoisie sagt, daß die Arbeitslosigkeit eine „Zeitzünderbombe" ist, die das Weiße Haus bedroht.

Auch in Westeuropa ist das Problem der Arbeitslosigkeit sehr groß. In England wächst die Arbeitslosenarmee ohne Unterbrechung. Im Dezember 1972 erreichte sie sehr rasch die Zahl von 1,6 Millionen Personen. Wenn man die Arbeiter dazuzählt, die nur einige Stunden pro Woche oder die nur einige Tage im Monat arbeiten, kommt man auf mehr als 10 Mio.

Auch bei den sowjetischen Revisionisten ist die Arbeitslosenrate sehr hoch. Von den 110 Millionen Arbeitern der ganzen Sowjetunion finden sich 13 Mio. immer wieder in Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenrate liegt ungefähr bei 12%.

Die sich ständig vergrößernde Armee der Arbeitslosen in den kapitalistischen Ländern hat in ihrer Zusammensetzung eine große Veränderung erfahren. Viele Wissenschaftler, Ingenieure und Angestellte mit hoher Qualifikation haben sich in diese große Armee eingereiht. Nach Enthüllungen der „US News an World Report" vom 7.6.1971 gab es in den USA zur damaligen Zeit 65.000 arbeitslose Wissenschaftler und Ingenieure, d.h. 13% von 500.000 spezialisierten Arbeitern in Wissenschaft und Entwicklung.

Unter der grausamen Ausbeutung und Unterdrückung der kapitalistischen Monopole verarmt das arbeitende Volk jeden Tag, die Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und der monopolistischen Bourgeoisie spitzen sich zu, der Klassenkampf verdoppelt seine Heftigkeit. Seit einigen Jahren gibt es ein beständiges Wachstum der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern. Nach offiziell veröffentlichten Zahlen in den USA haben die amerikanischen Arbeiter 1970 5600 Streiks entfesselt, die Zahl der Streikenden war insgesamt 3,3 Mio. Personen. Die Zahlen sind zweimal so hoch wie 1960. 1971 entfesselten 500000 Telefonarbeiter einen Streik im ganzen Land, 600000 Eisenbahner erreichten einen großen Streikerfolg. In ihren Streiks hatten die amerikanischen Arbeiter Losungen wie „Nein zum Krieg", „Nein zur Armut und Unterdrückung", und jeden Tag verbinden sich wirtschaftliche mit politischen Kämpfen. 1970 gab es in England 3.888 Streiks, die Zahl der Streikenden stieg auf 1,65 Millionen, was einen Verlust von 10,9 Mio. Arbeitstagen für die großen monopolkapitalistischen Gruppen bedeutet. 1971 war der Verlust an Arbeitstagen aufgrund von Streiks bei 13,5 Mio., ein Niveau, das seit 45 Jahren nicht erreicht worden war.

Materialien zum österreichischen Imperialismus

Österreich ist ein kleines imperialistisches Land, in dem sich, wie wir sehen werden, alle Formen des Kapitalismus in seiner monopolistischen Phase herausgebildet haben. Dennoch bewirken die Größe des Landes und seine Geschichte, daß nicht alle Formen, die in großen imperialistischen Ländern von Bedeutung sind, sich auch in Österreich vorfinden. So gibt es zum Beispiel keine österreichischen Multis, und der Kapitalexport ist in anderer Weise ausgebildet als z.B. in der BRD oder gar bei einer der beiden Supermächte.

Auch ist die österreichische Bourgeoisie in weit größerem Ausmaß als die Bourgeoisie eines großen imperialistischen Landes der ausländischen Konkurrenz im eigenen Land ausgesetzt. So arbeiteten 1975 etwa 37% der Industriebeschäftigten in Firmen, die direkt oder indirekt vom Auslandskapital beherrscht werden. Viele Fragen, die gerade die Besonderheiten des österreichischen Imperialismus betreffen - aus historischen Gründen oder wegen der Größe des Landes - sind von uns noch unzureichend untersucht. Bei der folgenden kurzen Zusammenstellung von Daten zum österreichischen Imperialismus wollen wir uns im wesentlichen an den Aufbau des Artikels „Materialien zur ökonomischen Struktur des Imperialismus und Sozialimperialismus" halten.

Vergleichbare Betriebsgrößenstruktur der Industrie 1956 und 1974
(1974 korrigiert)

Beschäftigtengrößenklasse	Betriebe 1956*)	Betriebe 1974**)	Beschäftigte 1956*)	Beschäftigte 1974**)
	Anteile in %			
6—20	27,1	25,7	2,7	2,5
21—50	29,7	30,3	7,7	7,5
51—100	18,7	18,5	10,3	9,9
101—250	13,9	14,4	16,7	17,0
251—500	5,8	6,1	15,7	15,8
501—1.000	2,8	3,3	15,5	16,5
über 1.000	1,9	1,8	31,4	30,8
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

*) Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft.
**) Fortschreibung der Struktur 1970 mit den klassenspezifischen Betriebs- und Beschäftigungsveränderungen 1971/74 laut Statistischem Zentralamt.

Konzentration und Zentralisation der Produktion

a) Betriebsgrößen

Ein Kennzeichen der Fortgeschrittenheit eines kapitalistischen Landes ist die Betriebsgröße, vor allem in der Industrie. (Herrscht kapitalistische Kleinproduktion vor oder arbeitet das Proletariat in Mittel- und Großbetrieben?)

Die Tabelle 1 zeigt, daß zwar 25,7% der Betriebe nur 6 bis 20 Lohnabhängige beschäftigen, daß aber nur 2,5% aller Industriebeschäftigten in solchen Betrieben arbeiten, während 30,8% in den 1,8% Großbetrieben beschäftigt sind. Dennoch ist bemerkenswert, daß zwar der Anteil der Kleinbetriebe seit 1956 gesunken ist, aber insgesamt nur geringe Änderungen in den Betriebsgrößen der Industrie stattfanden. Warum? Zu bedenken ist, daß die „Betriebsgröße" die Größe einer Produktionsstätte ist, aber nichts über die Unternehmensgröße aussagt. Große Unternehmen haben in der Regel zehn, zwanzig und mehr Betriebe in Österreich. Jeder Standort gilt oft als eigener Betrieb. Dennoch - die moderne Industrie ist Großproduktion. Warum änderte sich die Betriebsgröße so wenig? Dafür sind vor allem zwei Gründe maßgeblich:

Erstens war die Konzentration der Produktion in Österreich schon nach dem Zweiten Weltkrieg weit fortgeschritten, sodaß hier keine spektakulären Entwicklungen zu erwarten waren.

Vor allem aber hat sich die Produktionsstruktur verändert. Der Anteil der Grundstoffindustrie (Bergwerke, Eisen und Stahl) ging zurück, der Anteil der Finalgüterindustrie vergrößerte sich. Da aber in der Finalindustrie kleinere Betriebe technisch sinnvoll und konkurrenzfähig sind, bewirkte diese Verschiebung eine Verlangsamung des Wachstums der Betriebsgrößen, obwohl in den einzelnen Branchen - vor allem der Grundstoffindustrie - die Betriebsgrößen sehr wohl wuchsen, z.B. bei den Bergwerken und der Eisenerzeugung von 1956 1008 Beschäftigten auf 1970 1285 im Schnitt. Die Durchschnittsgröße der Betriebe mit über 20 Beschäftigten beträgt in Österreich insgesamt 167,6 gegen z.P 206 in der BRD.

b) Kapitalkonzentration in der Industrie

Sagt die Betriebsgröße etwas über den technologischen Stand eines Landes und seine Produktionsstruktur aus, so zeigt erst die Entwicklung der Unternehmensgröße, in welche Richtung sich der Kapitalismus entwickelt. Das Entwicklungstempo der letzten Jahrzehnte war außerordentlich rasant. In der EG konnten die 8 (bzw. 50) größten Gesellschaften in der Industrie ihren Anteil am Nettoproduktionswert der Gesamtindustrie von 1960 10,4% (bzw. 35,1%) auf 1970 14,6% (bzw. 45,7%) steigern.

In Österreich gibt es keine regelmäßigen Erhebungen über Unternehmensgrößen, aber eine Untersuchung aus dem Jahre 1969 zeigt, wie weit die Monopolisierung der einzelnen Branchen der Industrie durch einige wenige Betriebe zu diesem Zeitpunkt bereits fortgeschritten war. (Tabelle 2)

Dabei fanden äußerst wichtige Fusionen erst nach dem Jahre 1969 statt. So 1973 die Fusion der beiden größten Unternehmen der

Branche	concentration ratios für das größte Unternehmen %	concentration ratios f.d.drei größten Unternehmen %
1. Bergwerke, Gießerei-u.Eisenindustrie	31	55
2. Stein-u.keram.Ind.	10	25
3. Glasindustrie	20	42
4. Chemische Industrie	14	34
5. Papierindustrie	8	24
6. Holzverarb.Industrie	9	20
7. Nahrungs-u.Genußmittel-industrie	4	9
8. Lederindustrie	24	-
9. Lederverarb.Industrie	25	37
10. Metallindustrie	40	57
11. Maschinen-u.Stahlind.	7	15
12. Fahrzeugindustrie	42	53
13. Eisen-u.Metallwarenind.	6	14
14. Elektroindustrie	19	39
15. Textil-u.Bekleidungsind.	3	9

Bergwerk-, Gießerei- und Eisenindustrie zum VÖEST-Alpine-Konzern sowie 1975 die Eingliederung der Vereinigten Edelstahlwerke (vormals Böhler, Schöller-Bleckmann und Styria) in den VÖEST-Alpine-Konzern. Dieses eine Unternehmen bringt etwa 80% des Umsatzes der Schwerindustrie (die hier mit den drei genannten Branchen gleichgesetzt wird).

Wenn ein Unternehmen mehr als 40% Produktionsanteil an einer Branche hat, so haben die anderen nicht viel zu reden. Nun zeigt aber gerade das Beispiel der Fahrzeugindustrie, daß in Österreich ein Unternehmen noch nicht den Markt beherrscht, das die Produktion beherrscht, denn es gibt da noch die ausländische Konkurrenz. Diese dominiert z.B. den Fahrzeugmarkt, sodaß trotz vorherrschender Position der Steyr-Werke in der Produktion es diesem Unternehmen schwerfällt, auch nur die Marktanteile im Inland zu halten.

Die Tabelle 3 zeigt, daß in der Fahrzeugbranche 130% des in Österreich produzierten Wertes importiert wird, das heißt auf 1,3 importierte Fahrzeuge kommt ein in Österreich erzeugtes.

Anders bei den Eisenhütten: Hier ist die Importquote niedrig, die VÖEST beherrscht den Markt daher fast allein. Anders sieht es bei den Metallhütten aus, wo die VEW viel Konkurrenz haben.

Zusammenfassend läßt sich hier sagen: Der Grad der Monopolisierung in Österreich ist in der Mehrzahl der Branchen sehr hoch. Gleichzeitig hat das österreichische Monopolunternehmen aber oft einen schweren Stand gegen die ausländische Konkurrenz auf dem Inlandsmarkt.

Importquoten nach Industriezweigen 1956/76

	1956	1956/60	1961/65	1966/70	1971/75	1976
		Import in % des Produktionswertes*)				
Bergbau und Magnesit	163,8	139,5	111,0	112,6	110,0	129,8
Erdöl	15,2	27,1	39,5	55,7	85,2	86,9
Eisenhütten	21,7	18,3	18,1	24,8	32,8	27,2
Metallhütten	27,4	30,5	32,6	42,1	50,7	55,3
Steine und Keramik	9,3	9,3	10,1	12,3	15,3	16,4
Glas	19,7	18,9	23,6	30,2	34,0	39,5
Chemie	34,5	36,3	39,3	46,9	51,4	54,9
Papiererzeugung	4,2	5,5	8,9	13,1	19,7	20,4
Papierverarbeitung	7,5	6,6	6,2	8,9	11,4	13,0
Holzverarbeitung	2,8	3,3	7,9	14,3	18,9	23,2
Nahrungsmittel	19,6	17,7	18,0	17,8	19,3	24,5
Ledererzeugung	37,3	43,2	48,7	64,0	77,2	92,5
Lederverarbeitung	1,3	2,4	9,6	21,3	31,8	49,8
Textilien	21,1	24,5	33,5	41,2	50,6	62,7
Bekleidung	1,3	1,3	6,3	13,9	26,2	32,7
Gießereien	•	•	•	2,8	3,3	3,1
Maschinen	53,7	74,7	75,4	69,2	69,4	65,8
Fahrzeuge	43,6	60,1	96,1	104,5	106,2	129,3
Eisen- und Metallwaren	19,5	22,2	26,8	30,5	37,2	45,3
Elektro	36,8	41,1	47,8	59,1	59,9	69,4
Industrie insgesamt	27,6	30,0	33,3	38,7	45,1	50,4

Q: Institutsberechnung auf Grund der Außenhandels- und der Produktionsstatistik
*) Industrie und Großgewerbe

Die 10 größten Banken

Rang 1978	(Rang 1977)	Institut	Bilanzsumme per Ende 1978 in Mrd. S	Wachstum 1978 in Prozenten
1.	(1.)	Creditanstalt-Bankverein	142,9	+ 16
2.	(2.)	Girozentrale	121,0	+ 17
3.	(3.)	Länderbank	86,3	+ 17
4.	(4.)	Zentralsparkasse	75,7	+ 23
5.	(5.)	Postsparkasse	61,9	+ 15
6.	(6.)	Genossenschaftliche Zentralbank	61,1	+ 18
7.	(8.)	Kontrollbank	54,8	+ 29
8.	(7.)	Erste österreichische Spar-Casse	54,4	+ 28
9.	(9.)	Bank für Arbeit und Wirtschaft	51,8	+ 27
10.	(10.)	Volksbanken AG	23,3	+ 13

Herrschaft des Finanzkapitals, staatsmonopolistischer Kapitalismus

Die Herausbildung des Finanzkapitals aus dem Verschmelzen und Zusammenwachsen von Industriekapital und hochkonzentriertem Bankkapital sowie die umfangreichere direkte Ausbeutung von Lohnarbeitern durch den Staat ist ein weiteres Merkmal des Imperialismus. Wie es damit in Österreich aussieht, ersieht man aus der Aufstellung der 20 größten österreichischen Unternehmen. Von diesen 20 sind:

8 verstaatlichte Unternehmen
5 im Besitz der Creditanstalt
3 im Besitz der Länderbank (beides verstaatlichte Großbanken)
3 Unternehmen in ausländischem Besitz
1 Unternehmen im Besitz einer landwirtschaftlichen Genossenschaft.

Dabei halten die ersten vier Plätze verstaatlichte Unternehmungen, an fünfter Stelle steht ein Betrieb der CA. Erst an 25. Stelle folgt ein Unternehmen, das sich im Eigentum eines einzelnen österreichischen Kapitalisten befindet: die Swarowski-Gruppe.

a) Konzentration des Bankkapitals
Die Voraussetzung für die Entstehung des Finanzkapitals ist eine entsprechende Konzentration des Bankkapitals. Die zwölf größten Banken Österreichs kontrollieren praktisch das gesamte Kreditwesen, davon die CA-Gruppe allein etwa 20% der Bilanzsumme aller Banken. Keine dieser Großbanken ist in Privatbesitz. Entweder sind sie wie die CA oder die Länderbank verstaatlicht oder wie die Girozentrale (das Spitzeninstitut der Sparkassen) oder die Z im Eigentum von Gebietskörperschaften oder im Eigentum von Genossenschaften oder des ÖGB.

Ein Teil dieser Banken kontrolliert vor allem die Kreditvergabe an Lohnabhängige: die Sparkassen und Kreditgenossenschaften. Die Aktienbanken wiederum sind es, die vor allem Großkredite an die Industrie bzw. an ihre eigenen Konzernbetriebe geben, Kapitalexport betreiben usw. (Allerdings verwischen sich durch die in letzter Zeit geänderte Gesetzgebung die Unterschiede.)

Der Anteil der verstaatlichten Großbanken an der Bilanzsumme aller Aktienbanken war 1975 75,9%, davon die der CA allein 43,3%. Der gesamte Bankensektor ist also hochkonzentriert und aufs engste mit dem Staat verflochten.

b) Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital
In Österreich ist diese Verschmelzung vor allem dadurch gegeben, daß die bedeutendsten Banken, ebenso wie die bedeutendsten Industriebetriebe, verstaatlicht sind. Es sind mehr oder weniger dieselben Personen, die in den Aufsichtsräten hier wie dort sitzen bzw. sie gehören einem und demselben sehr eingegrenzten Personenkreis an. Davon weiter unten.

Bankenkonzerne
Weiters haben mehrere Banken, v.a. die CA und die Länderbank, eigene Industriekonzerne. Allerdings ist das Verhältnis der Banken zu den Industriebetrieben gänzlich anders als z.B. in der BRD beim Verhältnis zwischen Siemens und Deutscher Bank, wo zwei Riesen in ihren Führungsspitzen verschmelzen. Die österreichischen Industriebetriebe sind unter der vollständigen Fuchtel der jeweiligen Bank, ihr Bewegungsspielraum ist relativ gering. Die bedeutendsten Industriebetriebe der CA sind: *Steyr-Daimler-Puch, Semperit, Austria Email, Brauereien-AG, Heid, Hutter&Schranz, Jenbacher, Leykam, Treibacher Chemische Werke, Union Baugesellschaft, Universale, Wertheim, Wienerberger.* Die Länderbank zählt zu ihrem Industriekonzern: *Porr, Chemiefaser Lenzing, Waagner-Biró, Perlmoser Zement, STUAG Straßentiefbau, J.M. Voith, AG für Bauwesen, Gaskoks-Vertrieb usw.*

Personelle Verflechtung
Es wäre eine sehr lohnenswerte Aufgabe, die gesamte personelle Verflechtung zwischen Großbanken, verstaatlichter Industrie, Firmen unter Kontrolle des Auslandskapitals und österreichischen privatkapitalistischen Unternehmen zu durchforsten und den Personenkreis dabei abzugrenzen. Die Aufsichtsräte aller bedeutenden Firmen in Österreich würden wahrscheinlich in einem mittleren Kino Platz finden. Nur um die Richtung der Untersuchung anzugeben, haben wir hier für die zwanzig größten Industrieunternehmen und zwei Banken eine Tabelle der drei wichtigsten Vorstandsmitglieder und der drei wichtigsten Aufsichtsratsmitglieder aufgestellt. (Mangels besserer und aktuellerer Daten sind einige Aufstellungen schon überholt.)

Industrieunternehmen

Rang 1977/1976	Unternehmen	Umsatz in Mio. S 1977	Veränder gegenüber 1976 in %	Investitionen	Exportquote in Mio. S	Beschäftigte in %	Branche
1./1.	VÖEST-Konzern	45.100	—0,7	2.500	66,7	80.047	Stahl
	VÖEST AG	*27.434*	*-4,5*	*1.626*	*66*	*41.970*	*Stahl*
2./2.	ÖMV-Konern	25.176,3	+ 7,0	2.788,9	1,3	9.023	Erdöl
	ÖMV AG	*24.352,1*	*+ 7,3*	*2.746,2*	*0,08*	*7.854*	*Erdöl*
3./3.	Austria Tabak	14.807	+13,8	88,2	0	1.885	Tabak
4./4.	VEW-Konzern	14.400	+ 1,4	—	—	26.528	Edelstahl
5./5.	Steyr-Daimler-Puch	10.541	+ 6	490	47	16.775	Fahrzueuge
	VEW AG	9.055	+ 3,8	359	78	19.453	Edelstahl
6./6.	Chemie-Linz-Konzern	8.412	+ 5	—	—	—	Chemie
7./9.	Österreichische Philips	8.300	+15	250	58	10.250	Elektro
8./8.	Siemens-Gruppe	7.880	+ 8,8	368	21,4	12.909	Elektro
	Chemie Linz AG	*7.651*	*+ 3*	*678,4*	*56*	*7.514*	*Chemie*
9./7.	Semperit-Gruppe	7.374	+ 2,2	335	46,7	13.550	Chemie
10./10.	Elin-Konzern	6.794	+17,1	282	34	9.717	Tabak
	Siemens AG	*6.452*	*+ 8,4*	*247*	*14*	*10.333*	*Chemie*
	Elin Union AG	*5.287*	*+15*	196	36	8.007	Elektro
11./11.	Österreichische Unilever	4.800	+ 6,2	180	3,3	4.800	Lebens-, Waschmittel
12./12.	VMW Ranshofen	4.727	+12,8	102	42	5.191	Metall
13./13.	Schärdinger	4.720	+33,5	92,5	15,2	1.020	Nahrungsmittel
14./18.	Treibacher Gruppe	3.600	+ 9	154	80 (ca.)	2.307	Chemie
15./—	Leykam-Mürztaler-Konzern	3.119	+ 0	982	55	3.978	Papier
	Treibacher AG	*2.701*	*+26*	*133*	*79*	*1.352*	*Chemie*
16./17.	Porr	2.644,9	+21,8	84,7	14,1	4.478	Bau
17./15.	Universale	2.568	+ 9,2	116,2	—	Ø3.300	Bau
18./14.	Chemiefaser Lenzing	2.502,7	—0,1	275,8	75,2	3.824	Chemie
19./19.	Waagner Biró	2.310	+18	89	65	3.561	Maschinen/Stahlbau
20./16.	Simmering-Graz-Pauker	2.048	—8,1	256	13,6	4.558	Maschinen/Fahrzeuge

Firma	Vorstand			Aufsichtsrat		
	Vorsitz			Vorsitz		
Creditanstalt	Treichl	Vranitzky	Schneider	Bock	Musil	Schärf
Länderbank	Erndl	Koliander	Tichy	Piperger	Harmer	Rosenzweig
ÖIAG	Grünwald	Brauneis	Derdak	Hrdlitschka	Gruber	Assmann
VÖEST	Apfalter	Grünn	Fegerl	Geist	Assmann	Rosenzweig
ÖMV	Bauer	Feichtinger	Ottilinger	Schärf	Igler	Derdak
Austria Tabak	Musil	Kloimstein	Leidinger	Blümel	Koren	Bauer
Steyr	Malzacher	Feichtinger	Dolenc	Treichl	Feyl	Vranitzky
Chemie Linz	Buehner	Haberfellner	Kellermeier	Pöschl	Gotscha	Grünwald
Philips Ges.m.b.H.	Ettel	Kopietz	Baumgartner	ist Ges.m.b.H.		
Siemens-Gruppe	Wolfsberger	Amlinger	Hübl	Dax	Geist	Igler
Semperit	Leibenfrost	Straka	Lodgman-Anhr	Treichl	Grimm	Vranitzky
Elin	Haindl	Kohlruss	Schaedel	Igler	Gotscha	Bittmann
Ranshofen VMW	Glaser	Schobesberger	Wimberger	Holzinger	Gotscha	Bandhauer
Treibacher	Lukesch	Maier		Vranitzky	Ottel	Schneider
Leykam	Spiegelfeld	Pock	Fellinger	Bock	Schneider	
Porr	Herbeck	Chaloupka		Kammerlander	Koliander	Heinsich
Chemiefaser Lenzing	Winter	Hanzenberger	Schlie	Erndl	Treichl	Koliander
Universale	Freibauer	Vlcek	Angerer	Grimm	Schmidt-Chiáriy	

Daten aus: Austria Directory und Geschäftsberichten.

Verschmelzung von Staat und Finanzkapital

Eine Seite der Verschmelzung von Staat und Finanzkapital haben wir schon kennengelernt. In Österreich ist der Staat selbst Eigentümer der wichtigsten Banken und der größten Industriebetriebe. In den Aufsichtsräten der Banken sitzen hohe Staatsbeamte in trautem Nebeneinander mit Vertretern des Verstaatlichtenmanagements sowie Großkapitalisten aus der Privatindustrie. Wer woher kommt und wohin gehört, ist oft bereits schwer festzustellen. Die andere Seite ist, daß überhaupt immer mehr gesellschaftliche Belange vom Staat übernommen werden. Das bedeutet auch, daß immer größere Bereiche unter die direkte Kontrolle des Finanzkapitals gelangen. (Siehe Tabelle 7!)

1978 hat der Anteil der Staatseinnahmen am Bruttoinlandsprodukt (allerdings inklusive Sozialversicherung) 40% überschritten, ohne Sozialversicherung hat er 30% erreicht gegenüber 27,3% im Jahre 1970.

Auslandskapital in Österreich

Als kleines imperialistisches Land ist Österreich in besonderem Maße dem Druck des ausländischen Monopolkapitals ausgesetzt. (Tabelle 8) 228000 Beschäftigte oder 37% aller Beschäftigten arbeiteten 1975 in Industriebetrieben, die unter ausländischem Einfluß stehen. Aber auch im Handel und bei den Versicherungsunternehmen waren 23,3% bzw. 44,7% Auslandsanteil. Das österreichische Finanzkapital steht oft in scharfer Konkurrenz zum Auslandskapital, gleichzeitig sind beide in vielen Bereichen eng miteinander verflochten und verschwägert. So sitzen z.B. im mehrheitlich ausländischen Siemens-Konzern Vertreter der ÖIAG neben Vertretern des BRD-Finanzkapitals, seit kurzem ist CA-Chef Treichl Aufsichtsratsvorsitzender des ausländischen Versicherungskonzerns Interunfall.

Kapitalexport

Ein wesentliches Kennzeichen des Kapitalismus in seinem monopolistischen Stadium

Tabelle 7: Entwicklung der Steuer- und Sozialquote

Jahr	Steuern, steuerähnliche Einnahmen und Sozialversicherungsbeiträge insges. lt. VGR bereinigt[1]		davon Steuern i.e.S.	Bund (netto)[2] in %	Steuerähnliche	Sozialversicherungsbeiträge	Sonstige (Kammern, Fonds)
1970	35,8	35,8	23,5	14,6	3,0	8,5	0,8
1971	36,5	36,5	24,0	14,8	3,1	8,7	0,7
1972	37,2	37,2	24,8	15,2	3,0	8,7	0,7
1973	37,7	37,3	24,4	13,6	3,1	9,1	0,7
1974	38,4	37,9	24,9	14,5	3,2	9,1	0,7
1975	37,9	37,4	24,0	14,3	3,3	9,3	0,8
1976	37,7	37,2	23,8	14,1	3,3	9,4	0,7
1977	38,7	38,1	24,1	14,6	3,4	9,9	0,7
1978	40,4	39,1	24,6	14,5	3,3	10,5	0,7

[1]) Ab 1973 um die Bausparprämien, Wertpapiersparprämien, Heiratsbeihilfen und Mietzinsbeihilfen bereinigt.
[2]) Nettoeinnahmen gemäß Kap. 52 Bundeshaushalt.

ist der gewaltig sich ausdehnende Kapitalexport. Im „Kommunist" 5/78 haben wir die Daten seit Anfang der Sechzigerjahre zusammengestellt. (Tabelle 9) Sie zeigen die zunehmende Bedeutung des Kapitalexports, allerdings auch eine Besonderheit: der Kapitalexport Österreichs findet hauptsächlich in der Form von Krediten der verstaatlichten Banken statt. Direktinvestitionen sind relativ gering, wenn auch ansteigend. Die Bedeutung dieser besonderen „Kreditform" des österreichischen Kapitalexports aus der Stellung Österreichs zu erklären, steht als Untersuchungsaufgabe noch vor uns.

Tabelle 8:

Jahr	Kredite	Direkt-Investitionen	Summe	+% jährl	Index 1968 -100
1961	104	19	123	−57	5
1962	628	48	676	450	25
1963	375	79	454	−33	17
1964	911	81	992	119	37
1965	1.083	169	1.252	26	46
1966	1.269	93	1.362	9	50
1967	789	82	871	−36	32
1968	2.252	454	2.706	211	100
1969	3.707	453	4.160	54	154
1970	3.954	451	4.405	6	163
1971	5.340	1.039	6.379	45	236
1972	7.536	716	8.252	29	305
1973	12.453	892	13.345	62	493
1974	10.749	952	11.701	−12	432
1975	11.361	568	11.929	2	441
1976	18.104	1.100	19.204	61	710
1977*	24.676	1.470	26.146	36	966

*vorläufige Daten

Tabelle 9:
Ausmaß des (direkten und indirekten) ausländischen Einflusses auf die österreichische Wirtschaft (Stand: Ende 1975)

Branche	Unter direktem Auslandseinfluß stehende		Unter indirektem Auslandseinfluß stehende		Summe der unter direktem oder indirektem Auslandseinfluß stehenden		Gesamtzahl der Beschäftigten in Österreich (in 1000)	Auslandsanteil 1 in % v. 2
	Unternehmen	Beschäftigte (in 1000)	Unternehmen	Beschäftigte (in 1000)	Unternehmen	Beschäftigte (in 1000)		
1. Industrie						1	2	
Metalle und Fahrzeuge	164	41	78	3	242	44	242	18,2
Elektro	47	30	17	4	64	34	68	50,0
Erdöl und Chemie	131	28	85	6	216	34	69	49,3
Papier und Holz	46	13	42	5	88	18	52	34,6
Textilien und Bekleidung	88	21	45	9	133	30	86	30,9
Nahrungs- und Genußmittel und Leder	62	13	32	1	94	14	66	21,2
Steine und Keramik	35	7	28	1	63	8	34	23,5
zusammen	573	153	327	29	900	182 (228)	617	29,5 (37,0)
2. Nicht-Industrie								
Energie und Verkehr	49	4	36	—	85	4	161	3,5
Handel	549	60	268	19	817	79	339	23,3
Fremdenverkehr	33	3	5	—	38	3	107	2,8
Gewerbe	184	20	105	5	289	25	587	4,3
Kreditunternehmen	29	4	71	15	100	19	76	44,7
Versicherungsunternehmen	25	11	19	4	44	15		
Sonstige	27	6	19	—	46	6	110	5,5
zusammen	896	108	523	43	1419	151 (189)	1380	10,9 (13,7)
Gesamt 1. und 2.	1469	261	850	72	2319	333 (417)	1997	16,7 (20,9)
3. Restliche Wirtschaftszweige	keine Erhebung						641	—
Insgesamt 1. bis 3.						333 (417)	2638	12,6 (15,8)

Anmerkung: Die Werte in den Klammern sind hochgerechnet.
Quelle: Mitteilungen des Direktoriums der Österreichischen Nationalbank, Heft 8/1978.